

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Dr. André Hahn, Gökyay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke
– Drucksache 20/11493 –**

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2023 und aktuelle Daten

Vorbemerkung der Fragesteller

Die von der Linken regelmäßig erfragten ergänzenden Informationen zur Asylstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beleuchten ausgewählte Aspekte, die sonst kaum Beachtung finden. So ist wenig bekannt, dass die Anerkennungsquote bei inhaltlichen Asylentscheidungen weitaus höher liegt, als die offiziellen Zahlen vermuten lassen. Die sogenannte bereinigte Schutzquote, bei der formelle Entscheidungen des BAMF, die keine inhaltliche Bewertung des Schutzgesuchs enthalten, unberücksichtigt bleiben, lag im Jahr 2022 auf einem Rekord-Hoch bei 72,3 Prozent gegenüber der vom BAMF und der Bundesregierung verwandten (unbereinigten) Schutzquote in Höhe von 56,2 Prozent (vgl. hierzu und zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben, die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/5709).

Zu den Anerkennungen durch das BAMF kommen Anerkennungen durch die Gerichte nach einer zunächst negativen Entscheidung im Asylverfahren hinzu, gegen 88,1 Prozent aller („einfach“) ablehnenden BAMF-Bescheide wurde im Jahr 2022 geklagt. Mehr als die Hälfte der Klagen enden mit einer „sonstigen Verfahrenserledigung“, z. B. wenn Verfahren von mehreren Familienangehörigen zusammengelegt werden, wenn eine Klage nicht weiterverfolgt oder wenn ein Schutzstatus im Einvernehmen mit dem BAMF erteilt wird. „Sonstige Verfahrenserledigungen“ erfolgen nicht etwa überwiegend in Fällen mit schlechten Erfolgsaussichten, wie die wichtigsten betroffenen Herkunftsländer zeigen: Afghanistan, Syrien und der Irak. Auch wenn ein Gericht entscheidet, dass das Asylverfahren in Deutschland durchgeführt werden muss, gilt dies als „sonstige Erledigung“ (vgl. die Antwort zu Frage 26 auf Bundestagsdrucksache 19/4961), obwohl den klagenden Asylsuchenden in diesen Fällen Recht gegeben wurde. Die Bundesregierung räumte auf Nachfrage ein (vgl. Antwort zu Frage 18 auf Bundestagsdrucksache 19/22023), dass „sonstige Verfahrenserledigungen“ der Gerichte keine Aussage zur Schutzbedürftigkeit der Betroffenen beinhalten und nicht als Bestätigung der Entscheidungen des BAMF gewertet werden können.

Werden diese formellen Erledigungen außer Betracht gelassen und nur inhaltliche Entscheidungen der Gerichte betrachtet, ergibt sich nach Berechnung der Fragestellenden eine bereinigte Erfolgsquote von Asylsuchenden im Klage-

verfahren im Jahr 2022 in Höhe von 37 Prozent. Im Jahr 2020 lag der Wert bei 31,2 Prozent, das BAMF gab demgegenüber eine Aufhebungsquote in Höhe von nur 16,6 Prozent an (Gerichtsstatistik 2020, www.bamf.de), weil sonstige Erledigungen wie eine Bestätigung der Bescheide gezählt wurden. Bei afghanischen Geflüchteten lag die bereinigte Erfolgsquote im Klageverfahren 2022 sogar bei 94,8 Prozent, d. h. fast alle überprüften BAMF-Bescheide erwiesen sich als rechtswidrig. Hohe Aufhebungsquoten gab es auch in Bezug auf Schutzsuchende aus dem Iran (42,7 Prozent) und Somalia (61,5 Prozent). Hinzu kommen Korrekturen durch das BAMF, die oft auf Anregung der Gerichte erfolgen oder auf geänderten Lageeinschätzungen beruhen. In absoluten Zahlen heißt das: 40 534 vom BAMF zunächst abgelehnte Asylsuchende erhielten im Jahr 2022 doch noch einen Schutzstatus, 18 083 durch Entscheidungen der Gerichte, 7 768 durch Abhilfeentscheidungen des BAMF, 12 402 im Rahmen von Folgeanträgen und 2 281 aus „sonstigen Gründen“ (vgl. Antwort zu Frage 21e auf Bundestagsdrucksache 20/8222) – zum Vergleich: 61 778 Ablehnungen hatte das BAMF im Jahr 2023 ausgesprochen.

Die Spannbreite der bereinigten Schutzquoten unterschiedlicher Außenstellen des BAMF in Bezug auf einzelne Herkunftsländer ist groß: Bei irakischen Schutzsuchenden beispielsweise lag sie im Jahr 2022, je nach Standort, zwischen 2,3 und 71 Prozent, bei iranischen zwischen 24,5 und 79,2 Prozent, bei türkischen zwischen 5 und 90 Prozent und bei Asylsuchenden aus der russischen Föderation zwischen 3,7 und 60 Prozent. Das Forschungszentrum des BAMF nannte u. a. folgende Erklärungen für eine abweichende Entscheidungspraxis innerhalb des BAMF: ein besonderes „Mikroklima“ in der jeweiligen Organisationseinheit, die Zusammensetzung des Personals und lokale Auslegungen von Leitsätzen. Das wurde von der Bundesregierung zunächst als „hypothetisch“ bewertet (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/6786), auf Nachfrage (Antwort zu Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 19/18498) hieß es dann, dass Qualitätssicherungsmaßnahmen und Schutzquotenüberprüfungen „den hypothetischen lokalen (Fehl-)Entwicklungen entgegenwirken bzw. diese verhindern sollen“.

Viele Anerkennungen erfolgen im Rahmen des Familienschutzes, d. h. es geht um Angehörige von in Deutschland bereits anerkannten Flüchtlingen, hierunter auch Personen, die im Wege des Familiennachzugs legal eingereist sind (Antwort zu Frage 2b auf Bundestagsdrucksache 19/13945). Beim Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) lag der Anteil des Familienschutzes im Jahr 2022 bei 67 Prozent (2021: 82,9 Prozent, 2019: 80,6 Prozent, 2017: 24,5 Prozent, 2015: 2,2 Prozent). Werden diese Anerkennungen für Familienangehörige außer Betracht gelassen, zeigt sich, dass z. B. syrischen Asylsuchenden im Jahr 2015 zu 99,7 Prozent vom BAMF ein Schutz nach der GFK zugesprochen wurde, im ersten Halbjahr 2020 aber nur noch zu knapp 5 Prozent (vgl. Valentin Feneberg und Sebastian Pukrop: „Zur Asyl- und Gerichtsstatistik des BAMF“, in: ASYLMAGAZIN 10-11/2020, Seite 356). Die meisten GFK-Status werden also an Familienangehörige infolge einer früheren Spruchpraxis des BAMF erteilt, die aktuelle Entscheidungspraxis ist hingegen restriktiver, häufiger wird z. B. nur subsidiärer Schutz gewährt.

Bei vielen Asylsuchenden in Deutschland handelt es sich um Kinder und Jugendliche: Im Jahr 2022 lag der Anteil der unter 18-jährigen Asylsuchenden bei 37,3 Prozent (2021: 49,4 Prozent), 3,3 Prozent aller Asylsuchenden waren unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. 24 791 Asylanträge (11,4 Prozent aller Anträge; 2021: 17,5 Prozent, 2020: 25,9 Prozent) wurden für in Deutschland geborene Kinder von Geflüchteten (Asylsuchenden, anerkannten Flüchtlingen, Personen mit humanitärer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG)) gestellt. Das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) benennt vor diesem Hintergrund seit Januar 2020 die Zahl der „grenzüberschreitenden Asylerstanträge“, bei der Anträge für hier geborene Kinder nicht berücksichtigt werden (www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/01/asylzahlen-jahr-2019.html).

Vorbemerkung der Bundesregierung

Der Bundesregierung war eine vollumfängliche Beantwortung der Kleinen Anfrage innerhalb der gesetzten Frist nicht möglich. Um eine umfassende Beantwortung sicherzustellen, hatte die Bundesregierung um eine Fristverlängerung von sechs Wochen gebeten. Diese wurde nicht gewährt. Die Beantwortung dieser parlamentarischen Anfrage erfordert einen besonders hohen Auswertungs-, Arbeits- und Koordinierungsaufwand. Zudem ging zeitgleich eine weitere umfangreiche Kleine Anfrage der Gruppe Die Linke ein (Bundesdrucksache 20/11504), die ebenfalls einen hohen Auswertungs-, Arbeits- und Koordinierungsaufwand erforderte und auf dieselben technischen und personellen Ressourcen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zugriff. Der Bundesregierung wurde für die Beantwortung der hiesigen Anfrage eine Fristverlängerung von vier Wochen eingeräumt.

Der Umfang der Informationsbeschaffungs- und Recherchepflicht der Bundesregierung ist auf das innerhalb der Frist mit zumutbarem Aufwand tatsächlich Leistbare beschränkt.

Die Bundesregierung hat die technischen und personellen Ressourcen im Rahmen des Zumutbaren ausgeschöpft, um gleichwohl auch innerhalb der engen Frist die Fragen mit der notwendigen Sorgfalt so weit wie möglich zu beantworten. Eine weitergehende Beantwortung hätte die ordnungsgemäße Aufgabenerledigung der betroffenen Organisationseinheiten erheblich beeinträchtigt.

1. a) Wie hoch war die Gesamtschutzquote (Anerkennungen nach Artikel 16a des Grundgesetzes (GG), nach § 60 Absatz 1 AufenthG) in Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), subsidiärer Schutz und Abschiebungshindernisse) in der Entscheidungspraxis des BAMF im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 (bitte jeweils in absoluten und relativen Zahlen angeben und für die 15 wichtigsten Herkunftsländer gesondert darstellen, bitte für jedes dieser Länder in relativen Zahlen angeben, wie viele Asylsuchende Schutz nach Artikel 16a GG, nach § 60 Absatz 1 AufenthG in Anwendung der GFK, einen subsidiären Schutzstatus bzw. nationalen Abschiebungsschutz zugesprochen bekommen haben, bitte in einer weiteren Tabelle nach Art der Anerkennung differenzieren: Asylberechtigung (darunter Familienasyl), internationaler Flüchtlingsschutz (darunter Familienschutz), subsidiärer Schutz (darunter Familienschutz), nationale Abschiebungsverbote – bitte jeweils so differenziert wie möglich darstellen und in jedem Fall Angaben zu den Herkunftsländern Algerien, Marokko, Tunesien, Ukraine, Belarus, Russische Föderation sowie zu allen sicheren Herkunftsstaaten machen)?
- b) Wie hoch war in den genannten Zeiträumen jeweils die „bereinigte Gesamtschutzquote“, d. h. die Quote der Anerkennungen bezogen auf tatsächlich inhaltliche und nicht formelle Entscheidungen (bitte wie in Frage 1a differenzieren), und welche näheren Angaben lassen sich machen zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen in den genannten Zeiträumen?

Die Fragen 1a und 1b werden gemeinsam beantwortet.

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass durch Heranziehen der erfragten sogenannten bereinigten Gesamtschutzquote (Quote zu Frage 1b) etwaige Bleibeperspektiven von Staatsangehörigen der unten genannten Staaten nicht hergeleitet oder begründet werden können, da die formellen Ablehnungen von Asylanträgen bei einer derartigen Quotenberechnung nicht berücksichtigt werden.

Formelle Ablehnungen führen ebenso wie materiell entschiedene Asylablehnungen im Regelfall zu einer Ausreisepflicht. Maßgeblich für die Feststellung einer etwaigen Bleibeperspektive ist daher die umfassende Gesamtschutzquote, die alle ablehnenden Asylentscheidungen berücksichtigt:

Gesamtjahr 2023	Asylberechtigung Artikel 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG		Subidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG		Gesamtsschutz		Quote zu Frage 1b	
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Herkunftsländer gesamt	1.824	0,7 %	40.701	15,6 %	71.290	27,3 %	21.462	8,2 %	135.277	51,7 %	135.277	68,6 %
darunter:												
Syrien	120	0,1 %	10.494	11,9 %	67.044	75,8 %	336	0,4 %	77.994	88,2 %	77.994	99,9 %
Türkei	254	1,1 %	2.642	10,9 %	200	0,8 %	53	0,2 %	3.149	13,0 %	3.149	17,8 %
Afghanistan	523	1,1 %	15.731	33,9 %	1.115	2,4 %	18.089	39,0 %	35.458	76,5 %	35.458	98,7 %
Irak	10	0,1 %	2.130	16,5 %	491	3,8 %	600	4,6 %	3.231	25,0 %	3.231	33,2 %
Iran	122	1,8 %	1.696	24,6 %	149	2,2 %	70	1,0 %	2.037	29,5 %	2.037	45,5 %
Georgien	-	-	8	0,1 %	2	0,0 %	21	0,2 %	31	0,3 %	31	0,4 %
Russische Föderation	109	2,1 %	259	4,9 %	104	2,0 %	8	0,2 %	480	9,1 %	480	29,0 %
Somalia	79	2,0 %	1.749	44,1 %	324	8,2 %	914	23,1 %	3.066	77,4 %	3.066	93,8 %
Eritrea	107	2,8 %	2.524	67,0 %	482	12,8 %	69	1,8 %	3.182	84,5 %	3.182	89,9 %
Ungeklärt	58	1,6 %	1.580	43,0 %	397	10,8 %	66	1,8 %	2.101	57,2 %	2.101	75,8 %
Venezuela	30	1,5 %	26	1,3 %	31	1,5 %	317	15,7 %	404	20,1 %	404	20,8 %
Guinea	68	4,0 %	300	17,5 %	82	4,8 %	62	3,6 %	512	29,8 %	512	50,3 %
Kolumbien	4	0,4 %	2	0,2 %	-	-	2	0,2 %	8	0,9 %	8	1,0 %
Nordmazedonien	-	-	1	0,0 %	-	-	-	-	1	0,0 %	1	0,0 %
Pakistan	14	0,6 %	189	8,4 %	2	0,1 %	68	3,0 %	273	12,1 %	273	20,4 %
Tunesien	5	0,2 %	21	1,0 %	2	0,1 %	3	0,1 %	31	1,5 %	31	3,6 %
Algerien	-	-	17	0,8 %	15	0,7 %	5	0,2 %	37	1,8 %	37	4,8 %
Marokko	-	-	27	1,8 %	24	1,6 %	10	0,7 %	61	4,1 %	61	10,6 %
Moldau	1	0,0 %	1	0,0 %	10	0,3 %	4	0,1 %	16	0,5 %	16	1,0 %
Ukraine	5	1,8 %	9	3,3 %	12	4,4 %	1	0,4 %	27	9,9 %	27	87,1 %
Belarus	12	2,6 %	21	4,6 %	1	0,2 %	3	0,7 %	37	8,1 %	37	15,8 %
Serbien	-	-	3	0,1 %	3	0,1 %	2	0,1 %	8	0,2 %	8	0,4 %
Albanien	-	-	4	0,2 %	8	0,3 %	8	0,3 %	20	0,8 %	20	1,3 %
Bosnien und Herzegowina	-	-	1	0,1 %	1	0,1 %	4	0,3 %	6	0,5 %	6	1,2 %
Ghana	-	-	4	1,0 %	-	-	4	1,0 %	8	1,9 %	8	3,1 %
Kosovo	-	-	1	0,1 %	1	0,1 %	4	0,6 %	6	0,8 %	6	1,7 %
Montenegro	-	-	-	-	1	0,3 %	1	0,3 %	2	0,7 %	2	1,3 %
Senegal	-	-	2	1,5 %	-	-	12	8,8 %	14	10,3 %	14	18,9 %

01.01.–30.04.2024	Asylberechtigung Artikel 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG		Subidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG		Gesamtsschutz		Quote zu Frage 1b	
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Herkunftsländer gesamt	591	0,5 %	13.165	12,2 %	29.522	27,4 %	6.847	6,4 %	50.125	46,6 %	50.125	63,5 %
darunter:												
Syrien	41	0,1 %	2.705	7,4 %	28.190	77,4 %	101	0,3 %	31.037	85,2 %	31.037	100,0 %
Afghanistan	181	1,1 %	5.676	35,7 %	297	1,9 %	5.655	35,6 %	11.809	74,3 %	11.809	97,1 %
Türkei	63	0,4 %	1.082	7,6 %	52	0,4 %	19	0,1 %	1.216	8,5 %	1.216	12,7 %
Irak	2	0,0 %	572	13,7 %	141	3,4 %	177	4,2 %	892	21,4 %	892	29,2 %
Somalia	46	3,2 %	476	33,5 %	81	5,7 %	304	21,4 %	907	63,7 %	907	90,8 %
Iran	47	1,9 %	601	24,9 %	50	2,1 %	8	0,3 %	706	29,2 %	706	39,5 %
Ungeklärt	10	0,8 %	587	46,6 %	142	11,3 %	32	2,5 %	771	61,1 %	771	82,3 %
Russische Föderation	36	1,3 %	70	2,6 %	14	0,5 %	16	0,6 %	136	5,0 %	136	11,7 %
Kolumbien	-	-	-	-	3	0,5 %	-	-	3	0,5 %	3	0,6 %
Venezuela	8	0,7 %	14	1,3 %	23	2,1 %	203	18,3 %	248	22,3 %	248	23,5 %
Guinea	18	2,5 %	64	8,9 %	17	2,4 %	24	3,3 %	123	17,1 %	123	35,8 %
Eritrea	23	1,8 %	778	60,2 %	176	13,6 %	24	1,9 %	1.001	77,5 %	1.001	84,8 %
Georgien	-	-	-	-	3	0,1 %	11	0,3 %	14	0,4 %	14	0,5 %
Tunesien	3	0,2 %	19	1,2 %	2	0,1 %	1	0,1 %	25	1,5 %	25	2,4 %
Nigeria	7	0,7 %	38	3,6 %	5	0,5 %	60	5,7 %	110	10,5 %	110	21,7 %
Algerien	2	0,1 %	7	0,5 %	8	0,6 %	2	0,1 %	19	1,4 %	19	3,1 %
Nordmazedonien	-	-	-	-	-	-	4	0,2 %	4	0,2 %	4	0,4 %
Marokko	-	-	23	2,1 %	10	0,9 %	4	0,4 %	37	3,4 %	37	6,9 %
Serbien	3	0,2 %	1	0,1 %	-	-	2	0,2 %	6	0,5 %	6	0,8 %
Albanien	-	-	-	-	2	0,2 %	4	0,5 %	6	0,7 %	6	1,0 %
Moldau	-	-	-	-	-	-	1	0,1 %	1	0,1 %	1	0,2 %
Ukraine	-	-	-	-	4	3,2 %	-	-	4	3,2 %	4	40,0 %
Kosovo	-	-	1	0,2 %	2	0,4 %	5	1,1 %	8	1,7 %	8	3,0 %
Bosnien und Herzegowina	-	-	1	0,2 %	-	-	-	-	1	0,2 %	1	0,3 %
Ghana	-	-	1	0,6 %	1	0,6 %	6	3,8 %	8	5,1 %	8	7,3 %
Belarus	2	1,7 %	6	5,0 %	2	1,7 %	-	-	10	8,3 %	10	21,3 %
Senegal	-	-	-	-	-	-	2	2,2 %	2	2,2 %	2	4,8 %
Montenegro	-	-	-	-	-	-	2	1,6 %	2	1,6 %	2	3,2 %

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Gesamtjahr 2023			Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	Anteil
Asylberechtigung	1.824	0,7 %	0,9 %
darunter Familienschutz	598	0,2 %	0,3 %
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	40.701	15,6 %	20,7 %
darunter Familienschutz	23.825	9,1 %	12,1 %
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 I Nummer 1 AsylG	76	0,0 %	0,0 %
§ 4 I Nummer 2 AsylG	63.445	24,3 %	32,2 %
§ 4 I Nummer 3 AsylG	493	0,2 %	0,3 %
§ 4 I AsylG Familienschutz	7.276	2,8 %	3,7 %
Summe subsidiärer Schutz	71.290	27,3 %	36,2 %
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 V AufenthG	21.235	8,1 %	10,8 %
§ 60 VII AufenthG	227	0,1 %	0,1 %
Summe Abschiebungsverbot	21.462	8,2 %	10,9 %
Gesamtschutz	135.277	51,7 %	68,6 %

01.01.–30.04.2024			Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	Anteil
Asylberechtigung	591	0,5 %	0,7 %
darunter Familienschutz	169	0,2 %	0,2 %
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	13.165	12,2 %	16,7 %
darunter Familienschutz	7.152	6,6 %	9,1 %
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 I Nummer 1 AsylG	14	0,0 %	0,0 %
§ 4 I Nummer 2 AsylG	26.911	25,0 %	34,1 %
§ 4 I Nummer 3 AsylG	172	0,2 %	0,2 %
§ 4 I AsylG Familienschutz	2.425	2,3 %	3,1 %
Summe subsidiärer Schutz	29.522	27,4 %	37,4 %
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 V AufenthG	6.740	6,3 %	8,5 %
§ 60 VII AufenthG	107	0,1 %	0,1 %
Summe Abschiebungsverbot	6.847	6,4 %	8,7 %
Gesamtschutz	50.125	46,6 %	63,5 %

Nähere Angaben zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen für die genannten Zeiträume können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Gesamtjahr 2023 Entscheidungskategorie	
Abschiebung vor Entscheidung	4
Antrag nicht weiter bearbeitet	7
Einstellung wg. § 33 I u. II, § 32a II AsylG	6.963
nicht erforderlich, Dublin	203
sonstige Einstellung	4.835
Unzulässig (§ 29 I Nummer 1 AsylG)	32.091
Unzulässig (§ 29 I Nummer 2 AsylG)	5.800
Unzulässig (§ 29 I Nummer 3 AsylG)	18
Unzulässig (§ 29 I Nummer 4 AsylG)	6
Unzulässig (kein Zweitverf. § 29 I Nummer 5 AsylG)	1.819
Unzulässig (kein Folgeverf. § 29 I Nummer 5 AsylG)	12.800

01.01.–30.04.2024 Entscheidungskategorie	
Abschiebung vor Entscheidung	-
Antrag nicht weiter bearbeitet	-
Einstellung wg. § 33 I u. II, § 32a II AsylG	3.943
nicht erforderlich, Dublin	91
sonstige Einstellung	2.357
Unzulässig (§ 29 I Nummer 1 AsylG)	14.764
Unzulässig (§ 29 I Nummer 2 AsylG)	1.578
Unzulässig (§ 29 I Nummer 3 AsylG)	11
Unzulässig (§ 29 I Nummer 4 AsylG)	3
Unzulässig (kein Zweitverf. § 29 I Nummer 5 AsylG)	726
Unzulässig (kein Folgeverf. § 29 I Nummer 5 AsylG)	5.115

2. a) Wie viele der Anerkennungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes (AsylG) in Anwendung der GFK im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 beruhten auf staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung bzw. waren Familienflüchtlingsschutzstatus (bitte in absoluten und relativen Zahlen und noch einmal gesondert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern angeben)?

Angaben zu Entscheidungen aufgrund staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung werden nur für Entscheidungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes (AsylG) erfasst und können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Gesamtjahr 2023	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 Absatz 1 AsylG					
		Familienflüchtlingsschutz nach § 26 Absatz 5 AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon geschlechtsspez. Verfolgung		davon geschlechtsspez. Verfolgung
Herkunftsländer gesamt	40.701	23.825	11.527	3.705	4.175	2.351
darunter:						
Syrien	10.494	9.487	852	132	48	19
Türkei	2.642	984	1.561	208	63	58
Afghanistan	15.731	5.786	7.000	2.682	2.442	1.000
Irak	2.130	1.845	61	30	200	121
Iran	1.696	570	1.024	257	38	24
Georgien	8	1	7	3	0	0
Russische Föderation	259	95	148	84	13	10
Somalia	1.749	857	47	42	755	704
Eritrea	2.524	2.497	11	3	8	8
Ungeklärt	1.580	788	364	48	153	19
Venezuela	26	2	11	2	10	7
Guinea	300	150	20	20	117	117
Kolumbien	2	2	0	0	0	0
Nordmazedonien	1	0	1	0	0	0
Pakistan	189	107	40	14	41	25

01.01.–30.04.2024	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 Absatz 1 AsylG					
		Familienflüchtlingsschutz nach § 26 Absatz 5 AsylG	staatliche Verfolgung	davon geschlechtsspez. Verfolgung	nichtstaatliche Verfolgung	davon geschlechtsspez. Verfolgung
Herkunftsländer gesamt	13.165	7.152	4.223	1.406	1.284	756
darunter:						
Syrien	2.705	2.400	230	59	31	19
Afghanistan	5.676	2.265	2.510	1.012	723	320
Türkei	1.082	302	707	99	39	33
Irak	572	484	18	8	61	40
Somalia	476	253	16	15	184	172
Iran	601	194	360	78	20	18
Ungeklärt	587	195	182	25	69	17
Russische Föderation	70	18	38	16	9	8
Kolumbien	-	-	-	-	-	-
Venezuela	14	2	10	5	2	1
Guinea	64	30	2	2	27	27
Eritrea	778	769	3	-	-	-
Georgien	-	-	-	-	-	-
Tunesien	19	2	8	7	7	7
Nigeria	38	14	10	10	13	12

- b) Wie viele der Anerkennungen in den genannten Zeiträumen waren Schutzstatus nach § 26 AsylG für Familienangehörige bereits Anerkannter (bitte jeweils nach dem Bezugsstatus – Asylberechtigung, Flüchtlingsstatus nach der GFK bzw. subsidiärem Schutz – differenzieren), und wie viele dieser erteilten Status betrafen in Deutschland geborene Kinder (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Gesamtjahr 2023	§ 26 AsylG Anerkennung		§ 3 I AsylG Familienschutz		§ 4 I AsylG Familienschutz	
		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder
Herkunftsländer gesamt	598	150	23.825	11.271	7.276	3.955
darunter:						
Syrien	71	20	9.487	5.975	5.374	3.012
Türkei	108	30	984	306	124	15
Afghanistan	143	21	5.786	1.119	284	153
Irak	6	1	1.845	1.279	354	193
Iran	25	6	570	194	35	6
Georgien	-	-	1	-	-	-
Russische Föderation	25	7	95	28	54	12
Somalia	13	4	857	404	177	100
Eritrea	99	31	2.497	1.065	394	215
Ungeklärt	15	5	788	425	181	91
Venezuela	7	2	2	1	5	1
Guinea	2	-	150	89	36	30
Kolumbien	-	-	2	1	-	-

Gesamtjahr 2023	§ 26 AsylG Anerkennung		§ 3 I AsylG Familienschutz		§ 4 I AsylG Familienschutz	
		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder
Nordmazedonien	-	-	-	-	-	-
Pakistan	2	2	107	66	1	1

01.01.–30.04.2024	§ 26 AsylG Anerkennung		§ 3 I AsylG Familienschutz		§ 4 I AsylG Familienschutz	
		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder
Herkunftsländer gesamt	169	40	7.152	3.031	2.425	1.175
darunter:						
Syrien	27	7	2.400	1.465	1.882	931
Afghanistan	39	5	2.265	424	103	45
Türkei	25	9	302	86	30	4
Irak	1	-	484	331	95	52
Somalia	2	-	253	110	30	20
Iran	12	2	194	61	13	4
Ungeklärt	1	1	195	97	53	26
Russische Föderation	10	1	18	4	9	4
Kolumbien	-	-	-	-	-	-
Venezuela	5	1	2	-	2	-
Guinea	2	-	30	17	3	2
Eritrea	23	9	769	315	123	47
Georgien	-	-	-	-	-	-
Tunesien	-	-	2	2	2	-
Nigeria	-	-	14	9	1	1

- c) Wie viele der Asylsuchenden des Jahres 2023 verfügten zum Zeitpunkt der Asylantragstellung über einen rechtmäßigen Aufenthaltstitel (welchen?) oder eine Duldung (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren), und wie viele Personen verfügten zuletzt über einen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten (bitte zu beiden Unterfragen auch Ausführungen dazu machen, bei wie vielen der Betroffenen es um Erst-, Folge- bzw. Zweitanträge ging)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren im Ausländerzentralregister (AZR) 20.797 Personen erfasst, die im Jahr 2023 einen Asylantrag gestellt haben, während sie einen gültigen Aufenthaltstitel oder eine gültige Duldung besaßen, davon 15.110 Personen mit einem Erstantrag und 5.687 mit einem Folgeantrag. 5.048 Personen verfügten zum Zeitpunkt ihrer Asylantragstellung über einen gültigen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten, davon 4.986 Personen mit einem Erstantrag und 62 Personen mit einem Folgeantrag. Das AZR unterscheidet diesbezüglich nur zwischen Erst- und Folgeanträgen, zu Zweitanträgen können aus dem AZR daher keine Aussagen getroffen werden. Die weiteren Angaben können den nachstehenden Tabellen entnommen werden:

Asylantragstellung, während ein gültiger Titel oder eine Duldung vorlagen	Jahr 2023 gesamt
Gesamt	20.797
darunter	
Syrien	8.147

Asylantragstellung, während ein gültiger Titel oder eine Duldung vorlagen	Jahr 2023 gesamt
Afghanistan	4.173
Türkei	1.053
Irak	928
Eritrea	742
Somalia	701
Iran	658
Ungeklärt	532
Russische Föderation	415
Nordmazedonien	406

Asylantragstellung, während ein gültiger Titel oder eine Duldung vorlagen	Jahr 2023 gesamt
Gesamt	20.797
davon	
Aufenthaltserlaubnis (AE) – Erwerbstätigkeit	65
AE – familiäre Gründe	7.190
AE – völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe	1.208
AE – Besondere Aufenthaltsrechte	223
AE – Ausbildung	473
EU-Aufenthaltsrechte	7
Duldungen	11.631

- d) Wie viele der im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 vom BAMF zugesprochen Schutzstatus basierten auf Anerkennungen im Rahmen des Familienschutzes (bitte nach Schutzstatus und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Der Anteil der Flüchtlingseigenschaft bzw. des subsidiären Schutzes an allen inhaltlichen Entscheidungen ohne Berücksichtigung der Entscheidungen zum Familienschutz kann nicht belastbar berechnet werden, da nicht alle Entscheidungen zum Familienschutz statistisch erfasst und demzufolge auch nicht aus der für die Berechnung erforderlichen Bezugsmenge (Anzahl aller materiellen Entscheidungen ohne Entscheidungen zum Familienschutz) herausgerechnet werden können. So wird bei Ablehnungen der Asylberechtigung statistisch nicht erfasst, wie viele davon ggf. im Zusammenhang mit Entscheidungen zum Familienschutz erfolgten (vgl. hierzu auch die Antwort zu Frage 1c der Bundestagsdrucksache 19/28109).

Angaben zu Entscheidungen mit bzw. ohne Einbeziehung von Entscheidungen zum Familienschutz (ohne relative Zahlen) können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Gesamtjahr 2023	Asylberechtigung Artikel 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	
	ohne Familienschutz	mit Familienschutz	ohne Familienschutz	mit Familienschutz	ohne Familienschutz	mit Familienschutz
Alle HKL	1.226	1.824	16.876	40.701	64.014	71.290
Syrien	49	120	1.007	10.494	61.670	67.044
Türkei	146	254	1.658	2.642	76	200
Afghanistan	380	523	9.945	15.731	831	1.115
Irak	4	10	285	2.130	137	491
Iran	97	122	1.126	1.696	114	149
Georgien	-	-	7	8	2	2
Russische Föderation	84	109	164	259	50	104
Somalia	66	79	892	1.749	147	324
Eritrea	8	107	27	2.524	88	482

Gesamtjahr 2023	Asylberechtigung Artikel 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	
	ohne Fami- lienschutz	mit Fami- lienschutz	ohne Fami- lienschutz	mit Fami- lienschutz	ohne Fami- lienschutz	mit Fami- lienschutz
Ungeklärt	43	58	792	1.580	216	397
Venezuela	23	30	24	26	26	31
Guinea	66	68	150	300	46	82
Kolumbien	4	4	-	2	-	-
Nordmazedonien	-	-	1	1	-	-
Pakistan	12	14	82	189	1	2

	Asylberechtigung Artikel 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	
	ohne Fami- lienschutz	mit Fami- lienschutz	ohne Fami- lienschutz	mit Fami- lienschutz	ohne Fami- lienschutz	mit Fami- lienschutz
Alle HKL	422	591	6.013	13.165	27.097	29.522
Syrien	14	41	305	2.705	26.308	28.190
Afghanistan	142	181	3.411	5.676	194	297
Türkei	38	63	780	1.082	22	52
Irak	1	2	88	572	46	141
Somalia	44	46	223	476	51	81
Iran	35	47	407	601	37	50
Ungeklärt	9	10	392	587	89	142
Russische Föderation	26	36	52	70	5	14
Kolumbien	-	-	-	-	3	3
Venezuela	3	8	12	14	21	23
Guinea	16	18	34	64	14	17
Eritrea	-	23	9	778	53	176
Georgien	-	-	-	-	3	3
Tunesien	3	3	17	19	-	2
Nigeria	7	7	24	38	4	5

3. Welche genaueren Angaben kann die Bundesregierung machen zu den Rechtsgrundlagen der im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 durch das BAMF bzw. durch die Gerichte (soweit vorliegend) gewährten subsidiären Schutzstatus (nach § 4 Absatz 1 Nummer 1, Nummer 2 bzw. Nummer 3 AsylG, bitte in absoluten und relativen Zahlen darstellen und nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Asylentscheidungen BAMF:

Gesamtjahr 2023	subsidiärer Schutz	subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 3 AsylG	
	Gesamt	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Staatsangehörigkeiten gesamt	71.290	76	0,1 %	63.445	89,0 %	493	0,7 %
darunter:							
Syrien	67.044	63	0,1 %	61.474	91,7 %	133	0,2 %
Afghanistan	1.115	9	0,8 %	820	73,5 %	2	0,2 %
Somalia	324	-	0,0 %	144	44,4 %	3	0,9 %
Irak	491	1	0,2 %	129	26,3 %	7	1,4 %
Eritrea	482	-	0,0 %	88	18,3 %	-	0,0 %

Gesamtjahr 2023	subsidiärer Schutz	subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 3 AsylG	
	Gesamt	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Ungeklärt	397	-	0,0 %	210	52,9 %	6	1,5 %
Jemen	400	2	0,5 %	52	13,0 %	316	79,0 %
Venezuela	31	-	0,0 %	26	83,9 %	-	0,0 %
Türkei	200	-	0,0 %	76	38,0 %	-	0,0 %
Iran	149	1	0,7 %	113	75,8 %	-	0,0 %
Nigeria	19	-	0,0 %	7	36,8 %	-	0,0 %
Guinea	82	-	0,0 %	46	56,1 %	-	0,0 %
Äthiopien	31	-	0,0 %	7	22,6 %	1	3,2 %
Russische Föderation	104	-	0,0 %	50	48,1 %	-	0,0 %
Libanon	30	-	0,0 %	7	23,3 %	-	0,0 %

01.01.–30.04.2024	subsidiärer Schutz	subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 3 AsylG	
	Gesamt	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Staatsangehörigkeiten gesamt	29.522	14	0,0 %	26.911	91,2 %	172	0,6 %
darunter:							
Syrien	28.190	12	0,0 %	26.257	93,1 %	39	0,1 %
Afghanistan	297	1	0,3 %	192	64,6 %	1	0,3 %
Somalia	81	-	0,0 %	51	63,0 %	-	0,0 %
Irak	141	-	0,0 %	46	32,6 %	-	0,0 %
Venezuela	23	-	0,0 %	21	91,3 %	-	0,0 %
Eritrea	176	-	0,0 %	53	30,1 %	-	0,0 %
Ungeklärt	142	-	0,0 %	89	62,7 %	-	0,0 %
Jemen	152	-	0,0 %	26	17,1 %	121	79,6 %
Türkei	52	-	0,0 %	22	42,3 %	-	0,0 %
Nigeria	5	-	0,0 %	4	80,0 %	-	0,0 %
Iran	50	1	2,0 %	36	72,0 %	-	0,0 %
Guinea	17	-	0,0 %	14	82,4 %	-	0,0 %
Libanon	25	-	0,0 %	5	20,0 %	1	4,0 %
Libyen	28	-	0,0 %	21	75,0 %	1	3,6 %
Russische Föderation	14	-	0,0 %	5	35,7 %	-	0,0 %

Asylentscheidungen durch Gericht:

Gesamtjahr 2023	subsidiärer Schutz	subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 3 AsylG	
	Gesamt	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Staatsangehörigkeiten gesamt	1.076	18	1,7 %	519	48,2 %	478	44,4 %
darunter:							
Jemen	136	4	2,9 %	13	9,6 %	119	87,5 %
Sudan	132	-	0,0 %	5	3,8 %	127	96,2 %
Irak	120	-	0,0 %	108	90,0 %	2	1,7 %
Russische Föderation	101	2	2,0 %	95	94,1 %	2	2,0 %
Eritrea	98	2	2,0 %	90	91,8 %	1	1,0 %
Ukraine	90	-	0,0 %	7	7,8 %	83	92,2 %
Somalia	54	-	0,0 %	14	25,9 %	39	72,2 %
Ungeklärt	51	1	2,0 %	15	29,4 %	25	49,0 %

Gesamtjahr 2023	subsidiärer Schutz	subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 3 AsylG	
	Gesamt	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	45	1	2,2 %	1	2,2 %	43	95,6 %
Iran	35	1	2,9 %	34	97,1 %	-	0,0 %
Türkei	29	1	3,4 %	21	72,4 %	-	0,0 %
Afghanistan	19	2	10,5 %	17	89,5 %	-	0,0 %
Burkina Faso	14	-	0,0 %	-	0,0 %	14	100,0 %
Syrien	14	-	0,0 %	6	42,9 %	8	57,1 %
Äthiopien	12	1	8,3 %	8	66,7 %	2	16,7 %

01.01.–31.03.2024	subsidiärer Schutz	subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 3 AsylG	
	Gesamt	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Staatsangehörigkeiten gesamt	290	15	5,2 %	135	46,6 %	126	43,4 %
darunter:							
Eritrea	52	4	7,7 %	44	84,6 %	-	0,0 %
Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	50	1	2,0 %	15	30,0 %	34	68,0 %
Sudan	48	-	0,0 %	6	12,5 %	42	87,5 %
Ungeklärt	45	1	2,2 %	3	6,7 %	41	91,1 %
Irak	38	5	13,2 %	26	68,4 %	1	2,6 %
Iran	16	2	12,5 %	13	81,3 %	-	0,0 %
Russische Föderation	9	-	0,0 %	9	100,0 %	-	0,0 %
Türkei	7	1	14,3 %	5	71,4 %	-	0,0 %
Jemen	4	-	0,0 %	2	50,0 %	2	50,0 %
Somalia	3	-	0,0 %	2	66,7 %	1	33,3 %
Syrien	2	-	0,0 %	-	0,0 %	2	100,0 %
Libyen	2	-	0,0 %	2	100,0 %	-	0,0 %
Tadschikistan	2	-	0,0 %	2	100,0 %	-	0,0 %
Ukraine	2	-	0,0 %	1	50,0 %	1	50,0 %
Staatenlos	2	-	0,0 %	-	0,0 %	2	100,0 %

4. Welche Organisationseinheiten des BAMF (bitte genau bezeichnen) wurden im Jahr 2023 wegen signifikant negativer oder signifikant positiver (bitte getrennt darstellen) Abweichungen bei den (bereinigten) Schutzquoten um Stellungnahme gebeten, und welche Abweichungen in Bezug auf welche Herkunftsländer waren dies (bitte genauer bezeichnen und in Tabellenform darstellen wie in der Antwort zu Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 20/5709)?

Welche Erklärungen wurden von den jeweiligen Organisationseinheiten für die signifikanten Abweichungen gegeben (bitte ausführen), und inwieweit wurden diese Erklärungen vom BAMF als nachvollziehbar bewertet, bzw. welche Schlussfolgerungen wurden hieraus gegebenenfalls gezogen (bitte ausführen)?

Im Rahmen der Betrachtung des zweiten Halbjahres 2023 wurden innerhalb der Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen (bGSQ) die Organisationseinheiten (OrgE) berücksichtigt, in denen mindestens 50 ma-

teriell-rechtliche Entscheidungen zu den jeweiligen zehn Hauptherkunftsländern in dem genannten Zeitraum getroffen wurden.

Für das zweite Halbjahr 2023 wurden insgesamt 56 Abweichungen der lokalen bSQ hinsichtlich der Staatsangehörigkeitsbezeichnungen Türkei, Afghanistan, Irak, Russische Föderation, Iran, Somalia, „Ungeklärt“ und Guinea betrachtet, darunter 30 Abweichungen unterhalb und 26 Abweichungen oberhalb der bGSQ. Hinsichtlich der HKL Syrien und Georgien wurden keine relevanten Abweichungen festgestellt.

Die OrgE, bei denen die größten Abweichungen von der bGSQ (d. h. die größte Überschreitung sowie die größte Unterschreitung) festgestellt worden sind, wurden im Nachgang einer Stichprobensichtung um Plausibilisierung der Abweichungen gebeten. Nähere Einzelheiten (OrgE sowie die Art der Abweichung) können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden (Erläuterung: mrE = materiell-rechtliche Entscheidungen).

Auswertung der Entscheidungsstatistik im zweiten Halbjahr 2023 anhand überschreitender Abweichungen von zehn Prozentpunkten oder mehr und Aufforderung zur Stellungnahme (Stand: 01/2024):

Zehn Haupt-HKL/OrgE	Türkei (10.643 mrE; bGSQ 15,0 %)	Irak (4.471 mrE, bGSQ 33,0 %)	Russische Föderation (970 mrE; bGSQ 25,8 %)
AS Braunschweig		133 (67,7 %)	
AS Gießen in AZ, LAS			82 (63,4 %)
AS Freiburg	60 (60,0 %)		

Zehn Haupt-HKL/OrgE	Iran (2.478 mrE; bGSQ 43,0 %)	Ungeklärt (1.313 mrE; bGSQ 74,2 %)	Guinea (527 mrE; bGSQ 47,4 %)
AS Bochum, LAS			108 (60,2 %)
AS Berlin, LAS		184 (91,8 %)	
AS Suhl im AZ	62 (83,9 %)		

Auswertung der Entscheidungsstatistik im zweiten Halbjahr 2023 anhand unterschreitender Abweichungen von zehn Prozentpunkten oder mehr und Aufforderung zur Stellungnahme (Stand: 01/2024):

Zehn Haupt-HKL/OrgE	Türkei (10.643 mrE; bGSQ 15,0 %)	Afghanistan (17.314 mrE; bGSQ 98,2 %)	Irak (4.471 mrE, bGSQ 33,0 %)	Russische Föderation (970 mrE; bGSQ 25,8 %)
AS Eisenhüttenstadt, LAS	164 (1,8 %)	395 (72,7 %)	54 (9,3 %)	
AS Chemnitz im AZ, LAS				51 (3,9 %)
AS Leipzig im AZ		260 (83,8 %)		

Zehn Haupt-HKL/OrgE	Iran (2.478 mrE; bGSQ 43,0 %)	Somalia (1.519 mrE; bGSQ 93,8 %)	Ungeklärt (1.313 mrE; bGSQ 74,2 %)	Guinea (527 mrE; bGSQ 47,4 %)
AS Düsseldorf		62 (79,0 %)		51 (37,3 %)
AS Berlin im AZ	177 (9,6 %)		109 (22,0 %)	

Seitens der OrgE wurde jeweils als Hauptursache für eine Abweichung der lokalen bSQ von der bGSQ die Verteilung der Verfahren benannt. Maßgebliche Auswirkungen auf die lokale bSQ haben somit Verfahren, in denen eine Ableitung des Schutzes im Rahmen von Familienasyl, abgeleitetem Flüchtlingsschutz bzw. abgeleitetem subsidiären Schutz in Betracht kommt. Ebenfalls sind persönliche Merkmale der Antragstellenden (Ethnie, Volkszugehörigkeit, Familienstand, Geschlecht, Alter, Religionszugehörigkeit sowie Herkunftsregion je nach Herkunftsland) bestimmend.

Diese im Rahmen der Plausibilisierungsanfragen ergangenen Stellungnahmen der OrgE wurden erneut einer systematischen Überprüfung unterzogen. Dabei wurde die Plausibilität der abgegebenen Stellungnahmen unter Berücksichtigung der bundesweiten Entscheidungspraxis sowie der zum Zeitpunkt der Entscheidung gültigen Leitsätze zu den jeweiligen Herkunftsländern betrachtet. Alle relevanten Abweichungen im Betrachtungszeitraum wurden vom BAMF als nachvollziehbar bewertet.

5. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die bereinigten Schutzquoten und absoluten Fallzahlen für die Herkunftsländer Afghanistan, Irak, Iran, Eritrea, Somalia, Nigeria, Russische Föderation und die Türkei (hier bitte noch einmal gesondert nach kurdischer bzw. türkischer Volkszugehörigkeit getrennt auflisten) im Jahr 2023, differenziert nach Organisationseinheiten im BAMF (bitte nur solche Organisationseinheiten mit über 50 entsprechenden Entscheidungen auflisten – in jedem Fall aber auch die Quoten der BAMF-Außenstellen nennen, die für Asyl-Flughafenverfahren zuständig sind – und nach den Quoten auf- oder absteigend sortieren; bitte wie in der Antwort zu Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 20/5709 auflisten)?

Die Angaben der Schutzquoten ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Gesamtjahr 2023	Afghanistan	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	46.373	98,7 %
darunter:		
AS Suhl im AZ	777	100,0 %
AS Schwerin im AZ	462	100,0 %
Dienstleistungszentrum Abteilung 5	356	100,0 %
AS Bremen im AZ, LAS	294	100,0 %
AS Frankfurt/Flughafen	292	100,0 %
AS Zirndorf in AnKER	126	100,0 %
AS Deggendorf in AnKER	71	100,0 %
AS Schweinfurt in AnKER	1.282	99,9 %
AS Bonn im AZ	855	99,9 %
AS Gießen im AZ, LAS	5.140	99,9 %
AS Karlsruhe, LAS	841	99,9 %
AS Heidelberg im AZ	1.179	99,8 %
AS Unna im AZ	364	99,7 %
AS Neustadt	304	99,7 %
AS Braunschweig	306	99,7 %
AS Mönchengladbach im AZ	305	99,7 %
AS Nostorf-Horst, LAS	273	99,6 %
AS Düsseldorf	1.271	99,5 %
AS Berlin, LAS	1.837	99,5 %
AS Bramsche im AZ	751	99,5 %
AS München	1.264	99,4 %
AS Bochum, LAS	1.211	99,4 %
AS Ellwangen	161	99,3 %
AS Friedland, LAS	302	99,3 %
AS Berlin im AZ	120	99,2 %
AS Manching in AnKER	1.291	99,1 %
AS Augsburg in AnKER	442	99,0 %

Gesamtjahr 2023	Afghanistan	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
AS Bielefeld im AZ	271	98,8 %
Entscheidungszentrum West Bonn	2.123	98,8 %
AS Hamburg im AZ, LAS	2.125	98,8 %
AS Neumünster, LAS	2.117	98,7 %
AS Bamberg in AnKER	83	98,7 %
AS Sigmaringen	361	98,6 %
AS Regensburg in AnKER	69	98,5 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	552	98,5 %
AS Büdingen	937	98,1 %
AS Lebach in AnKER, LAS	151	98,0 %
AS Freiburg	154	97,7 %
AS Essen	477	97,5 %
AS Oldenburg	277	97,4 %
AS Jena/Hermsdorf, LAS	329	97,4 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	426	96,8 %
AS Speyer	377	96,6 %
AS Dresden in AnKER	269	96,1 %
AS Trier, LAS	1.453	95,3 %
AS Leipzig im AZ	389	88,3 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	667	81,0 %

Gesamtjahr 2023	Irak	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	12.943	33,2 %
darunter:		
AS Speyer	78	75,4 %
AS Büdingen	80	66,2 %
AS Oldenburg	252	60,9 %
AS Freiburg	97	58,6 %
AS Braunschweig	369	58,3 %
AS Bielefeld im AZ	398	52,5 %
AS Bochum, LAS	785	50,7 %
AS Suhl im AZ	192	48,0 %
AS Friedland, LAS	123	47,8 %
AS Zirndorf in AnKER	237	46,4 %
AS München	186	43,5 %
AS Düsseldorf	591	40,9 %
AS Ellwangen	117	40,6 %
AS Bonn im AZ	477	39,5 %
AS Jena/Hermsdorf, LAS	55	39,1 %
AS Bremen im AZ, LAS	63	38,7 %
AS Essen	327	37,1 %
AS Schwerin im AZ	61	37,0 %
AS Hamburg im AZ, LAS	175	36,1 %
AS Berlin, LAS	227	35,1 %
AS Regensburg in AnKER	232	34,3 %
AS Dresden in AnKER	157	29,3 %
AS Karlsruhe, LAS	463	26,3 %
AS Lebach in AnKER, LAS	64	26,2 %
AS Unna im AZ	202	26,2 %

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Gesamtjahr 2023	Irak	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
AS Bramsche im AZ	566	25,6 %
AS Gießen im AZ, LAS	373	24,4 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	108	24,2 %
Entscheidungszentrum West Bonn	748	23,9 %
AS Trier, LAS	196	22,1 %
AS Sigmaringen	189	21,0 %
AS Heidelberg im AZ	520	19,7 %
AS Mönchengladbach im AZ	212	19,2 %
AS Berlin im AZ	202	19,2 %
AS Augsburg in AnKER	497	17,7 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	126	17,2 %
AS Manching in AnKER	55	16,7 %
AS Bamberg in AnKER	180	15,6 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	192	15,3 %
AS Neumünster, LAS	822	15,2 %
AS Frankfurt/Flughafen	130	7,4 %

Gesamtjahr 2023	Iran	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	6.894	45,5 %
darunter:		
AS Suhl im AZ	104	80,9 %
AS Braunschweig	93	77,0 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	73	69,2 %
AS Büdingen	73	67,7 %
AS Heidelberg im AZ	211	63,1 %
AS Gießen im AZ, LAS	455	60,8 %
AS Bramsche im AZ	130	59,1 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	91	58,7 %
AS Bremen im AZ, LAS	153	58,6 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	55	56,3 %
AS Bochum, LAS	289	55,9 %
AS Berlin, LAS	82	55,4 %
AS Karlsruhe, LAS	88	52,4 %
Entscheidungszentrum West Bonn	129	52,4 %
AS Trier, LAS	233	48,1 %
AS Düsseldorf	395	41,2 %
AS Frankfurt/Flughafen	64	41,0 %
AS Essen	137	40,8 %
AS Unna im AZ	110	40,0 %
AS Dresden in AnKER	69	39,7 %
AS Mönchengladbach im AZ	125	35,9 %
AS Bonn im AZ	246	32,5 %
AS Hamburg im AZ, LAS	359	27,7 %
AS Neumünster, LAS	253	24,8 %
AS Zirndorf in AnKER	328	22,6 %
AS Bamberg in AnKER	154	21,9 %
AS Berlin im AZ	277	15,0 %

Gesamtjahr 2023	Eritrea	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	3.767	89,9 %
darunter:		
AS Bielefeld im AZ	57	98,2 %
AS Speyer	56	98,2 %
AS Berlin, LAS	52	98,0 %
AS Augsburg in AnKER	79	97,4 %
AS Düsseldorf	154	96,7 %
Entscheidungszentrum West Bonn	137	96,3 %
AS Sigmaringen	104	95,1 %
AS Bonn im AZ	156	94,7 %
AS Hamburg im AZ, LAS	135	93,2 %
AS Karlsruhe, LAS	77	93,2 %
AS Bamberg in AnKER	64	93,0 %
AS München	167	92,6 %
AS Essen	67	92,5 %
AS Oldenburg	65	92,3 %
AS Büdingen	247	92,2 %
AS Bochum, LAS	220	92,2 %
AS Friedland, LAS	53	90,6 %
AS Suhl im AZ	60	87,9 %
AS Trier, LAS	124	87,5 %
AS Heidelberg im AZ	80	85,9 %
AS Lebach in AnKER, LAS	73	85,9 %
AS Gießen im AZ, LAS	354	84,9 %
AS Neumünster, LAS	218	84,8 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	85	81,9 %
AS Deggendorf in AnKER	169	65,8 %
AS Frankfurt/Flughafen	5	25,0 %

Gesamtjahr 2023	Somalia	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	3.963	93,8 %
darunter:		
AS Friedland, LAS	77	100,0 %
AS Bremen im AZ, LAS	65	100,0 %
AS Speyer	145	98,5 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	74	98,5 %
AS Bochum, LAS	199	98,5 %
AS Neumünster, LAS	119	98,2 %
AS Schweinfurt in AnKER	274	98,0 %
AS Bonn im AZ	112	97,3 %
Entscheidungszentrum West Bonn	142	97,1 %
AS Neustadt	67	97,0 %
AS Büdingen	228	96,9 %
AS Heidelberg im AZ	166	96,7 %
AS München	99	96,7 %
AS Hamburg im AZ, LAS	143	96,4 %
AS Sigmaringen	71	95,2 %
AS Braunschweig	53	93,6 %
AS Essen	65	91,7 %

Gesamtjahr 2023	Somalia	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
AS Trier, LAS	274	90,8 %
AS Gießen im AZ, LAS	342	88,3 %
AS Karlsruhe, LAS	78	86,6 %
AS Düsseldorf	149	86,5 %
AS Frankfurt/Flughafen	13	76,9 %
AS Zirndorf in AnKER	55	71,1 %

Gesamtjahr 2023	Nigeria	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	2.944	21,3 %
darunter:		
AS Bochum, LAS	175	41,4 %
Entscheidungszentrum West Bonn	72	25,0 %
AS Trier, LAS	77	21,3 %
AS Essen	56	20,0 %
AS Sigmaringen	79	19,7 %
AS Bonn im AZ	81	19,0 %
AS Heidelberg im AZ	383	18,7 %
AS Düsseldorf	123	17,7 %
AS Karlsruhe, LAS	112	15,7 %
AS Gießen im AZ, LAS	80	14,5 %
AS München	381	11,7 %
AS Frankfurt/Flughafen	17	0 %

Gesamtjahr 2023	Russische Föderation	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	5.246	29,0 %
darunter:		
Entscheidungszentrum West Bonn	260	56,4 %
AS Gießen im AZ, LAS	154	56,0 %
AS Trier, LAS	53	40,0 %
AS Frankfurt/Flughafen	6	40,0 %
AS Heidelberg im AZ	64	39,0 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	175	38,4 %
AS Bochum, LAS	81	30,8 %
AS Bamberg in AnKER	194	30,4 %
AS Düsseldorf	71	29,1 %
AS Suhl im AZ	80	27,6 %
AS Berlin, LAS	119	22,4 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	58	18,4 %
AS Bonn im AZ	68	18,0 %
AS Hamburg im AZ, LAS	72	17,0 %
AS Berlin im AZ	156	13,3 %
AS Dresden in AnKER	78	10,0 %
AS Neumünster, LAS	152	5,7 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	65	3,8 %
AS Bremen im AZ, LAS	72	1,6 %

Gesamtjahr 2023	Türkei	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	24.131	17,8 %
darunter:		
AS Ellwangen	146	64,4 %
AS Freiburg	135	57,6 %
AS Speyer	259	41,7 %
AS Jena/Hermsdorf, LAS	55	39,5 %
AS Karlsruhe, LAS	471	38,9 %
AS Trier, LAS	891	38,2 %
AS Heidelberg im AZ	1.040	33,3 %
AS Bielefeld im AZ	240	30,5 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	114	30,3 %
AS Büdingen	343	28,8 %
AS Neustadt	88	26,7 %
AS München	955	25,9 %
AS Braunschweig	153	24,0 %
AS Bramsche im AZ	221	23,2 %
AS Bochum, LAS	536	23,0 %
AS Sigmaringen	421	22,5 %
AS Mönchengladbach im AZ	323	22,1 %
AS Augsburg in AnKER	501	21,6 %
AS Unna im AZ	388	20,3 %
AS Bonn im AZ	963	19,3 %
AS Essen	465	16,7 %
AS Gießen im AZ, LAS	2.306	16,6 %
AS Düsseldorf	727	15,2 %
AS Friedland, LAS	242	14,6 %
Entscheidungszentrum West Bonn	521	14,0 %
AS Bremen im AZ, LAS	271	13,6 %
AS Braunschweig 2 im AZ	167	13,2 %
AS Frankfurt/Flughafen	56	13,0 %
AS Nostorf-Horst, LAS	302	11,8 %
AS Suhl im AZ	284	11,6 %
AS Hamburg im AZ, LAS	377	10,4 %
AS Oldenburg	205	10,2 %
AS Lebach in AnKER, LAS	191	9,2 %
AS Dresden in AnKER	365	9,2 %
AS Zirndorf in AnKER	821	8,0 %
AS Neumünster, LAS	721	7,0 %
AS Berlin, LAS	2.571	4,8 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	263	2,7 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	752	2,6 %

Gesamtjahr 2023	Türkei	
	Volkszugehörigkeit Kurden	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	19.687	6,3 %
darunter:		
AS Freiburg	77	25,0 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	88	22,6 %
AS Ellwangen	68	22,5 %

Gesamtjahr 2023	Türkei Volkszugehörigkeit Kurden	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
AS Karlsruhe, LAS	330	16,7 %
AS Bremen im AZ, LAS	248	14,1 %
AS Friedland, LAS	209	11,9 %
AS Heidelberg im AZ	719	10,8 %
AS Neustadt	69	10,3 %
AS Bochum, LAS	406	9,9 %
AS Büdingen	234	9,5 %
AS Bramsche im AZ	162	9,5 %
AS Nostorf-Horst, LAS	262	8,9 %
AS Speyer	148	8,7 %
AS Suhl im AZ	242	8,6 %
AS Mönchengladbach im AZ	248	8,6 %
AS Gießen im AZ, LAS	1.947	8,2 %
AS Braunschweig 2 im AZ	145	7,9 %
AS Bonn im AZ	737	7,1 %
AS Hamburg im AZ, LAS	325	7,1 %
AS Braunschweig	118	7,0 %
AS Trier, LAS	501	6,9 %
AS Unna im AZ	297	6,9 %
AS Bielefeld im AZ	165	6,2 %
AS Essen	361	5,9 %
AS Dresden in AnKER	319	5,9 %
AS Sigmaringen	330	5,0 %
AS Düsseldorf	592	4,7 %
AS Oldenburg	166	4,6 %
AS München	705	4,6 %
AS Lebach in AnKER, LAS	172	3,6 %
AS Berlin, LAS	2.284	3,6 %
Entscheidungszentrum West Bonn	400	3,5 %
AS Neumünster, LAS	654	3,0 %
AS Augsburg in AnKER	391	2,5 %
AS Frankfurt/Flughafen	43	2,4 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	695	2,0 %
AS Zirndorf in AnKER	690	1,2 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	231	0,5 %

Gesamtjahr 2023	Türkei Volkszugehörigkeit Türken	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	3.907	64,6 %
darunter:		
AS Freiburg	53	90,9 %
AS Ellwangen	76	90,5 %
AS Karlsruhe, LAS	133	88,0 %
AS Büdingen	62	87,9 %
AS Bielefeld im AZ	62	84,3 %
AS Speyer	106	84,0 %
AS Sigmaringen	89	82,9 %
AS München	201	81,0 %

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Gesamtjahr 2023	Türkei Volkszugehörigkeit Türken	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
AS Heidelberg im AZ	311	78,7 %
AS Augsburg in AnKER	106	78,3 %
AS Trier, LAS	378	78,1 %
AS Unna im AZ	78	72,6 %
AS Mönchengladbach im AZ	68	69,8 %
AS Bochum, LAS	111	66,0 %
AS Düsseldorf	127	63,4 %
AS Bonn im AZ	195	62,2 %
AS Gießen im AZ, LAS	318	61,3 %
AS Bramsche im AZ	51	60,0 %
AS Essen	92	55,6 %
AS Frankfurt/Flughafen	12	54,5 %
AS Zirndorf in AnKER	111	50,5 %
Entscheidungszentrum West Bonn	111	49,5 %
AS Neumünster, LAS	56	48,1 %
AS Berlin, LAS	265	15,0 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	52	10,9 %

6. Wie viele Asylanträge von nichtukrainischen Staatsangehörigen, die vor dem Krieg in der Ukraine geflohen sind, gab es im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024, und wie wurden diese vom BAMF entschieden (bitte jeweils auch nach den zehn wichtigsten Staatsangehörigkeiten auflisten)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Gesamtjahr 2023	Asyl-anträge	Entscheidungen über Asylanträge						Sonstige Verfahrens-erledigungen (ohne Dublin-Entscheidungen)
		insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG	Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG	Ablehnungen (offens. unbegr. abgelehnt)	
Staatsangehörigkeiten gesamt	103	146	-	8	9	8	100	17
darunter:								
Nigeria	12	15	-	-	-	-	13	2
Türkei	10	6	-	-	-	-	6	-
Georgien	10	14	-	-	-	-	13	1
Russische Föderation	9	9	-	2	-	-	7	-
Usbekistan	7	6	-	-	-	-	6	-
Armenien	6	6	-	-	-	2	4	-
Turkmenistan	6	4	-	-	-	-	3	-
Aserbaidschan	5	6	-	-	-	-	6	-
Syrien	5	7	-	-	7	-	-	-
Vietnam	4	4	-	-	-	-	2	2

01.01.–30.04.2024	Asyl-anträge	Entscheidungen über Asylanträge						Sonstige Verfahrens-erledigungen (ohne Dublin-Entscheidungen)
		insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG	Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG	Ablehnungen (offens. unbegr. abgelehnt)	
Staatsangehörigkeiten gesamt	18	48	-	7	7	2	24	5
darunter:								
Aserbaidschan	3	3	-	-	-	-	3	-
Moldau	2	2	-	-	-	-	-	2
Russische Föderation	2	4	-	-	-	-	3	1
Türkei	2	2	-	-	-	-	2	-
Nigeria	2	5	-	1	-	-	4	-
Marokko	2	1	-	-	-	-	-	1
Afghanistan	2	11	-	6	-	2	-	-
Jemen	1	-	-	-	-	-	-	-
Vietnam	1	1	-	-	-	-	1	-
Libanon	1	-	-	-	-	-	-	-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

7. Wie lauten die geschlechtsspezifisch differenzierten Anerkennungszahlen zu Asylsuchenden aus Afghanistan bzw. aus dem Iran für das Jahr 2023 bzw. das bisherige Jahr 2024 in absoluten und relativen Zahlen (bitte jeweils auch nach den Formen der Anerkennung bzw. Ablehnung bzw. sonstige Erledigungen differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Entscheidungen über Asylanträge von weiblichen und männlichen Antragstellenden aus Afghanistan													
Zeitraum & Geschlecht	Asylberechtigung Artikel 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG		Ablehnungen (unbegr./offens. unbegr.)		Sonstige Verfahrenserledigungen		
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Jahr 2023													
Männlich	33.555	215	0,6 %	7.690	22,9 %	668	2,0 %	15.950	47,5 %	462	1,4 %	8.570	25,5 %
Weiblich	12.818	308	2,4 %	8.041	62,7 %	447	3,5 %	2.139	16,7 %	16	0,1 %	1.867	14,6 %
01.01.–30.04.2024													
Männlich	12.213	59	0,5 %	2.930	24,0 %	170	1,4 %	5.531	45,3 %	350	2,9 %	3.173	26,0 %
Weiblich	3.679	122	3,3 %	2.746	74,6 %	127	3,5 %	124	3,4 %	2	0,1 %	558	15,2 %

Entscheidungen über Asylanträge von weiblichen und männlichen Antragstellenden aus Iran													
Zeitraum & Geschlecht	Asylberechtigung Artikel 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG		Ablehnungen (unbegr./offens. unbegr.)		Sonstige Verfahrenserledigungen		
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Jahr 2023													
Männlich	4.051	52	1,3 %	938	23,2 %	59	1,5 %	20	0,5 %	1.492	36,8 %	1.490	36,8 %
Weiblich	2.843	70	2,5 %	758	26,7 %	90	3,2 %	50	1,8 %	952	33,5 %	923	32,5 %
01.01.–30.04.2024													
Männlich	1.437	17	1,2 %	314	21,9 %	18	1,3 %	2	0,1 %	659	45,9 %	427	29,7 %
Weiblich	977	30	3,1 %	287	29,4 %	32	3,3 %	6	0,6 %	424	43,4 %	198	20,3 %

8. Entspricht es den internen Leitsätzen im BAMF, eine erlittene bzw. drohende Folter eines politisch aktiven Kurden in der Türkei als unbeachtlich einzustufen mit der Begründung, dass „nicht ersichtlich“ sei, „dass diese Folter aufgrund der Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe“ erfolgt sei, sondern „tatsächlich der Terrorbekämpfung“ diene, kann in anderen Worten das vorgegebene oder vermeintliche Motiv der „Terrorbekämpfung“ Folter rechtfertigen bzw. zur Ablehnung eines Schutzstatus führen (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung zu Frage 9a auf Bundestagsdrucksache 20/8222 – diese Frage lässt sich nach Auffassung der Fragestellenden in allgemeiner Form beantworten, ohne Auskünfte zu einem Einzelfall machen zu müssen, bitte ausführen und begründen)?

Nein, dies entspricht nicht den Herkunftsländerleitsätzen des BAMF.

9. Geht das BAMF davon aus, dass bei Strafverfahren in der Türkei in Bezug auf Terrorismusvorwürfe oder andere politische Verfahren, insbesondere gegen kurdische Aktivistinnen und Aktivisten und Gülen-Anhängende (bitte gegebenenfalls differenzieren), grundsätzlich von fairen und rechtsstaatlichen Verfahren ausgegangen werden kann oder nicht (bitte begründet ausführen, Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung zu Frage 9b auf Bundestagsdrucksache 20/8222), und wenn die Bundesregierung zur Einschätzung der Lage der Rechtsstaatlichkeit in der Türkei auf die (sehr knappen) Ausführungen im 15. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung verweist (vgl. ebd.), wo es heißt, „Ermittlungs- und Gerichtsverfahren mit politischem Bezug offenbaren die Grenzen der Unabhängigkeit der Justiz und wirken einschüchternd auf große Teile der Zivilgesellschaft“, bedeutet dies, dass in diesen Gerichtsverfahren mit politischem Bezug nach Auffassung der Bundesregierung in der Türkei nicht von einer unabhängigen Justiz ausgegangen werden kann, und ist dies auch die Annahme und Erkenntnislage des BAMF bei der Beurteilung entsprechender Einzelfälle (bitte ausführen)?

Asylentscheidungen werden immer als Einzelfallentscheidungen unter Berücksichtigung des individuellen Sachvortrags und vorgelegter Unterlagen getroffen.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 9b auf Bundestagsdrucksache 20/8222 verwiesen.

10. Wie viele Asylanträge von Asylsuchenden aus der Türkei hat das BAMF seit 2021 bis zum letzten verfügbaren Stand als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt (bitte nach Organisationseinheiten im BAMF differenzieren; bitte nur solche Organisationseinheiten mit über 50 entsprechenden Entscheidungen auflisten, bitte zusätzlich nach Jahren aufschlüsseln, zwischen türkisch- und kurdischstämmigen Antragstellenden unterscheiden und zum Vergleich auch jeweils die Zahl der einfachen Ablehnungen nennen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Gesamtjahr 2021	o. u. abgelehnt	davon		abgelehnt	davon	
		Kurden	Türken		Kurden	Türken
Bundesgebiet gesamt	493	399	63	2.794	2.291	411
davon						
AS Hamburg im AZ, LAS	52	40	9	57	47	8

Gesamtjahr 2022	o. u. abgelehnt	davon		abgelehnt	davon	
		Kurden	Türken		Kurden	Türken
Bundesgebiet gesamt	898	779	80	4.772	4.215	468
davon						
AS Berlin, LAS	107	98	8	536	480	49
AS Dresden in AnKER	84	76	7	165	159	6
AS Augsburg in AnKER	79	66	13	138	125	13
AS Neumünster, LAS	78	70	6	277	248	22
AS Eisenhüttenstadt, LAS	69	60	6	54	41	8
AS Bonn im AZ	62	53	8	277	229	44
AS Hamburg im AZ, LAS	56	47	1	42	37	3

Gesamtjahr 2023	o. u. abgelehnt	davon		abgelehnt	davon	
		Kurden	Türken		Kurden	Türken
Bundesgebiet gesamt	2.686	2.358	267	11.869	10.796	900
davon						
AS Berlin, LAS	420	373	44	1.859	1.684	165
AS Zirndorf in AnKER	307	274	30	322	298	16
AS Bonn im AZ	185	148	29	546	492	42
AS Hamburg im AZ, LAS	182	170	8	86	79	6
AS Augsburg in AnKER	162	151	10	129	118	10
AS Neumünster, LAS	160	148	7	451	427	21
AS Eisenhüttenstadt, LAS	152	139	10	65	60	2
AS Dresden in AnKER	130	110	15	167	163	4
AS Mönchengladbach im AZ	121	107	8	97	85	11
AS Gießen im AZ, LAS	110	94	15	1.631	1.511	103
AS Friedland, LAS	87	78	6	94	85	7
AS München	74	65	7	459	417	27
AS Essen	69	62	6	299	259	34
AS Suhl im AZ	61	50	9	167	152	12
AS Oldenburg	60	49	8	108	96	9
AS Heidelberg im AZ	57	51	6	549	487	57

01.01.–30.04.2024	o. u. abgelehnt	davon		abgelehnt	davon	
		Kurden	Türken		Kurden	Türken
Bundesgebiet gesamt	1.713	1.491	156	6.655	6.013	479
davon						
AS Zirndorf in AnKER	283	259	18	302	277	22
AS Berlin, LAS	271	246	21	1.151	1.034	105
AS Gießen im AZ, LAS	128	109	12	685	630	48
AS Essen	116	104	11	97	82	12
AS Hamburg im AZ, LAS	109	87	16	58	44	9
AS Bonn im AZ	96	74	8	226	205	9
AS Neumünster, LAS	66	61	4	235	222	10
AS Mönchengladbach im AZ	52	46	5	77	70	7

11. Wie viele Ablehnungen und wie viele Abschiebungsandrohungen des BAMF gab es im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 gegenüber unbegleiteten Minderjährigen (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und in wie vielen Fällen wurde in diesen Zeiträumen gegenüber unbegleiteten Minderjährigen keine Abschiebungsandrohung trotz Ablehnung des Asylantrags erlassen, z. B. weil im Herkunftsland keine geeigneten Aufnahmemöglichkeiten zur Verfügung standen (bitte ebenfalls nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Gesamtjahr 2023	Ablehnungen
Gesamtergebnis	244
davon	
Syrien	0
Afghanistan	15
Türkei	113
Somalia	2
Irak	27
Guinea	9
Iran	10
Marokko	7
Äthiopien	4
Albanien	1

01.01.–30.04.2024	Ablehnungen
Gesamtergebnis	114
davon	
Syrien	0
Afghanistan	5
Türkei	44
Somalia	3
Guinea	8
Ungeklärt	1
Tunesien	12
Irak	9
Iran	7
Sierra Leone	1

Gesamtjahr 2023	Abschiebungsandrohung auch in Herkunftsstaat	Abschiebungsandrohung nur in Drittstaat	Abschiebungsanordnung in sich. Drittstaat
Gesamtergebnis	262	11	8
davon:			
Syrien	0	9	4
Afghanistan	16	1	2
Türkei	100	0	0
Somalia	2	1	0
Irak	26	0	0
Guinea	11	0	0
Iran	10	0	1
Marokko	12	0	0
Äthiopien	4	0	0
Albanien	16	0	0

01.01.–30.04.2024	Abschiebungsandrohung auch in Herkunftsstaat	Abschiebungsandrohung nur in Drittstaat	Abschiebungsanordnung in sich. Drittstaat
Gesamtergebnis	113	7	2
davon:			
Syrien	0	5	0
Afghanistan	11	1	0
Türkei	32	0	0
Somalia	3	0	0
Guinea	7	0	0
Ungeklärt	2	0	0
Tunesien	10	0	0
Irak	10	0	0
Iran	5	0	0
Sierra Leone	5	0	0

Gesamtjahr 2023	Keine Abschiebungsandrohung trotz Ablehnung des Antrags*
Gesamtergebnis	39
davon	
Afghanistan	1
Äthiopien	1
Guinea	1
Irak	3
Iran	1
Marokko	3
Türkei	18

* Hinweis: Es liegen keine Daten darüber vor, aus welchen Gründen die Abschiebungsandrohung trotz Ablehnung des Asylantrags entfällt.

01.01.–30.04.2024	Keine Abschiebungsandrohung trotz Ablehnung des Antrags*
Gesamtergebnis	36
davon	
Afghanistan	1
Guinea	3
Iran	3
Tunesien	2
Türkei	15

* Hinweis: Es liegen keine Daten darüber vor, aus welchen Gründen die Abschiebungsandrohung trotz Ablehnung des Asylantrags entfällt.

12. In wie vielen Fällen hat das BAMF im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 infolge des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 15. Februar 2023 in der Rechtssache C-484/22 von Abschiebungsandrohungen abgesehen (bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern, nach Geschlecht, Volljährigkeit bzw. Minderjährigkeit und soweit möglich nach den Gründen: Kindeswohl, familiäre Bindungen, Gesundheitszustand, differenzieren), wie viele entsprechende Prüfungen wurden vom BAMF vorgenommen, wie beurteilt das BAMF die Zusammenarbeit mit den Ausländerbehörden in diesen Fällen, welcher zeitliche Mehraufwand ist für das BAMF damit verbunden, und welcher Gesetzesänderungsbedarf wird seitens des BAMF diesbezüglich gegebenenfalls gesehen (bitte ausführen)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine statistisch belastbaren Daten vor.

13. Wie viele Asylsuchende wurden im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 registriert (bitte nach Monaten auflisten und der Zahl der gestellten Asylerstanträge in den jeweiligen Monaten gegenüberstellen), wie groß war die Zahl der Asylsuchenden, die noch keinen Asylantrag stellen konnten, zum letzten Stand (bitte auch nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern auflisten), und gibt es noch relevante Zeitverzögerungen bei der Asylantragstellung (bitte ausführen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Hinweis: Die Dauer zwischen Erstregistrierung des Asylgesuchs bis zur Antragstellung beim BAMF wird u. a. auch durch Faktoren beeinflusst, die nicht in der Verantwortung des BAMF liegen (z. B. zuvor zu durchlaufende Gesundheitsuntersuchungen auf Länderseite).

	Asylgesuche*	Asylerstanträge*
Januar 2023	24.623	29.072
Februar 2023	18.092	24.027
März 2023	18.463	25.175
April 2023	18.837	19.629
Mai 2023	22.649	21.949
Juni 2023	24.675	23.194
Juli 2023	26.466	23.674
August 2023	33.974	27.738
September 2023	40.137	27.889
Oktober 2023	43.459	31.887
November 2023	24.287	35.316
Dezember 2023	18.212	23.025
Gesamt 2023	324.636	329.120
Januar 2024	17.801	26.376
Februar 2024	15.402	19.494
März 2024	14.703	16.430
April 2024	17.435	17.500
Januar bis April 2024	69.389	84.984

* Anmerkung: Aufgrund nachträglicher Änderungen können die Monatswerte nicht zu einem Gesamtwert addiert werden.

Bundesland	Asylgesuche ohne Antragstellung (Stand: 30.04.2024)
Gesamt	10.515
davon	
Baden-Württemberg	900
Bayern	2.004
Berlin	162
Brandenburg	209
Bremen	105
Hamburg	105
Hessen	323
Mecklenburg-Vorpommern	156
Niedersachsen	793
Nordrhein-Westfalen	2.122
Rheinland-Pfalz	518
Saarland	35
Sachsen	572
Sachsen-Anhalt	232
Schleswig-Holstein	355

Bundesland	Asylgesuche ohne Antragstellung (Stand: 30.04.2024)
Thüringen	427
Unbekannt*	1.497

* Registrierungen mit Bundesland „unbekannt“ sind solche, die hauptsächlich von polizeilichen Stellen vorgenommen wurden. Bei dieser Registrierung kann oftmals noch kein Bundesland zugeordnet werden. Dieses wird dann nachträglich bei der Asylantragstellung bestimmt.

Herkunftsland	Asylgesuche ohne Antragstellung (Stand: 30.04.2024)
Gesamt	10.515
darunter	
Syrien	2.852
Afghanistan	1.518
Türkei	858
Irak	555
Somalia	293
Ungeklärt	257
Marokko	252
Kosovo	222
Russische Föderation	222
Algerien	207

14. Zu welchem Anteil und in welcher Zahl verfügten Asylsuchende im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 über keine Identitätspapiere (Reisepässe, Ausweise, sonstiges), mit denen ihre Herkunft bzw. Identität nach Auffassung des BAMF hinreichend sicher zu klären war (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie hoch war die bereinigte Schutzquote im Jahr 2023 bei Asylsuchenden mit bzw. ohne Identitätspapiere?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Zum Heranziehen der erfragten Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen wird auf die Antwort zu den Fragen 1a und 1b verwiesen.

Vorlage von Identitätspapieren durch Erstantragsteller im Alter ab 18 Jahren Gesamtjahr 2023				
Staatsangehörigkeiten	Anzahl der Erstantragsteller	Anzahl der Antragsteller mit Identitätspapieren*	Anzahl der Antragsteller ohne Identitätspapiere*	Anteil der Antragsteller ohne Identitätspapiere*
Gesamt	225.603	117.699	107.904	47,8 %
darunter:				
Syrien	72.263	48.331	23.932	33,1 %
Türkei	40.960	21.929	19.031	46,5 %
Afghanistan	35.543	14.331	21.212	59,7 %
Irak	6.223	3.734	2.489	40,0 %
Iran	7.376	3.459	3.917	53,1 %
Georgien	5.503	4.168	1.335	24,3 %
Russische Föderation	4.794	2.720	2.074	43,3 %
Somalia	2.811	236	2.575	91,6 %
Eritrea	1.244	396	848	68,2 %
Ungeklärt	2.616	1.107	1.509	57,7 %
Venezuela	2.790	2.748	42	1,5 %
Guinea	2.355	81	2.274	96,6 %
Kolumbien	2.428	2.235	193	7,9 %
Nordmazedonien	1.287	634	653	50,7 %
Pakistan	2.090	464	1.626	77,8 %

* Pass, Passersatz, Personalausweis

Die Gesamtschutzquote unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF lag im Jahr 2023 bei Asylsuchenden mit Identitätspapieren bei 70,4 Prozent, bei Asylsuchenden ohne Identitätspapiere bei 67,7 Prozent.

Vorlage von Identitätspapieren durch Erstantragsteller im Alter ab 18 Jahren 01.01.–30.04.2024				
Staatsangehörigkeiten	Anzahl der Erstantragsteller	Anzahl der Antragsteller mit Identitätspapieren*	Anzahl der Antragsteller ohne Identitätspapiere*	Anteil der Antragsteller ohne Identitätspapiere*
Gesamt	55.154	24.026	31.128	56,4 %
darunter:				
Syrien	17.017	10.088	6.929	40,7 %
Afghanistan	7.397	2.234	5.163	69,8 %
Türkei	8.121	3.405	4.716	58,1 %
Irak	2.139	1.148	991	46,3 %
Somalia	1.230	51	1.179	95,9 %
Iran	1.767	550	1.217	68,9 %
Ungeklärt	1.469	343	1.126	76,7 %
Russische Föderation	1.048	467	581	55,4 %
Kolumbien	1.089	902	187	17,2 %
Venezuela	939	908	31	3,3 %
Guinea	701	18	683	97,4 %
Eritrea	325	67	258	79,4 %
Georgien	660	484	176	26,7 %
Tunesien	731	61	670	91,7 %
Nigeria	460	65	395	85,9 %

* Pass, Passersatz, Personalausweis

Für den Zeitraum Januar bis April 2024 lag die Gesamtschutzquote unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF bei Asylsuchenden mit Identitätspapieren bei 68,5 Prozent, bei Asylsuchenden ohne Identitätspapieren bei 60,4 Prozent.

- Wie hoch waren im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 die absolute Zahl und der Anteil der Asylsuchenden, die aus Ländern ohne Visumpflicht für die EU einreisen konnten, wie hoch war bei diesen Asylsuchenden die bereinigte Gesamtschutzquote (bitte jeweils auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern auflisten), welchen Anteil machten abgelehnte Asylsuchende aus Ländern ohne Visumpflicht an allen Ablehnungen des Jahres 2023 aus, und stimmt die Bundesregierung der Einschätzung der Fragestellenden zu, dass mindestens in diesen Fällen die Aushändigung einer „Bezahlkarte“ kein „taugliches Mittel“ darstellt, „um z. B. Geldzahlungen an Schleuser zu unterbinden“, wie es auf Bundestagsdrucksache 20/11006 zu Nummer 1 auf S. 100 als einzige inhaltliche Begründung zur Einführung der „Bezahlkarte“ heißt, weil die Betroffenen keine „Schleuser“ in Anspruch nehmen müssen, sondern visumfrei einreisen können (bitte ausführen und begründen)?

Es wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass Staatsangehörige von Staaten, die in der Liste in Anhang II der sogenannten EU-Visumverordnung (Verordnung (EU) 2018/1806) aufgeführt sind, nicht allein auf Grund dessen für die Einreise nach Deutschland von der Visumpflicht befreit sind. Die aktuell geltende Rechtslage sieht vielmehr vor, dass auf Grund eines offenkundigen Bestrebens, in Deutschland ein Schutzersuchen stellen zu wollen, davon

auszugehen ist, dass diese Personen für einen längeren Zeitraum als 90 Tage innerhalb einer Frist von 180 Tagen einreisen wollen. Damit unterliegen diese Personen im Hinblick auf die Visumpflicht jedoch nicht mehr der sogenannten EU-Visumverordnung, sondern allein dem nationalen Ausländerrecht. Aus diesem Grund können die Staatsangehörigen dieser Staaten kein Recht auf visumfreie Einreise geltend machen und sind bereits zum Zeitpunkt der Einreise – vorbehaltlich des § 41 der Aufenthaltsverordnung – uneingeschränkt visumpflichtig.

Des Weiteren können die erfragten Angaben den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

	Asylanträge Gesamt	Asylanträge nach visumbefreiter Einreise	Anteil Asylanträge nach visumbefreiter Einreise
Gesamtjahr 2023	351.915	34.952	9,9 %
01.01.–30.04.2024	92.545	9.356	10,1 %

Gesamtjahr 2023	Asylanträge nach visumbefreiter Einreise	Gesamtschutzquote
Gesamt	34.952	1,9 %
Darunter		
Georgien	9.399	0,3 %
Nordmazedonien	5.999	0,0 %
Venezuela	3.756	20,1 %
Serbien	3.526	0,2 %
Kolumbien	3.337	0,9 %
Moldau	2.832	0,5 %
Albanien	2.233	0,8 %
Bosnien und Herzegowina	1.132	0,5 %
Ukraine	760	9,9 %
Kosovo	700	0,8 %
Montenegro	299	0,7 %
Peru	251	0,0 %
El Salvador	180	26,5 %
Nicaragua	128	6,7 %
Honduras	68	42,4 %
01.01.–30.04.2024	Asylanträge nach visumbefreiter Einreise	Gesamtschutzquote
Gesamt	9.356	2,6 %
Darunter		
Kolumbien	1.449	0,5 %
Georgien	1.332	0,4 %
Venezuela	1.295	22,3 %
Nordmazedonien	1.256	0,2 %
Serbien	923	0,5 %
Moldau	910	0,1 %
Albanien	606	0,7 %
Kosovo	465	1,7 %
Ukraine	359	3,2 %
Bosnien und Herzegowina	336	0,2 %
Montenegro	116	1,6 %
Peru	66	0,0 %
Nicaragua	50	6,3 %
El Salvador	40	7,5 %
Honduras	39	0,0 %

	Ablehnungen Gesamt	Ablehnungen Asylanträge nach visumbefreiter Einreise	Anteil Ablehnungen Asylanträge nach visumbefreiter Einreise
Gesamtjahr 2023	61.778	19.944	32,3 %

Ein geringer Anteil von Asylsuchenden, der visumfrei eingereist ist, kann die Grundsatzentscheidung für die sogenannte Bezahlkarte nicht in Frage stellen, zumal die Unterbindung von Geldzahlungen an Schleuser nicht das einzige Argument für deren Einführung war. So wird auf S. 101 der in der Frage zitierten Bundestagsdrucksache 20/11006 und im Beschluss des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 6. November 2023 als Ziel auch die Minimierung des Verwaltungsaufwands für die Kommunen genannt. Im Falle eines erheblichen Anstiegs von unbegründeten Asylanträgen, die von Staatsangehörigen eines Drittlandes gestellt werden, mit dem die Visumbefreiung vereinbart worden ist, wäre zu prüfen, ob die Europäische Kommission im Hinblick auf etwaige Einleitung eines Verfahrens zur Anwendung des Aussetzungsmechanismus zu informieren ist (nach Artikel 8 der Verordnung (EU) 2018/1806 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind).

16. In wie vielen Fällen wurden im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 mobile Datenträger von Asylsuchenden ausgelesen und ein Ergebnisprotokoll erstellt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern auflisten)?
- Zu welchem Anteil verfügten in diesen Zeiträumen Asylsuchende, deren Identität bzw. Herkunft nach Auffassung des BAMF nicht hinreichend sicher durch Dokumente geklärt werden konnte, über mobile Datenträgergeräte, zu welchem Anteil konnten diese technisch ausgelesen werden, und in wie vielen Fällen erfolgte bislang eine Auslesung erst nach behördlichen Androhungen oder durch Zwang bzw. gegen den Willen der Betroffenen (bitte so konkret wie möglich antworten)?
 - In wie vielen der Fälle, in denen eine Datenauslesung in diesen Zeiträumen erfolgte und ein Ergebnisreport erstellt wurde, wurde dieser für das Asylverfahren durch die jeweiligen Entscheider angefordert, in wie vielen dieser Fälle wurde diesem Antrag nach entsprechender Prüfung durch einen Volljuristen entsprochen bzw. erfolgte eine Ablehnung (bitte so differenziert wie möglich und in absoluten und relativen Zahlen antworten)?
 - In wie vielen dieser Fälle, in denen der Ergebnisreport der Datenauslesung für das Asylverfahren verwandt wurde, hat dieser dazu geführt oder maßgeblich dazu beigetragen, Angaben der Asylsuchenden zu ihrer Herkunft bzw. Identität bzw. Staatsangehörigkeit zu widerlegen bzw. zu bestätigen (bitte ausführen und in absoluten und relativen Zahlen darstellen)?
 - Welche Erfahrungen oder Probleme gibt es mit der Neuregelung der Datenauslesung bei Asylsuchenden aus Sicht des BAMF (bitte darlegen)?

Eine Beantwortung der Fragen 16 bis 16d war im Rahmen der nur beschränkt gewährten Fristverlängerung nicht möglich. Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.

17. Wie viele Asylanträge wurden im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 nach § 14a Absatz 2 des Asylgesetzes von Amts wegen für hier geborene (oder eingereiste) Kinder gestellt, wie viele Asylanträge wurden in den genannten Zeiträumen von Kindern bzw. für Kinder unter 16 Jahren bzw. von Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren bzw. von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt (bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen in Relation zur Gesamtzahl der Asylanträge sowie die Gesamtzahl der Anträge unter 18-Jähriger und sich überschneidende Teilmengen angeben), und wie hoch waren die jeweiligen (auch bereinigten) Gesamtschutzquoten für die genannten Gruppen?

Die Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im Jahr 2023 bei 95,4 Prozent (01.01.–30.04.2024 – 93,1 Prozent), bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 91,5 Prozent (01.01.–30.04.2024 – 88,9 Prozent) und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 58,7 Prozent (01.01.–30.04.2024 – 52,1 Prozent).

Die Gesamtschutzquote unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im Jahr 2023 bei 97,6 Prozent (01.01.–30.04.2024 – 96,9 Prozent), bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 94,7 Prozent (01.01.–30.04.2024 – 93,9 Prozent) und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 71 Prozent (01.01.–30.04.2024 – 64,1 Prozent).

Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Teilmengen sind eingerückt zur beinhaltenden Menge angegeben.

		Gesamtjahr 2023	
		absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt		329.120	
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt		103.517	31,5 %
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre		87.211	26,5 %
unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre		4.423	1,3 %
Anträge gemäß § 14a Absatz 2 AsylG		5.531	1,7 %
Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre		16.306	5,0 %
unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)		10.846	3,3 %
Anträge gemäß § 14a Absatz 2 AsylG		34	0,0 %

		01.01.–30.04.2024	
		absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt		84.984	
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt		29.830	35,1 %
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre		24.374	28,7 %
unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre		1.557	1,8 %
Anträge gemäß § 14a Absatz 2 AsylG		1.863	2,2 %
Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre		5.456	6,4 %
unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)		3.958	4,7 %
Anträge gemäß § 14a Absatz 2 AsylG		12	0,0 %

18. Wie viele der Asylsuchenden im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 waren sogenannte Nachgeborene, d. h. hier geborene Kinder von Asylsuchenden oder Flüchtlingen (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen nur zu Asylantragstellenden vor. 22.603 Asylantragstellende im Jahr 2023 (7.040 im Zeitraum 01.01.–30.04.2024) waren so genannte „Nachgeborene“, d. h. in Deutschland geborene Kinder (und zum Zeitpunkt der Asylantragstellung unter einem Jahr alt), davon 5.116 Kinder (1.602 im Zeitraum 01.01.–30.04.2024) von anerkannten Asylberechtigten und 5.846 (1.625 im Zeitraum 01.01.–30.04.2024) von anerkannten Flüchtlingen (Artikel 16a des Grundgesetzes und § 3 Absatz 1 AsylG).

Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Gesamtjahr 2023	Absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Gesamt	22.603	6,9 %
darunter:		
Syrien	8.912	8,7 %
Afghanistan	2.334	4,6 %
Türkei	1.212	2,0 %
Irak	2.247	20,1 %
Iran	359	3,8 %
Russische Föderation	357	4,7 %
Jemen	39	2,2 %
Algerien	29	1,4 %
Tunesien	38	1,6 %
Ungeklärt	626	15,4 %

01.01.–30.04.2024	Absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Gesamt	7.040	8,3 %
darunter:		
Syrien	2.443	9,3 %
Afghanistan	726	5,6 %
Türkei	613	5,2 %
Irak	569	15,4 %
Somalia	279	12,2 %
Iran	103	4,6 %
Ungeklärt	219	11,0 %
Russische Föderation	129	7,3 %
Kolumbien	10	0,7 %
Venezuela	34	2,6 %

19. Welche Asylentscheidungen ergingen bei unbegleiteten Minderjährigen im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 (bitte nach verschiedenen Schutzstatus, Ablehnung, Ablehnung als offensichtlich unbegründet, Dublin-Entscheidung, sonstige Verfahrenserledigung und wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Gesamtjahr 2023	Entscheidungen über Erstanträge									
	Gesamt	Anerkennung als Asylbe- rechtigte (Ar- tikel 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerken- nung als Flüchtling gemäß § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz ge- mäß § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot gemäß § 60 V/VII AufenthG	Ableh- nungen (unbegr. abgelehnt)	Ablehnun- gen (offens. unbegr. ab- gelehnt)	Entscheidun- gen im Dub- lin-Verfahren (z. B. § 29 I Nummer 1 AsylG)	sonstige Ver- fahrensle- digungen (ohne Dub- lin-Entschei- dungen)	
Herkunftsländer gesamt	6.162	12	411	3.274	2.023	244	19	9	170	
darunter										
Syrien	3.228	-	17	3.164	-	-	-	4	43	
Afghanistan	2.291	10	272	67	1.880	15	-	3	44	
Türkei	134	-	5	1	5	113	1	-	9	
Somalia	130	-	54	27	40	2	-	-	7	
Guinea	42	-	7	6	11	9	-	-	9	
Irak	54	-	8	1	15	27	-	-	3	
Iran	26	-	12	-	1	10	-	1	2	
Gambia	14	-	3	-	5	6	-	-	-	
Benin	6	-	1	-	4	-	-	-	1	
Ägypten	15	-	2	-	2	6	-	-	5	
Ungeklärt	15	-	10	1	1	-	-	-	3	
Tunesien	7	-	-	-	-	2	-	-	5	
Sierra Leone	9	-	4	-	4	1	-	-	-	
Côte d'Ivoire	10	-	5	-	2	2	-	-	1	
Marokko	23	-	-	1	-	7	-	-	15	

01.01.– 30.04.2024	Entscheidungen über Erstanträge									
	Gesamt	Anerkennung als Asylbe- rechtigte (Ar- tikel 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerken- nung als Flüchtling gemäß § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz ge- mäß § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot gemäß § 60 V/VII AufenthG	Ableh- nungen (unbegr. abgelehnt)	Ablehnun- gen (offens. unbegr. ab- gelehnt)	Entscheidun- gen im Dub- lin-Verfahren (z. B. § 29 I Nummer 1 AsylG)	sonstige Ver- fahrensle- digungen (ohne Dub- lin-Entschei- dungen)	
Herkunftsländer gesamt	2.513	6	130	1.461	669	114	9	4	120	
darunter										
Syrien	1.464	1	10	1.417	1	-	-	2	33	
Afghanistan	765	4	79	16	629	5	-	-	32	
Türkei	58	-	-	-	-	44	1	-	13	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

01.01.– 30.04.2024	Entscheidungen über Erstanträge									
	Gesamt	Anerkennung als Asylbe- rechtigte (Ar- tikel 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerken- nung als Flüchtling gemäß § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz ge- mäß § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot gemäß § 60 V/VII AufenthG	Ableh- nungen (unbegr. abgelehnt)	Ablehnun- gen (offens. unbegr. ab- gelehnt)	Entscheidun- gen im Dub- lin-Verfahren (z. B. § 29 I Nummer 1 AsylG)	sonstige Ver- fahrenserle- digungen (ohne Dub- lin-Entschei- dungen)	
Guinea	23	-	1	2	5	8	-	-	7	
Somalia	56	1	18	12	21	3	-	-	1	
Gambia	8	-	1	-	-	3	1	1	2	
Côte d'Ivoire	3	-	-	-	1	1	-	-	1	
Irak	12	-	-	1	1	9	-	-	1	
Iran	11	-	2	1	-	7	-	-	1	
Kamerun	1	-	-	-	-	-	-	-	1	
Benin	1	-	-	-	-	1	-	-	-	
Sierra Leone	9	-	-	-	2	1	-	-	6	
Tunesien	13	-	-	-	-	12	-	-	1	
Ungeklärt	20	-	12	4	-	1	-	-	3	
Ägypten	3	-	-	-	-	3	-	-	-	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

20. Wie viele unbegleitete Minderjährige wurden im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 an welchen Grenzen durch die Bundespolizei aufgegriffen, wie viele von ihnen wurden an die Jugendämter übergeben, wie viele von ihnen wurden zurückgewiesen oder zurückgeschoben (bitte nach den fünf wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

1. Januar 2023 bis 30. April 2024	Unbegleitete Minderjährige	darunter Übergabe Jugendamt	darunter Zurück- weisungen	darunter Zurück- schiebungen
Gesamt	11.164	8.466	1.018	280
davon nach Grenzen				
Belgien	394	343	1	1
Dänemark	38	25	1	1
Frankreich	1.043	686	7	212
Luxemburg	46	33		3
Niederlande	122	62	1	35
Polen	2.029	1.608	53	2
Schweiz	3.948	3.234	272	6
Tschechien	875	807	4	3
ungeklärt	385	349		
Österreich	2.136	1.253	674	17
Luftgrenze	139	58	5	
Seegrenze	9	8		
nach Staatsangehörigkeit (fünf häufigste)				
afghanisch	3.569	2.791	344	15
syrisch	3.205	2.580	257	23
guineisch	815	648	35	81
türkisch	524	349	76	9
somalisch	471	365	46	4

Differenzen in den Tabellen zwischen der Zahl der festgestellten unbegleiteten Minderjährigen und den aufgeführten Maßnahmen erklären sich aus sonstigen Maßnahmen der mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden, etwa der Übergabe an inländische Behörden (z. B. Polizeien der Länder, Ausländerbehörden).

21. Wie viele Asylanträge wurden im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt (bitte Angaben differenziert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern machen und zudem jeweils in Relation zur Gesamtzahl der Ablehnungen setzen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Gesamtjahr 2023	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
insgesamt	61.778	25.551	41,4 %
darunter:			
Syrien	55	5	9,1 %
Türkei	14.555	2.686	18,5 %
Afghanistan	478	24	5,0 %
Irak	6.514	744	11,4 %
Iran	2.444	103	4,2 %
Georgien	7.964	5.822	73,1 %
Russische Föderation	1.178	185	15,7 %

Gesamtjahr 2023	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
Somalia	202	6	3,0 %
Eritrea	359	5	1,4 %
Ungeklärt	671	205	30,6 %
Venezuela	1.539	545	35,4 %
Guinea	506	106	20,9 %
Kolumbien	804	121	15,0 %
Nordmazedonien	3.352	3.329	99,3 %
Pakistan	1.064	199	18,7 %

01.01.–30.04.2024	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
Gesamt	28.844	12.302	42,7 %
darunter:			
Syrien	6	1	16,7 %
Afghanistan	352	14	4,0 %
Türkei	8.368	1.713	20,5 %
Irak	2.161	280	13,0 %
Somalia	92	4	4,3 %
Iran	1.083	56	5,2 %
Ungeklärt	166	74	44,6 %
Russische Föderation	1.026	203	19,8 %
Kolumbien	523	22	4,2 %
Venezuela	806	195	24,2 %
Guinea	221	50	22,6 %
Eritrea	179	10	5,6 %
Georgien	2.681	2.628	98,0 %
Tunesien	1.030	590	57,3 %
Nigeria	397	84	21,2 %

22. Wie viele sogenannte Flughafenverfahren wurden im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 an welchen Flughafenstandorten mit welchem Ergebnis durchgeführt (bitte auch Angaben zum Anteil der Minderjährigen, der unbegleiteten Minderjährigen und den zehn wichtigsten Herkunftsländern machen), und in wie vielen Fällen wurden Rechtsmittel gegen eine Ablehnung als offensichtlich unbegründet eingelegt, und was waren die Ergebnisse der gerichtlichen Überprüfung (bitte nach wichtigsten Herkunftsländern aufschlüsseln)?

Im Berichtszeitraum gab es keine Flughafenverfahren für unbegleitete Minderjährige. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Gesamtjahr 2023	Flughafenverfahren			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
	Aktenanlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a Absatz 6	offens. unbegründet	eingestellt
Insgesamt	402	36	277	125	0
darunter:					
Syrien	97	11	97	0	0
Iran	61	6	57	3	0
Afghanistan	27	0	26	0	0
Marokko	20	0	3	17	0

Gesamtjahr 2023	Flughafenverfahren			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
	Herkunftsland	Aktenanlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a Absatz 6	offens. unbegründet
Sri Lanka	16	0	3	13	0
Simbabwe	15	2	8	7	0
Somalia	14	0	12	0	0
Türkei	14	2	3	11	0
Irak	11	1	6	5	0
Myanmar	11	3	11	0	0

Gesamtjahr 2023	Flughafenverfahren			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
	Flughafen	Aktenanlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a Absatz 6	offens. unbegründet
Insgesamt	402	36	277	125	0
Flughafen Berlin	39	3	30	9	0
Flughafen Frankfurt	328	29	223	105	0
Flughafen München	35	4	24	11	0

Herkunftsland	Rechtsmittel Verwaltungsgericht		
	eingelegt	stattgegeben	abgelehnt
Insgesamt	108	7	94
Syrien	0	0	0
Iran	3	0	3
Afghanistan	0	0	0
Marokko	15	0	14
Sri Lanka	11	0	11
Simbabwe	4	0	4
Somalia	0	0	1
Türkei	5	2	3
Irak	4	0	3
Myanmar	0	0	0

01.01.–30.04.2024	Flughafenverfahren			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
	Herkunftsland	Aktenanlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a Absatz 6	offens. unbegründet
Insgesamt	131	20	76	55	0
darunter:					
Syrien	25	3	24	0	0
Afghanistan	22	3	22	0	0
Iran	12	2	11	1	0
Marokko	12	0	0	12	0
Irak	10	1	8	2	0
Simbabwe	7	3	1	6	0
Pakistan	6	4	0	6	0
Sri Lanka	5	0	0	5	0
Ungeklärt	4	2	4	0	0
Kamerun	3	0	1	2	0

01.01.–30.04.2024	Flughafenverfahren			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Flughafen	Aktenanlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a Absatz 6	offens. unbegründet	eingestellt
Insgesamt	131	20	76	55	0
Flughafen Berlin	14	2	13	1	0
Flughafen Frankfurt	106	14	57	49	0
Flughafen München	11	4	6	5	0

Herkunftsland	Rechtsmittel Verwaltungsgericht		
	eingelegt	stattgegeben	abgelehnt
Insgesamt	46	1	37
Syrien	0	0	0
Afghanistan	0	0	0
Iran	1	0	1
Marokko	10	0	9
Irak	3	0	2
Simbabwe	5	0	0
Pakistan	6	0	6
Sri Lanka	6	0	5
Ungeklärt	0	0	0
Kamerun	2	0	2

23. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die statistischen Daten zu Rechtsmitteln und Gerichtsentscheidungen im Bereich Asyl für das Gesamtjahr 2023 bzw. für das bisherige Jahr 2024 (bitte jeweils in der Differenzierung wie in der Antwort zu Frage 13 auf Bundestagsdrucksache 20/432 darstellen: Asylverfahren, Widerrufsverfahren, Eilanträge in Dublin-Verfahren, Verfahrensdauern, auch zu Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes bzw. nach § 80 Absatz 5 der Verwaltungsgerichtsordnung; neben der Differenzierung nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern bitte in jedem Fall auch Angaben zu den sicheren Herkunftsstaaten sowie zu Marokko, Tunesien, Algerien, Belarus, Ukraine, Russische Föderation und Türkei machen – aus Gründen der Übersichtlichkeit und wegen geringer Fallzahlen in den weiteren Instanzen sind Angaben zur ersten Instanz ausreichend)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Gesamtjahr 2023 (Stand: 15.02.2024)	Erst- und Folgeanträge											anhängige Rechts- mittel
	Eingelegte Klagen	Gerichtsentscheidungen						Ablehnungen		sonst. Verfah- renserledigun- gen (z. B. Rück- nahmen)		
		Ge- samst	Asyl Arti- kel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings- schutz	subsidärer Schutz	Abschie- bungs- verbot	absolut	Anteil	absolut	Anteil		
Staatsangehörigkei- ten gesamt	91.991	91.044	287	3.472	1.011	3.434	25.415	27,9 %	57.364	63,0 %	121.897	
darunter:												
Türkei	18.125	8.584	95	560	29	72	2.994	34,9 %	4.834	56,3 %	20.613	
Syrien	12.468	13.620	9	476	14	74	3.025	22,2 %	10.022	73,6 %	15.960	
Irak	8.593	10.518	2	246	120	585	4.033	38,3 %	5.532	52,6 %	19.203	
Afghanistan	7.738	8.867	13	274	19	474	271	3,1 %	7.816	88,1 %	5.781	
Georgien	6.618	5.221	-	6	6	35	2.542	48,7 %	2.632	50,4 %	6.272	
Iran	4.283	5.142	54	1.080	35	52	1.041	20,2 %	2.880	56,0 %	7.168	
Russische Föderation	3.251	4.538	17	61	100	123	1.433	31,6 %	2.804	61,8 %	5.349	
Nordmazedonien	2.979	2.489	-	-	-	8	538	21,6 %	1.943	78,1 %	2.284	
Nigeria	1.846	3.993	15	44	1	339	1.511	37,8 %	2.083	52,2 %	3.633	
Venezuela	1.534	533	5	11	3	169	176	33,0 %	169	31,7 %	2.030	
Serbien	1.493	1.401	-	-	-	25	325	23,2 %	1.051	75,0 %	1.247	
Pakistan	1.446	1.685	12	246	10	45	466	27,7 %	906	53,8 %	2.067	
Ungeklärt	1.153	1.594	1	34	50	141	285	17,9 %	1.083	67,9 %	2.069	
Libanon	1.096	933	-	9	6	81	216	23,2 %	621	66,6 %	1.523	
Armenien	1.009	941	-	-	-	45	310	32,9 %	586	62,3 %	1.362	
Albanien	951	954	0	0	6	20	268	28,1 %	660	69,2 %	1000	
Bosnien und Herzegowina	425	572	0	1	0	4	96	16,8 %	471	82,3 %	446	
Ghana	172	284	0	1	0	24	78	27,5 %	181	63,7 %	321	
Kosovo	367	240	0	0	0	2	32	13,3 %	206	85,8 %	490	
Moldau	852	1.459	0	4	0	0	527	36,1 %	928	63,6 %	838	
Montenegro	148	172	0	0	0	1	41	23,8 %	130	75,6 %	185	
Senegal	62	123	0	6	0	11	26	21,1 %	80	65,0 %	103	
Algerien	557	492	1	3	2	6	134	27,2 %	346	70,3 %	539	
Belarus	307	200	0	0	0	0	28	14,0 %	172	86,0 %	306	
Marokko	440	495	1	13	2	9	142	28,7 %	328	66,3 %	516	
Tunesien	911	560	1	7	1	14	106	18,9 %	431	77,0 %	807	
Ukraine	22	233	0	2	90	10	15	6,4 %	116	49,8 %	243	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Erst- und Folgeanträge											
01.01.–31.03.2024 (Stand: 15.05.2023)	Eingelegte Klagen	Gerichtsentscheidungen						anhängige Rechts- mittel			
		Ge- samst	Asyl Arti- kel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings- schutz	subsiidiärer Schutz	Abschie- bungs- verbot	Ablehnungen	sonst. Verfah- renserledigun- gen (z. B. Rück- nahmen)	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkei- ten gesamt	26.390	24.686	71	776	290	605	absolut	Anteil	absolut	Anteil	122.216
darunter:											
Türkei	7.419	3.417	17	159	7	11	1.314	38,5 %	1.909	55,9 %	24.558
Syrien	2.321	3.176	1	87	2	12	793	25,0 %	2.281	71,8 %	14.818
Georgien	1.912	2.158	-	-	-	11	951	44,1 %	1.196	55,4 %	5.977
Irak	1.822	2.336	7	35	38	117	1.040	44,5 %	1.099	47,0 %	18.521
Afghanistan	1.386	1.700	1	42	-	35	78	4,6 %	1.544	90,8 %	5.396
Iran	1.025	1.153	19	229	16	5	262	22,7 %	622	53,9 %	6.939
Russische Föderation	933	1.100	3	11	9	10	243	22,1 %	824	74,9 %	5.107
Nordmazedonien	835	832	-	-	-	1	179	21,5 %	652	78,4 %	2.265
Tunesien	569	230	-	1	-	1	75	32,6 %	153	66,5 %	1.146
Venezuela	523	256	7	5	-	48	81	31,6 %	115	44,9 %	2.302
Serbien	515	519	-	-	-	4	146	28,1 %	369	71,1 %	1.223
Nigeria	460	876	-	12	1	60	366	41,8 %	437	49,9 %	3.133
Pakistan	384	478	4	73	1	2	134	28,0 %	264	55,2 %	1.933
Kolumbien	320	169	4	-	-	-	106	62,7 %	59	34,9 %	1.488
Albanien	310	231	-	-	-	6	67	29,0 %	158	68,4 %	1.040
Bosnien und Herzegowina	182	159	0	0	0	2	36	22,6 %	121	76,1 %	460
Ghana	49	76	0	1	0	0	30	39,5 %	45	59,2 %	286
Kosovo	135	120	0	0	0	1	31	25,8 %	88	73,3 %	467
Moldau	273	306	0	0	0	0	114	37,3 %	192	62,7 %	793
Montenegro	39	61	0	0	0	1	22	36,1 %	38	62,3 %	163
Senegal	36	27	0	0	0	0	9	33,3 %	18	66,7 %	106
Algerien	255	193	-	-	-	2	72	37,3 %	119	61,7 %	592
Belarus	59	59	-	-	-	-	13	22,0 %	46	78,0 %	306
Marokko	194	150	-	1	1	1	49	32,7 %	98	65,3 %	549
Ukraine	9	14	-	-	2	4	-	0,0 %	8	57,1 %	233

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Gesamtjahr 2023 (Stand: 15.02.2024)	Eingelegte Klagen	Gerichtssentscheidungen						anhängige Rechts- mittel	
		Gesamt	Widerruf Artikel 16a GG/ Flüchtlingseigenschaft/subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrenserle- digungen (z. B. Rück- nahmen)		
			absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut		Anteil
Staatsangehörigkei- ten gesamt	671	1.665	680	40,8 %	183	11,0 %	802	48,2 %	2.593
darunter:									
Irak	185	369	190	51,5 %	26	7,0 %	153	41,5 %	843
Syrien	149	276	117	42,4 %	21	7,6 %	138	50,0 %	351
Türkei	49	58	28	48,3 %	7	12,1 %	23	39,7 %	127
Ungeklärt	36	82	39	47,6 %	12	14,6 %	31	37,8 %	118
Afghanistan	34	187	30	16,0 %	44	23,5 %	113	60,4 %	159
Iran	30	43	5	11,6 %	4	9,3 %	34	79,1 %	105
Eritrea	20	36	12	33,3 %	4	11,1 %	20	55,6 %	85
Armenien	20	87	31	35,6 %	1	1,1 %	55	63,2 %	85
Russische Föderation	17	75	32	42,7 %	14	18,7 %	29	38,7 %	136
Äthiopien	10	23	11	47,8 %	1	4,3 %	11	47,8 %	56
Somalia	10	44	16	36,4 %	5	11,4 %	23	52,3 %	49
Indien	10	30	3	10,0 %	7	23,3 %	20	66,7 %	42
Jordanien	9	16	8	50,0 %	4	25,0 %	4	25,0 %	27
Nigeria	8	53	23	43,4 %	8	15,1 %	22	41,5 %	55
Libanon	7	34	21	61,8 %	3	8,8 %	10	29,4 %	58
Albanien	2	14	5	35,7 %	3	21,4 %	6	42,9 %	7
Bosnien und Herzegowina	1	2	1	50,0 %	0	0,0 %	1	50,0 %	4
Georgien	1	4	2	50,0 %	0	0,0 %	2	50,0 %	1
Ghana	0	1	1	100,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	11
Kosovo	6	16	4	25,0 %	3	18,8 %	9	56,3 %	40
Moldau, Republik	2	3	3	100,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2
Montenegro	0	8	2	25,0 %	0	0,0 %	6	75,0 %	1
Nordmazedonien	4	10	8	80,0 %	1	10,0 %	1	10,0 %	2
Senegal	0	2	1	50,0 %	1	50,0 %	0	0,0 %	0
Serbien	1	23	14	60,9 %	2	8,7 %	7	30,4 %	14
Algerien	0	10	4	40,0 %	1	10,0 %	5	50,0 %	10
Belarus	0	1	1	100,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0
Marokko	2	7	4	57,1 %	1	14,3 %	2	28,6 %	6

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Gesamtjahr 2023 (Stand: 15.02.2024)	Eingelegte Klagen	Gerichtssentscheidungen						anhängige Rechtsmittel	
		Widerruf Artikel 16a GG/ Flüchtlingseigenschaft/subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)			
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		
	1	2	1	50,0 %	0	0,0 %	1	50,0 %	6
Ukraine	1	4	0	0,0 %	0	0,0 %	4	100,0 %	6

01.01.–31.03.2024 (Stand: 15.05.2024)	Eingelegte Klagen	Gerichtssentscheidungen						anhängige Rechtsmittel	
		Widerruf Artikel 16a GG/ Flüchtlingseigenschaft/subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)			
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		
Staatsangehörigkeiten gesamt	216	483	213	44,1 %	47	9,7 %	223	46,2 %	2.472
darunter:									
Irak	60	148	85	57,4 %	7	4,7 %	56	37,8 %	768
Syrien	37	74	20	27,0 %	9	12,2 %	45	60,8 %	350
Afghanistan	17	27	8	29,6 %	4	14,8 %	15	55,6 %	164
Russische Föderation	12	25	13	52,0 %	4	16,0 %	8	32,0 %	128
Ungeklärt	12	20	10	50,0 %	1	5,0 %	9	45,0 %	116
Türkei	11	20	12	60,0 %	2	10,0 %	6	30,0 %	116
Athiopien	8	13	7	53,8 %	1	7,7 %	5	38,5 %	54
Armenien	6	20	11	55,0 %	-	0,0 %	9	45,0 %	76
Eritrea	5	18	3	16,7 %	4	22,2 %	11	61,1 %	77
Iran	5	15	8	53,3 %	-	0,0 %	7	46,7 %	97
Jordanien	5	2	-	0,0 %	-	0,0 %	2	100,0 %	29
Kosovo	4	12	10	83,3 %	-	0,0 %	2	16,7 %	36
Nigeria	3	15	3	20,0 %	4	26,7 %	8	53,3 %	53
Gambia	3	-	-	0,0 %	-	0,0 %	-	0,0 %	15
Somalia	3	5	3	60,0 %	1	20,0 %	1	20,0 %	55
Albanien	0	1	0	0,0 %	0	0,0 %	1	100,0 %	7
Bosnien und Herzegowina	0	1	0	0,0 %	0	0,0 %	1	100,0 %	3
Georgien	1	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2
Ghana	0	2	1	50,0 %	0	0,0 %	1	50,0 %	11

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

01.01.– 31.03.2024 (Stand: 15.05.2024)	Eingelegte Klagen	Gerichtsscheidungen								anhängige Rechtsmittel
		Gesamt	Widerruf Artikel 16a GG/ Flüchtlingseigenschaft/subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrenserleidigungen (z. B. Rücknahmen)			
			absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		
Kosovo	4	12	10	83,3 %	0	0,0 %	2	16,7 %	36	
Moldau	0	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2	
Montenegro	2	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	3	
Nordmazedonien	0	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2	
Senegal	1	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	
Serbien	2	5	3	60,0 %	0	0,0 %	2	40,0 %	14	
Algerien	0	2	1	50,0 %	0	0,0 %	1	50,0 %	9	
Belarus	1	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	
Marokko	2	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	9	
Tunesien	0	3	0	0,0 %	3	100,0 %	0	0,0 %	3	
Ukraine	0	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	6	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Durchschnittliche Dauer gerichtlicher Verfahren in Monaten		
	Verfahrensdauer Erst- und Folgeanträge:	Verfahrensdauer Widerrufe:
Gesamtjahr 2023	20,7	27,6

Durchschnittliche Dauer gerichtlicher Verfahren in Monaten		
	Verfahrensdauer Erst- und Folgeanträge:	Verfahrensdauer Widerrufe:
01.01.– 31.03.2024	17,6	30,8

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen im Dublin-Verfahren:

Gesamtjahr 2023 (Stand: 15.02.2024)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	5.862	3.002	8.864
darunter:			
Türkei	1.143	360	1.503
Afghanistan	903	553	1.456
Syrien	745	523	1.268
Russische Föderation	695	147	842
Irak	346	341	687
Iran	139	432	571
Nigeria	158	47	205
Libanon	65	88	153
Guinea	72	77	149
Aserbaidschan	118	19	137
Tunesien	103	31	134
Pakistan	101	14	115
Indien	104	7	111
Ungeklärt	68	42	110
Kamerun	42	49	91
Albanien	7	0	7
Bosnien und Herzegowina	8	0	8
Georgien	48	3	51
Ghana	6	3	9
Kosovo	10	0	10
Moldau	8	0	8
Montenegro	0	0	0
Nordmazedonien	0	0	0
Senegal	6	0	6
Serbien	1	1	2
Algerien	66	4	70
Belarus	49	0	49
Marokko	52	10	62
Ukraine	2	1	3

Zeitraum: 01.01.–31.03.2024 (Stand: 15.05.2023)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	1.989	490	2.479
darunter:			
Türkei	574	52	626
Afghanistan	356	55	411
Syrien	238	81	319
Russische Föderation	106	34	140
Iran	46	55	101
Irak	62	31	93
Guinea	22	61	83

Zeitraum: 01.01.–31.03.2024 (Stand: 15.05.2023)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Angola	54	5	59
Nigeria	40	11	51
Benin	37	6	43
Pakistan	40	2	42
Indien	29	0	29
Tunesien	14	15	29
Sierra Leone	26	1	27
Kamerun	19	7	26
Albanien	13	0	13
Bosnien und Herzegowina	0	0	0
Georgien	7	0	7
Ghana	1	5	6
Kosovo	0	0	0
Moldau	3	0	3
Montenegro	0	0	0
Nordmazedonien	5	0	5
Senegal	7	0	7
Serbien	0	2	2
Algerien	17	2	19
Belarus	10	1	11
Marokko	14	1	15
Ukraine	1	0	1

Verfahrensdauer Eilanträge im Dublin-Verfahren (in Tagen):

Gesamtjahr 2023 (Stand: 15.02.2024)	Antrag nach § 80 Absatz 5 VwGO	Antrag nach § 80 Absatz 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	43,7	31,1	30,3
darunter:			
Türkei	43,3	37,1	44,3
Afghanistan	51,8	34,0	30,7
Syrien	39,4	14,2	21,8
Russische Föderation	45,6	46,6	33,9
Irak	58,6	23,0	22,2
Iran	31,0	11,4	26,3
Nigeria	53,4	48,4	16,0
Libanon	19,9	25,8	33,0
Guinea	27,5	8,3	44,0
Aserbaidshjan	29,9	20,4	8,2
Tunesien	31,5	0,0	20,5
Pakistan	33,3	7,0	30,0
Indien	31,6	19,5	0,0
Ungeklärt	57,2	28,8	14,3
Kamerun	36,7	34,7	0,0
Albanien	12,6	0,0	0,0
Bosnien und Herzegowina	20,3	7,0	0,0
Georgien	26,6	29,5	0,0
Ghana	24,2	0,0	0,0
Kosovo	11,1	0,0	0,0
Moldau	35,1	0,0	0,0
Montenegro	0,0	0,0	0,0
Nordmazedonien	0,0	0,0	0,0

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Gesamtjahr 2023 (Stand: 15.02.2024)	Antrag nach § 80 Absatz 5 VwGO	Antrag nach § 80 Absatz 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Senegal	63,8	0,0	0,0
Serbien	15,5	0,0	0,0
Algerien	28,6	0,0	25,5
Belarus	128,9	0,0	0,0
Marokko	17,9	12,9	6,0
Ukraine	134,7	0,0	0,0

Zeitraum: 01.01.–31.03.2024 (Stand: 15.05.2024)	Antrag nach § 80 Absatz 5 VwGO	Antrag nach § 80 Absatz 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	42,8	39,4	25,1
darunter:			
Türkei	44,5	98,1	60,9
Afghanistan	47,9	35,9	16,6
Syrien	36,3	21,3	22,6
Russische Föderation	46,7	41,3	32,6
Iran	50,6	27,4	8,0
Irak	61,2	40,4	16,0
Guinea	24,4	17,3	0,0
Angola	17,4	9,3	8,0
Nigeria	42,9	19,0	112,0
Benin	47,4	0,0	0,0
Pakistan	43,5	7,3	2,0
Indien	42,6	1,0	0,0
Tunesien	59,8	0,0	0,0
Sierra Leone	31,1	0,0	4,0
Kamerun	35,9	9,0	0,0
Albanien	19,5	0,0	0,0
Bosnien und Herzegowina	0,0	0,0	0,0
Georgien	35,0	0,0	0,0
Ghana	8,8	0,0	0,0
Kosovo	0,0	0,0	0,0
Moldau	16,0	0,0	0,0
Montenegro	0,0	0,0	0,0
Nordmazedonien	54,0	0,0	0,0
Senegal	7,5	0,0	7,0
Serbien	19,0	0,0	0,0
Algerien	31,9	9,0	0,0
Belarus	155,0	0,0	0,0
Marokko	20,5	9,0	0,0
Ukraine	62,0	0,0	0,0

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt:

Gesamtjahr 2023 (Stand: 15.02.2024)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	27.876	10.269	38.145
darunter:			
Syrien	2.878	2.504	5.382
Türkei	4.040	1.016	5.056
Georgien	4.211	247	4.458
Afghanistan	2.063	1.607	3.670
Irak	1.550	1.045	2.595
Nordmazedonien	1.809	112	1.921

Gesamtjahr 2023 (Stand: 15.02.2024)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Russische Föderation	1.341	289	1.630
Iran	492	865	1.357
Serbien	972	80	1.052
Albanien	604	61	665
Nigeria	437	213	650
Moldau	575	26	601
Armenien	498	72	570
Venezuela	383	119	502
Aserbaidschan	445	56	501
Bosnien und Herzegowina	340	15	355
Ghana	105	42	147
Kosovo	203	10	213
Montenegro	87	5	92
Senegal	44	5	49
Algerien	247	34	281
Belarus	148	3	151
Marokko	206	29	235
Tunesien	392	78	470
Ukraine	4	5	9

Zeitraum: 01.01.–31.03.2024 (Stand: 15.05.2024)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	8.568	1.932	10.500
darunter:			
Türkei	1.492	318	1.810
Georgien	1.513	74	1.587
Syrien	591	282	873
Afghanistan	633	213	846
Nordmazedonien	701	37	738
Irak	323	160	483
Serbien	348	22	370
Russische Föderation	191	81	272
Tunesien	208	56	264
Albanien	226	37	263
Moldau	192	8	200
Armenien	145	21	166
Iran	76	78	154
Nigeria	95	41	136
Algerien	119	13	132
Bosnien und Herzegowina	115	17	132
Ghana	32	13	45
Kosovo	103	8	111
Montenegro	35	2	37
Senegal	18	1	19
Belarus	35	1	36
Marokko	85	8	93
Ukraine	1	0	1

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Verfahrensdauer Eilanträge (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt (in Tagen):

Gesamtjahr 2023 (Stand: 15.02.2024)	Antrag nach § 80 Absatz 5 VwGO	Antrag nach § 80 Absatz 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	39,0	30,1	40,4
darunter:			
Syrien	33,0	29,8	31,5
Türkei	36,0	35,9	31,4
Georgien	33,4	22,9	35,5
Afghanistan	48,2	32,7	49,4
Irak	46,6	22,4	27,6
Nordmazedonien	37,2	45,8	39,2
Russische Föderation	52,5	36,2	44,4
Iran	33,6	32,3	66,0
Serbien	32,7	43,0	39,9
Albanien	31,7	12,2	26,0
Nigeria	56,3	47,4	89,4
Moldau	56,0	57,7	87,0
Armenien	37,6	22,2	36,7
Venezuela	37,7	22,3	14,0
Aserbaidtschan	20,1	13,8	22,6
Bosnien und Herzegowina	41,6	52,3	43,3
Ghana	39,4	52,6	57,3
Kosovo	23,5	15,8	38,8
Montenegro	33,8	0,0	17,5
Senegal	53,9	16,0	5,0
Algerien	28,2	5,2	15,1
Belarus	72,9	9,0	44,0
Marokko	29,5	16,8	13,8
Tunesien	38,5	9,5	21,0
Ukraine	404,9	32,0	0,0

Zeitraum: 01.01.–31.03.2024 (Stand: 15.05.2024)	Antrag nach § 80 Absatz 5 VwGO	Antrag nach § 80 Absatz 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	37,0	32,5	30,5
darunter:			
Türkei	32,6	34,3	35,7
Georgien	25,4	43,5	25,8
Syrien	42,5	25,6	28,3
Afghanistan	49,7	21,2	18,9
Nordmazedonien	46,6	16,5	36,0
Irak	41,8	30,4	22,3
Serbien	31,3	15,4	22,2
Russische Föderation	42,8	49,8	34,0
Tunesien	36,2	15,8	18,9
Albanien	32,7	77,1	41,8
Moldau	25,2	7,0	31,7
Armenien	36,2	4,5	51,4
Iran	47,5	40,3	17,6
Nigeria	45,5	15,3	38,0
Algerien	23,4	11,0	36,3
Bosnien und Herzegowina	28,5	35,3	42,8
Ghana	32,3	28,0	19,0
Kosovo	34,5	84,0	27,1

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Zeitraum: 01.01.–31.03.2024 (Stand: 15.05.2024)	Antrag nach § 80 Absatz 5 VwGO	Antrag nach § 80 Absatz 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Montenegro	28,3	14,0	33,8
Senegal	20,5	0,0	9,5
Belarus	54,6	0,0	0,0
Marokko	23,5	6,0	15,5
Ukraine	62,0	0,0	0,0

- a) Wie viele Rechtsmittel sind derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung anhängig in Verfahren, in denen subsidiär Schutzberechtigte oder Personen mit nationalem Abschiebungsschutz (bitte differenzieren) auf einen Flüchtlingsstatus klagen (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele dieser Verfahren wurden im Jahr 2023 mit welchem Ergebnis entschieden (bitte nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren; Angaben zur ersten Instanz sind ausreichend)?

Die folgenden Klagen gegen Entscheidungen über Asylanträge, in denen vom BAMF subsidiärer Schutz gewährt wurde, waren zum Stichtag 31. März 2024 anhängig:

anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 31. März 2024	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Gesamt	9.276
darunter:	
Syrien	8.612
Irak	143
Ungeklärt	139
Eritrea	93
Afghanistan	70
Jemen	55
Iran	29
Staatenlos	27
Somalia	20
Libyen	16

anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 31. März 2024	
nach Bundesländern	Klagen
Gesamt	9.276
Baden-Württemberg	1.431
Bayern	567
Berlin	1.186
Brandenburg	457
Bremen	120
Hamburg	176
Hessen	800
Mecklenburg-Vorpommern	242
Niedersachsen	906
Nordrhein-Westfalen	2.087
Rheinland-Pfalz	43
Saarland	87
Sachsen	484
Sachsen-Anhalt	259
Schleswig-Holstein	129
Thüringen	302

Die folgenden Klagen gegen die Feststellung eines Abschiebungsverbotes waren zum Stichtag 31. März 2024 anhängig:

anhängige Rechtsmittel gegen Feststellung eines Abschiebungsverbotes zum 31. März 2024	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Gesamt	1.783
darunter:	
Afghanistan	930
Irak	217
Syrien	182
Somalia	159
Eritrea	53
Äthiopien	33
Ungeklärt	27
Jemen	22
Türkei	22
Nigeria	19

anhängige Rechtsmittel gegen Feststellung eines Abschiebungsverbotes zum 31. März 2024	
nach Bundesländern	Klagen
Gesamt	1.783
Baden-Württemberg	227
Bayern	173
Berlin	120
Brandenburg	49
Bremen	23
Hamburg	63
Hessen	231
Mecklenburg-Vorpommern	47
Niedersachsen	164
Nordrhein-Westfalen	471
Rheinland-Pfalz	22
Saarland	10
Sachsen	64
Sachsen-Anhalt	22
Schleswig-Holstein	80
Thüringen	17

Über die Klagen gegen Entscheidungen über Asylanträge, in denen vom BAMF subsidiärer Schutz gewährt wurde, wurde wie folgt entschieden:

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gemäß Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamtjahr 2023	5.551	12	516	5.023
darunter				
Syrien	5.076	9	457	4.610
Irak	94	0	16	78
Ungeklärt	84	1	9	74
Afghanistan	68	0	10	58
Eritrea	53	0	2	51
Jemen	48	0	3	45
Somalia	27	0	3	24
Staatenlos	22	0	1	21

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gemäß Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Iran	17	1	6	10
Türkei	11	0	3	8

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gemäß Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamtjahr 2023	5.551	12	516	5.023
Baden-Württemberg	873	1	118	754
Bayern	600	1	15	584
Berlin	349	1	68	280
Brandenburg	200	0	52	148
Bremen	95	1	48	46
Hamburg	85	1	14	70
Hessen	705	0	17	688
Mecklenburg-Vorpommern	69	0	0	69
Niedersachsen	453	2	25	426
Nordrhein-Westfalen	1.186	5	96	1.085
Rheinland-Pfalz	137	0	16	121
Saarland	46	0	0	46
Sachsen	261	0	25	236
Sachsen-Anhalt	209	0	6	203
Schleswig-Holstein	84	0	5	79
Thüringen	199	0	11	188

Über die Klagen gegen die Feststellung eines Abschiebungsverbot wurden wie folgt entschieden:

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gemäß Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamtjahr 2023	1.970	7	127	50	1.786
Afghanistan	1.335	6	86	9	1.234
Irak	175	0	23	1	151
Syrien	114	0	1	10	103
Somalia	101	0	6	5	90
Eritrea	44	0	1	12	31
Äthiopien	24	0	2	0	22
Ungeklärt	18	0	0	0	18
Nigeria	17	0	1	1	15
Türkei	15	1	2	0	12
Jemen	14	0	0	6	8

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gemäß Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamtjahr 2023	1.970	7	127	50	1.786
Baden-Württemberg	120	0	3	3	114
Bayern	209	2	6	7	194
Berlin	184	0	3	3	178
Brandenburg	84	0	1	5	78
Bremen	47	0	2	1	44
Hamburg	52	0	5		47
Hessen	212	2	17	4	189

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gemäß Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylG	Keine Verbesserung
Mecklenburg-Vorpommern	33	0	0	0	33
Niedersachsen	249	1	21	5	222
Nordrhein-Westfalen	497	2	46	12	437
Rheinland-Pfalz	79	0	2	1	76
Saarland	12	0	1	0	11
Sachsen	41	0	3	2	36
Sachsen-Anhalt	18	0	3	0	15
Schleswig-Holstein	99	0	14	3	82
Thüringen	34	0	0	4	30

- b) Gegen wie viele der Asylbescheide des BAMF wurden im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 Rechtsmittel eingelegt (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und Klagequoten in Bezug auf die Gesamtzahl der Bescheide und in Bezug auf ablehnende Bescheide gesondert ausweisen; bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und zusätzlich nach den zu sicher erklärten Herkunftsländern differenzieren, zusätzlich nach der Art der Ablehnung: unbegründet, offensichtlich unbegründet, unzulässig, differenzieren), und wie lautete die Klagequote in Bezug auf alle ablehnenden Bescheide des BAMF für das Jahr 2023 bzw. das bisherige Jahr 2024?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Staatsangehörigkeit	Entscheidungen insgesamt		davon Entscheidung „abgelehnt“		davon Entscheidung „o. u. abgelehnt“		davon Entscheidung „Unzulässig“			
	davon beklagt	Anteil	davon beklagt	Anteil	davon beklagt	Anteil	davon beklagt	Anteil		
Gesamtjahr 2023										
Stand: 15.02.2024										
Gesamt	261.601	80.245	30,7 %	32.051	88,5 %	25.551	57,2 %	52.737	26.409	50,1 %
darunter:										
Syrien	88.477	9.589	10,8 %	32	64,0 %	5	40,0 %	9.679	4.981	51,5 %
Afghanistan	46.373	5.517	11,9 %	454	92,1 %	24	87,5 %	9.685	4.015	41,5 %
Türkei	24.131	16.892	70,0 %	11.869	93,6 %	2.686	81,6 %	4.705	3.291	69,9 %
Irak	12.943	7.430	57,4 %	5.770	87,6 %	744	75,1 %	2.545	1.660	65,2 %
Georgien	10.038	6.517	64,9 %	2.142	83,0 %	5.822	69,6 %	1.034	600	58,0 %
Iran	6.894	3.503	50,8 %	2.341	93,3 %	103	80,6 %	2.042	1.158	56,7 %
Nordmazedonien	6.864	2.907	42,4 %	23	78,3 %	3.329	45,2 %	2.949	1.361	46,2 %
Russische Föderation	5.246	2.420	46,1 %	993	83,3 %	185	43,2 %	3.186	1.489	46,7 %
Somalia	3.963	700	17,7 %	196	89,3 %	6	33,3 %	600	366	61,0 %
Eritrea	3.767	440	11,7 %	354	87,0 %	5	100,0 %	153	75	49,0 %
Serbien	3.686	1.470	39,9 %	13	69,2 %	1.862	77,7 %	1.554	666	42,9 %
Ungeklärt	3.673	971	26,4 %	466	80,9 %	205	56,6 %	678	370	54,6 %
Moldau	3.326	801	24,1 %	166	62,0 %	1.359	22,3 %	1.603	377	23,5 %
Nigeria	2.944	1.662	56,5 %	1.100	81,0 %	225	61,8 %	977	592	60,6 %
Albanien	2.435	941	38,6 %	9	77,8 %	1.562	41,2 %	640	268	41,9 %
Bosnien und Herzegowina	1.161	429	37,0 %	0	0,0 %	503	39,8 %	552	223	40,4 %
Ghana	414	161	38,9 %	3	66,7 %	247	52,6 %	80	26	32,5 %
Kosovo	719	353	49,1 %	3	100,0 %	343	58,0 %	315	149	47,3 %
Montenegro	302	146	48,3 %	0	0,0 %	155	46,5 %	128	74	57,8 %
Senegal	136	53	39,0 %	0	0,0 %	60	61,7 %	50	16	32,0 %

Staatsangehörigkeit	Entscheidungen insgesamt		davon Entscheidung „abgelehnt“		davon Entscheidung „o. u. abgelehnt“		davon Entscheidung „Unzulässig“			
	davon beklagt	Anteil	davon beklagt	Anteil	davon beklagt	Anteil	davon beklagt	Anteil		
01.01.–31.03.2024										
Stand: 15.05.2024										
Gesamt	80.651	25.588	31,7 %	12.392	88,1 %	9.559	58,8 %	16.887	7.101	42,1 %
darunter:										
Syrien	27.145	2.302	8,5 %	4	75,0 %	1	0,0 %	3.360	1.035	30,8 %
Afghanistan	11.751	1.339	11,4 %	239	93,3 %	12	66,7 %	2.884	884	30,7 %
Türkei	10.570	7.200	68,1 %	4.993	92,7 %	1.243	80,8 %	2.260	1.452	64,2 %
Irak	3.080	1.766	57,3 %	1.386	87,4 %	197	76,6 %	655	367	56,0 %
Georgien	2.895	1.762	60,9 %	52	94,2 %	2.325	64,9 %	313	187	59,7 %
Russische Föderation	2.044	934	45,7 %	648	80,4 %	111	69,4 %	927	307	33,1 %

Vorbefassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Staatsangehörigkeit	Entscheidungen insgesamt		davon Entscheidung „abgelehnt“		davon Entscheidung „o. u. abgelehnt“		davon Entscheidung „Unzulässig“	
	davon beklagt	Anteil	davon beklagt	Anteil	davon beklagt	Anteil	davon beklagt	Anteil
01.01.–31.03.2024								
Stand: 15.05.2024								
Iran	1.855	53,7 %	803	94,0 %	36	91,7 %	359	185 51,5 %
Nordmazedonien	1.714	41,6 %	0	0,0 %	970	48,1 %	640	245 38,3 %
Tunesien	1.252	46,8 %	342	70,2 %	458	53,7 %	221	71 32,1 %
Serbien	1.083	42,0 %	2	100,0 %	642	42,5 %	401	177 44,1 %
Somalia	1.045	24,2 %	60	90,0 %	4	50,0 %	268	162 60,4 %
Ungeklärt	981	21,5 %	80	78,8 %	55	54,5 %	180	87 48,3 %
Algerien	980	26,9 %	127	61,4 %	295	39,0 %	289	60 20,8 %
Eritrea	943	14,1 %	117	85,5 %	5	100,0 %	58	21 36,2 %
Moldau	867	29,9 %	1	100,0 %	360	39,7 %	491	113 23,0 %
Albanien	713	37,4 %	5	20,0 %	487	39,0 %	195	72 36,9 %
Bosnien und Herzegowina	399	39,3 %	0	0,0 %	212	47,2 %	167	57 34,1 %
Ghana	121	43 35,5 %	0	0,0 %	78	39,7 %	19	9 47,4 %
Kosovo	324	42,3 %	0	0,0 %	164	46,3 %	139	60 43,2 %
Montenegro	97	44,3 %	0	0,0 %	48	41,7 %	47	23 48,9 %
Senegal	67	53,7 %	1	100,0 %	25	68,0 %	31	17 54,8 %

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Staatsangehörigkeit Gesamtjahr 2023 Stand: 15.02.2024	ablehnende Entscheidungen		
		davon beklagt	Anteil
Gesamt	126.324	74.276	58,8 %
darunter:			
Syrien	10.483	5.128	48,9 %
Afghanistan	10.915	4.547	41,7 %
Türkei	20.982	16.872	80,4 %
Irak	9.712	7.333	75,5 %
Georgien	10.007	6.516	65,1 %
Iran	4.857	3.474	71,5 %
Nordmazedonien	6.863	2.907	42,4 %
Russische Föderation	4.766	2.415	50,7 %
Somalia	897	553	61,6 %
Eritrea	585	398	68,0 %
Serbien	3.678	1.470	40,0 %
Ungeklärt	1.572	910	57,9 %
Moldau	3.310	801	24,2 %
Nigeria	2.586	1.651	63,8 %
Albanien	2.415	940	38,9 %
Bosnien und Herzegowina	1.155	427	37,0 %
Ghana	406	161	39,7 %
Kosovo	713	352	49,4 %
Montenegro	300	146	48,7 %
Senegal	122	53	43,4 %

Staatsangehörigkeit 01.01.–31.03.2024 Stand: 15.05.2024	ablehnende Entscheidungen		
		davon beklagt	Anteil
Gesamt	43.472	24.017	55,2 %
darunter:			
Syrien	3.718	1.072	28,8 %
Afghanistan	3.338	1.126	33,7 %
Türkei	9.678	7.184	74,2 %
Irak	2.433	1.742	71,6 %
Georgien	2.885	1.760	61,0 %
Russische Föderation	1.949	933	47,9 %
Iran	1.317	995	75,6 %
Nordmazedonien	1.712	713	41,6 %
Tunesien	1.232	586	47,6 %
Serbien	1.081	455	42,1 %
Somalia	373	220	59,0 %
Ungeklärt	380	190	50,0 %
Algerien	968	264	27,3 %
Eritrea	206	127	61,7 %
Moldau	866	259	29,9 %
Albanien	709	267	37,7 %
Bosnien und Herzegowina	399	157	39,3 %
Ghana	116	43	37,1 %
Kosovo	317	137	43,2 %
Montenegro	96	43	44,8 %
Senegal	66	36	54,5 %

- c) Wie ist die aktuelle Zahl der anhängigen Gerichtsverfahren im Bereich Asyl, differenziert nach (Bundes-, Ober-)Verwaltungsgerichten?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Gericht Stand: 15.05.2024	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
Bei Gericht anhängige Verfahren	123.007
Bundesverwaltungsgericht	17
VGH Baden-Württemberg	39
VG Freiburg	2.343
VG Karlsruhe	2.519
VG Sigmaringen	2.699
VG Stuttgart	4.910
Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	28
VG Ansbach	3.011
VG Augsburg	1.285
VG Bayreuth	1.414
VG München	5.572
VG Regensburg	1.609
VG Würzburg	852
Bayerischer VGH – Außenstelle Ansbach	17
OVG Berlin-Brandenburg	99
VG Berlin	10.466
VG Cottbus	1.217
VG Frankfurt/Oder	749
VG Potsdam	2.582
OVG der Freien Hansestadt Bremen	12
VG Bremen	1.212
Hamburgisches Oberverwaltungsgericht	9
VG Hamburg	2.525
Hessischer Verwaltungsgerichtshof	33
VG Darmstadt	3.362
VG Frankfurt/Main	1.803
VG Kassel	1.683
VG Wiesbaden	1.534
VG Gießen	2.956
Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht	77
VG Braunschweig	2.713
VG Hannover	4.339
VG Oldenburg	3.104
VG Osnabrück	1.399
VG Stade	1.773
VG Lüneburg	1.276
VG Göttingen	641
OVG für das Land Nordrhein-Westfalen	213
VG Aachen	2.494
VG Arnberg	4.918
VG Düsseldorf	5.362
VG Gelsenkirchen	3.731
VG Köln	4.543
VG Minden	2.550
VG Münster	2.924
OVG Rheinland-Pfalz	48
VG Trier	2.098
OVG des Saarlands	3

Gericht Stand: 15.05.2024	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
VG des Saarlandes	872
Schleswig-Holsteinisches OVG	36
VG Schleswig-Holstein	4.312
OVG Sachsen-Anhalt	1
VG Magdeburg	847
VG Halle	1.060
Thüringer Oberverwaltungsgericht	90
VG Gera	298
VG Meiningen	1.104
VG Weimar	1.622
Sächsisches Oberverwaltungsgericht	52
VG Chemnitz	4.081
VG Dresden	3.572
VG Leipzig	1.756
OVG Mecklenburg-Vorpommern	23
VG Greifswald	1.080
VG Schwerin	1.438

- d) In wie vielen Fällen erhielten zunächst abgelehnte Asylsuchende im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 doch noch einen Schutzstatus, und in wie vielen Fällen basierte dies auf einer Gerichtsentscheidung, auf einer Abhilfeentscheidung bzw. geschah dies infolge eines Folgeantrags oder aus sonstigem Grunde (bitte differenzieren und zudem nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten auflisten)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Positive Entscheidungen aufgrund einer Gerichts- und Abhilfeentscheidung:

Zeitraum: 01.01.–31.12.2023			
Staatsangehörigkeit		davon aufgrund einer Gerichtsentscheidung	Abhilfeentscheidungen
Gesamt	13.606	9.131	4.475
davon			
Syrien	1.212	794	418
Türkei	1.210	780	430
Afghanistan	2.332	1.046	1.286
Irak	1.256	961	295
Iran	1.852	1.333	519
Georgien	70	40	30
Russische Föderation	511	302	209
Somalia	516	376	140
Eritrea	185	135	50
Ungeklärt	379	258	121
Venezuela	189	171	18
Guinea	202	136	66
Kolumbien	57	52	5
Nordmazedonien	17	7	10
Pakistan	445	333	112

Positive Entscheidungen infolge von Folgeanträgen:

Zeitraum: 01.01.–31.12.2023	
Staatsangehörigkeit	Summe
Gesamt	6.278
davon	
Syrien	920
Türkei	134
Afghanistan	3.891
Irak	206
Iran	355
Georgien	3
Russische Föderation	102
Somalia	196
Eritrea	30
Ungeklärt	75
Venezuela	1
Guinea	20
Kolumbien	0
Nordmazedonien	0
Pakistan	40

Positive Entscheidungen infolge von sonstigen Gründen:

Zeitraum: 01.01.–31.12.2023	
Staatsangehörigkeit	Summe
Gesamt	954
davon	
Syrien	16
Türkei	3
Afghanistan	609
Irak	39
Iran	12
Georgien	0
Russische Föderation	2
Somalia	32
Eritrea	3
Ungeklärt	7
Venezuela	2
Guinea	7
Kolumbien	0
Nordmazedonien	2
Pakistan	11

Positive Entscheidungen aufgrund einer Gerichts- und Abhilfeentscheidung:

Zeitraum: 01.01.–31.03.2024			
Staatsangehörigkeit		davon aufgrund einer Gerichtsentscheidung	Abhilfeentscheidungen
Gesamt	2.963	1.855	1.108
davon			
Syrien	253	115	138
Afghanistan	240	117	123
Türkei	311	163	148
Irak	415	317	98
Iran	383	276	107

Zeitraum: 01.01.–31.03.2024			
Staatsangehörigkeit		davon aufgrund einer Gerichtsentscheidung	Abhilfeentscheidungen
Somalia	86	48	38
Ungeklärt	129	85	44
Russische Föderation	127	58	69
Kolumbien	5	5	0
Venezuela	34	30	4
Guinea	40	18	22
Georgien	18	5	13
Eritrea	59	42	17
Tunesien	6	3	3
Nordmazedonien	2	2	0

Positive Entscheidungen infolge von Folgeanträgen:

Zeitraum: 01.01.–31.03.2024	
Staatsangehörigkeit	Summe
Gesamt	1.028
davon	
Syrien	221
Afghanistan	478
Türkei	33
Irak	41
Iran	69
Somalia	46
Ungeklärt	21
Russische Föderation	20
Kolumbien	0
Venezuela	1
Guinea	2
Georgien	1
Eritrea	12
Tunesien	0
Nordmazedonien	0

Positive Entscheidungen infolge von sonstigen Gründen:

Zeitraum: 01.01.–31.03.2024	
Staatsangehörigkeit	Summe
Gesamt	88
davon	
Syrien	0
Afghanistan	43
Türkei	0
Irak	4
Iran	2
Somalia	11
Ungeklärt	2
Russische Föderation	0
Kolumbien	0
Venezuela	0
Guinea	1
Georgien	0
Eritrea	0

Zeitraum: 01.01.–31.03.2024	
Staatsangehörigkeit	Summe
Tunesien	0
Nordmazedonien	1

- e) Wie viele gerichtliche Entscheidungen im Eilverfahren gab es im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 zu Asylsuchenden, denen bereits in einem anderen Mitgliedstaat Schutz gewährt worden war, und mit welchem Ergebnis (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern auflisten)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Entscheidungen in Eilverfahren – Schutzgewährung in einem anderen MS nach § 29 Absatz I Nummer 2 AsylG			
Zeitraum: 01.01.–31.12.2023 (Stand: 15.02.2024)			
Staatsangehörigkeit	abgelehnt	stattgegeben	Gesamt
Gesamt	1.584	2.080	3.664
darunter:			
Syrien	995	1.028	2.023
Afghanistan	337	520	857
Irak	46	190	236
Somalia	62	116	178
Ungeklärt	47	68	115
Staatsangehörigkeit ohne Bezeichnung	11	48	59
Iran	18	29	47
Nigeria	5	24	29
Pakistan	15	6	21
Türkei	6	14	20

Entscheidungen in Eilverfahren – Schutzgewährung in einem anderen MS nach § 29 Absatz I Nummer 2 AsylG			
Zeitraum: 01.01.–31.03.2024 (Stand: 15.05.2024)			
Staatsangehörigkeit	abgelehnt	stattgegeben	Gesamt
Gesamt	663	426	1.089
darunter:			
Syrien	312	190	502
Afghanistan	249	138	387
Somalia	35	32	67
Ungeklärt	19	26	45
Irak	21	9	30
Nigeria	6	11	17
Eritrea	5	5	10
Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	0	6	6
Russische Föderation	3	3	6
Libyen	0	3	3

- f) Wie hoch waren die Kosten, die dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Jahr 2023 aufgrund verlorener Asyl-Gerichtsverfahren entstanden sind (bitte Gesamtkosten nennen und zudem nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern aufschlüsseln)?

Die Gesamtkosten aller verlorener Asyl-Gerichtsverfahren im Jahr 2023 beliefen sich auf 17.796.756,32 Euro. Die Kosten, die dem BAMF bezüglich der

zehn wichtigsten Herkunftsländer im Jahr 2023 entstanden sind, können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Herkunftsland	Ausgaben
Syrien	3.575.425,84 Euro
Türkei	1.218.603,08 Euro
Afghanistan	3.496.685,83 Euro
Irak	1.444.003,54 Euro
Iran, Islam. Republik	1.998.040,11 Euro
Georgien	83.675,27 Euro
Russische Föderation	458.829,58 Euro
Somalia	616.042,48 Euro
Eritrea	198.924,02 Euro
Ungeklärte Staatsangehörigkeit	471.805,15 Euro

Die angegebenen Zahlen beziehen sich immer auf die jeweiligen Gesamtkosten, also alle Instanzen.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 83b AsylG keine Gerichtskosten (Gebühren und Auslagen) in asylrechtlichen Streitigkeiten erhoben werden. Kosten können jedoch für die rechtsanwaltliche Vertretung der Kläger anfallen, die das BAMF bei einem Unterliegen im gerichtlichen Verfahren teilweise oder ganz zu erstatten hat.

Rückschlüsse auf die Qualität der Asyl-Entscheidungen des BAMF lassen sich allein aus der Höhe der Kosten nicht ziehen. Eine Ursache für anderslautende Urteile der Verwaltungsgerichte kann der Umstand sein, dass die beklagte Entscheidung des BAMF zum Zeitpunkt der Gerichtsentscheidung oftmals bereits einige Monate, teilweise aber auch mehrere Jahre, zurücklag. Daher kann die Beurteilung der Gerichte durch zwischenzeitliche Veränderungen, die das BAMF bei seiner Entscheidung nicht berücksichtigen konnte (wie die Geburt von Kindern oder eine veränderte Situation im Herkunftsland), zwangsläufig abweichen. Solche Veränderungen wirken sich bei der gerichtlichen Entscheidung je nach Sachlage zu Gunsten der Kläger aus.

Das BAMF führt anlassbezogene Überprüfungen gerichtlich anhängiger Asylverfahren durch, was wiederum zu Abhilfeentscheidungen führen kann. Zudem überprüft das BAMF im Rahmen der aktiven Prozessführung auf Anfrage der Gerichte und Verfahrensbevollmächtigten regelmäßig ergangene Bescheide in gerichtlichen Verfahren und ändert bei Vorliegen der Voraussetzungen der jeweiligen Schutzform den Ausgangsbescheid entsprechend ab.

- g) Welche Verwaltungsgerichte (VG) wiesen im Jahr 2023 bei Asylklagen Aufhebungsquoten (erfolgreiche Klagen Asylsuchender gegen das BAMF) auf, die weniger als halb so hoch waren wie im Bundesdurchschnitt (bitte zu den Herkunftsstaaten Afghanistan, Äthiopien, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Russische Föderation, Somalia und Türkei jeweils alle Verwaltungsgerichte auflisten, die dieses Kriterium erfüllen, soweit mehr als zehn Entscheidungen zum jeweiligen Herkunftsland getroffen wurden, in jedem Fall jedoch alle Entscheidungen des VG Gera berücksichtigen, und entsprechende absolute und relative Zahlenangaben zu den Verfahrensausgängen machen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

01.01.–31.12.2023:

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
Afghanistan	VG Gesamt	8.867	13	274	19	474	780	8,8 %
	darunter:							
	VG Berlin	491	0	8	2	11	21	4,3 %
	VG Meiningen	161	0	1	2	3	6	3,7 %
	VG Magdeburg	90	0	1	0	2	3	3,3 %
	VG Münster	155	0	0	0	5	5	3,2 %
	VG Greifswald	128	0	0	0	4	4	3,1 %
	VG Düsseldorf	435	0	1	2	7	10	2,3 %
	VG Minden	181	0	4	0	0	4	2,2 %
	VG Würzburg	278	2	2	0	2	6	2,2 %
	VG Augsburg	256	0	0	0	2	2	0,8 %
	VG Karlsruhe	169	0	0	0	0	0	-
	VG Bayreuth	42	0	0	0	0	0	-
	VG Ansbach	41	0	0	0	0	0	-
	VG Aachen	163	0	0	0	0	0	-
	VG Gesamt	1.190	1	32	12	139	184	15,5 %
	Äthiopien	darunter:						
VG Ansbach		313	0	5	0	18	23	7,3 %
VG Frankfurt/Main		111	0	4	0	4	8	7,2 %
VG Würzburg		56	0	1	0	3	4	7,1 %
VG Gera		1	0	0	0	0	0	-
VG München		19	0	0	0	0	0	-
VG Bayreuth		18	0	0	0	0	0	-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
Irak	VG Gesamt	10.518	2	246	120	585	953	9,1 %
	darunter:							
	VG Augsburg	557	0	0	0	22	22	3,9 %
	VG Würzburg	28	0	0	0	1	1	3,6 %
	VG Schleswig-Holstein	826	0	12	5	11	28	3,4 %
	VG Minden	327	0	2	0	9	11	3,4 %
	VG Ansbach	213	0	1	3	2	6	2,8 %
	VG Trier	300	0	0	0	7	7	2,3 %
	VG Lüneburg	44	0	1	0	0	1	2,3 %
	VG Bayreuth	202	0	2	2	0	4	2,0 %
	VG Regensburg	643	0	5	2	5	12	1,9 %
	VG Köln	352	0	1	0	3	4	1,1 %
	VG Hamburg	189	0	1	0	1	2	1,1 %
	VG Osnabrück	165	0	0	0	0	0	-
	VG Gera	0	0	0	0	0	0	-
	VG Frankfurt/Main	58	0	0	0	0	0	-
Iran, Islamische Republik	VG Gesamt	5.142	54	1.080	35	52	1.221	23,7 %
	darunter:							
	VG Chemnitz	35	0	4	0	0	4	11,4 %
	VG Frankfurt/Main	44	0	0	1	4	5	11,4 %
	VG Düsseldorf	416	1	38	3	2	44	10,6 %
	VG Augsburg	29	0	3	0	0	3	10,3 %
	VG Berlin	338	0	29	1	3	33	9,8 %
	VG Ansbach	251	2	20	2	0	24	9,6 %
	VG München	13	0	0	1	0	1	7,7 %
	VG Regensburg	162	0	9	3	0	12	7,4 %
	VG Gelsenkirchen	136	0	7	0	1	8	5,9 %
	VG Karlsruhe	29	0	1	0	0	1	3,4 %
	VG Schleswig-Holstein	73	0	2	0	0	2	2,7 %

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
Nigeria	VG Gesamt	3.993	15	44	1	339	399	10,0 %
	darunter:							
	VG Karlsruhe	88	0	1	0	3	4	4,5 %
	VG Frankfurt/Main	24	0	0	0	1	1	4,2 %
	VG München	1.156	0	5	0	37	42	3,6 %
	VG Chemnitz	35	0	0	0	1	1	2,9 %
	VG Aachen	72	0	0	0	2	2	2,8 %
	VG Arnsberg	127	0	0	0	1	1	0,8 %
	VG Darmstadt	18	0	0	0	0	0	-
	VG Stade	16	0	0	0	0	0	-
	VG Oldenburg	17	0	0	0	0	0	-
	VG Leipzig	31	0	0	0	0	0	-
	VG Trier	57	0	0	0	0	0	-
	VG Hamburg	14	0	0	0	0	0	-
	VG Schwerin	17	0	0	0	0	0	-
	VG Gera	24	0	0	0	0	0	-
	VG Augsburg	63	0	0	0	0	0	-
VG Gesamt	1.685	12	246	10	45	313	18,6 %	
Pakistan	darunter:							
	VG Hannover	33	0	2	0	1	3	9,1 %
	VG Sigmaringen	12	0	0	0	1	1	8,3 %
	VG Frankfurt / Oder	26	0	0	0	2	2	7,7 %
	VG Potsdam	84	0	3	0	1	4	4,8 %
	VG Frankfurt/Main	86	0	0	0	1	1	1,2 %
	VG Gießen	29	0	0	0	0	0	-
	VG Augsburg	16	0	0	0	0	0	-
	VG Leipzig	24	0	0	0	0	0	-
	VG Würzburg	10	0	0	0	0	0	-
	VG Arnsberg	25	0	0	0	0	0	-
	VG Gelsenkirchen	11	0	0	0	0	0	-
	VG Cottbus	19	0	0	0	0	0	-
	VG Münster	34	0	0	0	0	0	-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen						Positive Entscheidungen				
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	17	GG (GFK) Flüchtlingschutz	61	subsidärer Schutz	100	Abschiebungsverbot	123	absolut	Anteil
Russische Föderation	VG Gesamt	4.538	17	61	100	123	301	6,6 %				
	darunter:											
	VG Bayreuth	170	1	1	0	3	5	2,9 %				
	VG Frankfurt / Oder	448	1	3	7	1	12	2,7 %				
	VG Hannover	153	0	0	0	4	4	2,6 %				
	VG Minden	43	0	1	0	0	1	2,3 %				
	VG Cottbus	149	0	1	0	0	1	0,7 %				
	VG Trier	98	0	0	0	0	0	-				
	VG Wiesbaden	15	0	0	0	0	0	-				
	VG Kassel	11	0	0	0	0	0	-				
	VG Stuttgart	108	0	0	0	0	0	-				
	VG Osnabrück	11	0	0	0	0	0	-				
	VG Göttingen	10	0	0	0	0	0	-				
	VG Darmstadt	11	0	0	0	0	0	-				
	VG Frankfurt/Main	38	0	0	0	0	0	-				
	VG Oldenburg	22	0	0	0	0	0	-				
	VG Ansbach	17	0	0	0	0	0	-				
	VG Leipzig	60	0	0	0	0	0	-				
	VG Würzburg	15	0	0	0	0	0	-				
	VG Stade	23	0	0	0	0	0	-				
VG Braunschweig	21	0	0	0	0	0	-					
VG Lüneburg	13	0	0	0	0	0	-					
VG Magdeburg	43	0	0	0	0	0	-					

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
Somalia	VG Gesamt	1.548	1	43	54	223	321	20,7 %
	darunter:							
	VG Cottbus	20	0	1	1	0	2	10,0 %
	VG Leipzig	10	0	0	0	1	1	10,0 %
	VG Minden	32	0	1	0	2	3	9,4 %
	VG Hamburg	65	0	0	0	6	6	9,2 %
	VG Halle	11	0	0	0	1	1	9,1 %
	VG Magdeburg	13	0	0	0	1	1	7,7 %
	VG Braunschweig	14	0	0	0	1	1	7,1 %
	VG Würzburg	79	0	0	0	4	4	5,1 %
	VG Gießen	90	0	1	1	2	4	4,4 %
	VG Aachen	23	0	0	0	1	1	4,3 %
	VG Gera	9	0	0	0	0	0	-
	VG Regensburg	13	0	0	0	0	0	-
	VG Schwerin	11	0	0	0	0	0	-
	VG Gesamt	8.584	95	560	29	72	756	8,8 %
	Türkei	darunter:						
VG Braunschweig		93	2	2	0	0	4	4,3 %
VG Stade		60	1	1	0	0	2	3,3 %
VG Darmstadt		221	0	6	0	1	7	3,2 %
VG München		286	0	5	0	4	9	3,1 %
VG Regensburg		32	0	1	0	0	1	3,1 %
VG Chemnitz		114	0	0	2	1	3	2,6 %
VG Dresden		78	0	2	0	0	2	2,6 %
VG Bayreuth		41	1	0	0	0	1	2,4 %
VG Trier		447	0	9	0	1	10	2,2 %
VG Göttingen		62	0	1	0	0	1	1,6 %
VG Schwerin		133	0	2	0	0	2	1,5 %
VG Augsburg		244	1	1	0	0	2	0,8 %
VG Ansbach		253	0	0	1	0	1	0,4 %
VG Gera		1	0	0	0	0	0	-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

- h) Wie waren die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte und die jeweiligen Aufhebungsquoten bei Asylklagen in Bezug auf die Herkunftsstaaten Afghanistan, Äthiopien, Irak, Iran, Nigeria, Russische Föderation, Somalia und Türkei im Jahr 2023 (bitte nach Bundesländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Afghanistan Jahr 2023	Gerichtssentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen									
	Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidärer Schutz	Abschiebungsverbot gemäß § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./offens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfallensurteilen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Bundesländer gesamt	8.867	13	274	19	474	271	60	7.749	7	8,8 %
davon:										
Baden-Württemberg	681	0	12	1	24	10	7	627	0	5,4 %
Bayern	1.092	2	6	0	43	31	3	1.007	0	4,7 %
Berlin	507	0	12	2	13	14	4	462	0	5,3 %
Brandenburg	359	0	33	2	17	31	2	271	3	14,5 %
Bremen	140	0	7	0	1	4	0	128	0	5,7 %
Hamburg	521	0	15	2	12	1	1	490	0	5,6 %
Hessen	1.447	3	39	4	136	37	3	1.225	0	12,6 %
Mecklenburg-Vorpommern	128	0	0	0	4	3	0	121	0	3,1 %
Niedersachsen	763	6	58	3	88	39	5	564	0	20,3 %
Nordrhein-Westfalen	1.697	2	51	2	50	56	16	1.517	3	6,2 %
Rheinland-Pfalz	286	0	1	1	33	24	6	220	1	12,2 %
Saarland	27	0	1	0	5	0	0	21	0	22,2 %
Sachsen	217	0	8	0	23	0	2	184	0	14,3 %
Sachsen-Anhalt	179	0	5	0	2	4	2	166	0	3,9 %
Schleswig-Holstein	659	0	25	0	20	9	8	597	0	6,8 %
Thüringen	157	0	1	2	3	8	1	142	0	3,8 %
Unbekannt	7	0	0	0	0	0	0	7	0	0,0 %

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Äthiopien Jahr 2023	Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsi- diärer Schutz	Abschiebungs- verbot gemäß § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./ offens. un- begr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrens- erledigun- gen	Abschie- bungsan- drohung	Aufhe- bungs- quote
Bundesländer gesamt	1.190	1	32	12	139	405	53	546	2	15,5 %
davon:										
Baden- Württemberg	13	0	0	0	5	1	2	4	1	38,5 %
Bayern	570	0	9	1	32	200	36	291	1	7,4 %
Berlin	18	0	1	0	8	6	0	3	0	50,0 %
Brandenburg	11	0	0	0	0	4	1	6	0	0,0 %
Bremen	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0,0 %
Hamburg	3	0	0	0	2	0	0	1	0	66,7 %
Hessen	455	1	18	2	74	148	10	202	0	20,9 %
Mecklenburg- Vorpommern	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0,0 %
Niedersachsen	11	0	0	1	0	5	1	4	0	9,1 %
Nordrhein- Westfalen	54	0	3	6	14	16	0	15	0	42,6 %
Rheinland- Pfalz	9	0	0	0	2	5	0	2	0	22,2 %
Saarland	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0,0 %
Sachsen	15	0	0	1	1	5	0	8	0	13,3 %
Sachsen- Anhalt	3	0	0	1	0	0	0	2	0	33,3 %
Schleswig- Holstein	23	0	1	0	1	13	2	6	0	8,7 %
Thüringen	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0,0 %

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Gerichtentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Irak Jahr 2023	Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsi- diärer Schutz	Abschiebungs- verbot gemäß § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./ offens. un- begr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrens- erledigung- gen	Abschie- bungsan- drohung	Aufhe- bungs- quote
Bundesländer gesamt	10.518	2	246	120	585	4.033	370	5.139	23	9,1 %
davon:										
Baden- Württemberg	710	0	12	15	34	261	11	377	0	8,6 %
Bayern	1.765	0	9	5	51	948	61	679	12	3,7 %
Berlin	570	0	15	14	61	213	5	262	0	15,8 %
Brandenburg	304	0	4	0	13	106	12	169	0	5,6 %
Bremen	45	0	1	2	6	18	0	18	0	20,0 %
Hamburg	197	0	1	0	2	89	5	99	1	1,5 %
Hessen	628	0	4	19	64	193	17	331	0	13,9 %
Mecklenburg- Vorpommern	200	0	1	1	12	83	15	88	0	7,0 %
Niedersachsen	1.375	2	100	10	96	440	26	700	1	15,1 %
Nordrhein- Westfalen	2.563	0	41	14	130	780	96	1.500	2	7,2 %
Rheinland- Pfalz	305	0	0	0	7	186	19	87	6	2,3 %
Saarland	44	0	1	2	0	21	1	19	0	6,8 %
Sachsen	464	0	29	12	37	216	5	165	0	16,8 %
Sachsen- Anhalt	190	0	8	7	20	43	8	104	0	18,4 %
Schleswig- Holstein	828	0	12	5	12	310	83	405	1	3,5 %
Thüringen	329	0	8	14	40	126	6	135	0	18,8 %
Unbekannt	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0,0 %

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Iran Jahr 2023	Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsi- diärer Schutz	Abschiebungs- verbot gemäß § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./ offens. un- begr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrens- erledigun- gen	Abschie- bungsan- drohung	Aufhe- bungs- quote
Bundesländer gesamt	5.142	54	1.080	35	52	1.041	113	2.766	1	23,7 %
davon:										
Baden- Württemberg	225	4	53	2	3	35	4	124	0	27,6 %
Bayern	564	4	59	7	1	146	17	330	0	12,6 %
Berlin	376	0	42	2	3	101	15	213	0	12,5 %
Brandenburg	323	1	131	3	2	116	1	69	0	42,4 %
Bremen	140	6	72	0	1	5	0	56	0	56,4 %
Hamburg	342	0	98	5	10	14	3	212	0	33,0 %
Hessen	493	6	127	2	10	120	3	225	0	29,4 %
Mecklenburg- Vorpommern	91	0	12	1	0	27	11	40	0	14,3 %
Niedersachsen	418	3	118	0	2	81	14	200	0	29,4 %
Nordrhein- Westfalen	1.679	24	269	12	14	305	29	1.025	1	19,0 %
Rheinland- Pfalz	112	1	15	1	4	30	2	59	0	18,8 %
Saarland	2	0	2	0	0	0	0	0	0	100,0 %
Sachsen	124	4	37	0	2	8	5	68	0	34,7 %
Sachsen- Anhalt	102	1	29	0	0	27	6	39	0	29,4 %
Schleswig- Holstein	79	0	5	0	0	3	1	70	0	6,3 %
Thüringen	72	0	11	0	0	23	2	36	0	15,3 %

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Gerichtentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Nigeria Jahr 2023	Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsi- diärer Schutz	Abschiebungs- verbot gemäß § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./ offens. un- begr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrens- erledigun- gen	Abschie- bungsan- drohung	Aufhe- bungs- quote
Bundesländer gesamt	3.993	15	44	1	339	1.511	301	1.778	4	10,0 %
davon:										
Baden- Württemberg	827	13	21	0	145	315	48	282	3	21,6 %
Bayern	1.425	0	5	0	66	573	139	641	1	5,0 %
Berlin	86	1	4	0	6	22	4	49	0	12,8 %
Brandenburg	70	0	1	0	5	12	17	35	0	8,6 %
Bremen	56	0	1	1	18	22	0	14	0	35,7 %
Hamburg	14	0	0	0	0	5	0	9	0	0,0 %
Hessen	163	0	0	0	15	65	7	76	0	9,2 %
Mecklenburg- Vorpommern	17	0	0	0	0	6	0	11	0	0,0 %
Niedersachsen	235	0	7	0	18	91	16	103	0	10,6 %
Nordrhein- Westfalen	889	1	3	0	59	311	40	475	0	7,1 %
Rheinland- Pfalz	57	0	0	0	0	27	15	15	0	0,0 %
Saarland	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0,0 %
Sachsen	84	0	0	0	4	32	8	40	0	4,8 %
Sachsen- Anhalt	17	0	1	0	2	8	0	6	0	17,6 %
Schleswig- Holstein	28	0	1	0	1	7	6	13	0	7,1 %
Thüringen	24	0	0	0	0	15	0	9	0	0,0 %

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Pakistan Jahr 2023	Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsi- diärer Schutz	Abschiebungs- verbot gemäß § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./ offens. un- begr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrens- erledigun- gen	Abschie- bungsan- drohung	Aufhe- bungs- quote
Bundesländer gesamt	1.685	12	246	10	45	466	146	760	0	18,6 %
davon:										
Baden- Württemberg	75	0	7	0	4	7	19	38	0	14,7 %
Bayern	73	0	1	0	3	13	21	35	0	5,5 %
Berlin	71	4	3	0	4	22	3	35	0	15,5 %
Brandenburg	128	0	3	0	3	44	21	57	0	4,7 %
Bremen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0 %
Hamburg	6	0	0	0	1	0	0	5	0	16,7 %
Hessen	298	1	31	3	10	76	26	151	0	15,1 %
Mecklenburg- Vorpommern	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0 %
Niedersachsen	132	0	17	6	3	46	13	47	0	19,7 %
Nordrhein- Westfalen	200	1	31	0	12	31	13	112	0	22,0 %
Rheinland- Pfalz	407	2	97	0	1	107	12	188	0	24,6 %
Sachsen	288	4	54	1	4	116	18	91	0	21,9 %
Sachsen- Anhalt	4	0	2	0	0	2	0	0	0	50,0 %
Schleswig- Holstein	3	0	0	0	0	2	0	1	0	0,0 %
Thüringen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0 %

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Russische Föderation Jahr 2023	Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidärer Schutz	Abschiebungsverbot gemäß § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./offens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfalligkeiten	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Bundesländer gesamt	4.538	17	61	100	123	1.433	197	2.602	5	6,6 %
davon:										
Baden-Württemberg	231	2	1	13	1	25	9	180	0	7,4 %
Bayern	262	1	1	4	5	53	17	181	0	4,2 %
Berlin	450	1	7	27	2	44	8	357	4	8,2 %
Brandenburg	1.269	0	9	23	33	651	36	517	0	5,1 %
Bremen	123	1	3	4	1	56	4	54	0	7,3 %
Hamburg	115	0	1	0	7	26	1	80	0	7,0 %
Hessen	120	3	0	0	0	7	7	103	0	2,5 %
Mecklenburg-Vorpommern	154	0	10	1	10	35	13	85	0	13,6 %
Niedersachsen	249	0	0	0	4	84	3	158	0	1,6 %
Nordrhein-Westfalen	579	8	12	5	19	148	14	373	0	7,6 %
Rheinland-Pfalz	97	0	0	0	0	15	9	73	0	0,0 %
Saarland	7	0	0	0	0	6	0	1	0	0,0 %
Sachsen	264	1	7	7	31	48	28	142	0	17,4 %
Sachsen-Anhalt	87	0	3	0	2	14	12	56	0	5,7 %
Schleswig-Holstein	469	0	5	16	8	216	25	198	1	6,2 %
Thüringen	56	0	2	0	0	5	11	38	0	3,6 %
Unbekannt	6	0	0	0	0	0	0	6	0	0,0 %

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Somalia Jahr 2023	Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsi- diärer Schutz	Abschiebungs- verbot gemäß § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./ offens. un- begr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrens- erledigun- gen	Abschie- bungsan- drohung	Aufhe- bungs- quote
Bundesländer gesamt	1.548	1	43	54	223	259	45	921	2	20,7 %
davon:										
Baden- Württemberg	109	0	6	5	17	16	2	63	0	25,7 %
Bayern	174	0	0	2	15	28	5	124	0	9,8 %
Berlin	41	0	2	4	6	3	2	24	0	29,3 %
Brandenburg	111	0	6	24	6	13	3	58	1	32,4 %
Bremen	26	0	1	2	7	2	0	14	0	38,5 %
Hamburg	66	0	0	0	7	21	5	33	0	10,6 %
Hessen	330	0	9	2	74	57	9	178	1	25,8 %
Mecklenburg- Vorpommern	11	0	0	0	0	1	1	9	0	0,0 %
Niedersachsen	116	0	2	1	32	25	4	52	0	30,2 %
Nordrhein- Westfalen	343	1	10	13	38	43	7	231	0	18,1 %
Rheinland- Pfalz	146	0	5	1	13	40	2	85	0	13,0 %
Sachsen	18	0	0	0	2	3	1	12	0	11,1 %
Sachsen- Anhalt	25	0	0	0	2	2	1	20	0	8,0 %
Schleswig- Holstein	23	0	2	0	4	3	2	12	0	26,1 %
Thüringen	9	0	0	0	0	2	1	6	0	0,0 %

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Türkei Jahr 2023	Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsi- diärer Schutz	Abschiebungs- verbot gemäß § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./ offens. un- begr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrens- erledigung- gen	Abschie- bungsan- drohung	Aufhe- bungs- quote
Bundesländer gesamt	8.584	95	560	29	72	2.994	156	4.678	0	8,8 %
davon:										
Baden- Württemberg	1.134	12	96	5	16	308	22	675	0	11,4 %
Bayern	831	3	8	1	5	277	20	517	0	2,0 %
Berlin	729	13	21	2	3	263	14	413	0	5,3 %
Brandenburg	190	4	22	0	2	85	0	77	0	14,7 %
Bremen	151	0	22	1	3	47	2	76	0	17,2 %
Hamburg	243	4	19	0	13	78	4	125	0	14,8 %
Hessen	1.242	10	90	3	3	379	4	753	0	8,5 %
Mecklenburg- Vorpommern	130	0	2	0	0	33	0	95	0	1,5 %
Niedersachsen	688	5	52	6	8	213	16	388	0	10,3 %
Nordrhein- Westfalen	1.491	38	143	5	11	429	30	835	0	13,2 %
Rheinland- Pfalz	452	0	11	0	1	276	8	156	0	2,7 %
Saarland	56	0	3	0	2	17	1	33	0	8,9 %
Sachsen	288	0	10	2	2	109	4	161	0	4,9 %
Sachsen- Anhalt	124	1	4	1	0	57	7	54	0	4,8 %
Schleswig- Holstein	641	3	35	1	1	359	24	218	0	6,2 %
Thüringen	177	2	22	2	2	62	0	87	0	15,8 %
Unbekannt	17	0	0	0	0	2	0	15	0	0,0 %

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

24. Wie viele Asylanörungen gab es im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können – soweit vorliegend – den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Anörungen Jahr 2023	Anzahl
Gesamt	185.965
darunter:	
Syrien	70.608
Afghanistan	31.619
Türkei	22.014
Iran	6.228
Irak	6.069
Georgien	5.241
Russische Föderation	3.133
Somalia	2.732
Venezuela	2.426
Ungeklärt	2.295
Eritrea	1.831
Pakistan	1.779
Indien	1.705
Guinea	1.615
Nordmazedonien	1.567

Anörungen im Zeitraum: 01.01.–30.04.2024	Anzahl
Gesamt	63.999
darunter:	
Syrien	23.066
Afghanistan	10.553
Türkei	8.971
Irak	2.136
Iran	1.512
Georgien	1.144
Kolumbien	1.126
Somalia	1.120
Venezuela	1.052
Russische Föderation	843
Ungeklärt	832
Tunesien	829
Guinea	703
Algerien	617
Eritrea	569

25. Wie viele Amtshilfeersuchen in Form von Anfragen in Asyl- und Rückführungsangelegenheiten hat das BAMF im Jahr 2023 an das Auswärtige Amt gestellt (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern aufschlüsseln), und wie ist der Rückgang solcher Anfragen von 1 119 im Jahr 2019 auf 151 im Jahr 2022 zu erklären (vgl. die Antwort zu Frage 23 auf Bundestagsdrucksache 20/8222)?

Im Jahr 2023 wurden insgesamt 119 Anfragen in Asyl- und Rückführungsangelegenheiten an das Auswärtige Amt gestellt. Davon entfielen 81 auf die zehn wichtigsten Herkunftsländer. Die Angaben im Einzelnen können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Zehn häufigste AA-Anfragen ohne UNRWA 01.01.–31.12.2023		
Rang	Land	Anzahl
1.	Iran	13
2.	Moldau	7
3.	Indien	je 6
	Jordanien	
5.	Syrien	5
6.	Venezuela	je 4
	Libanon	
8. ff.	Afghanistan, Ägypten, Albanien, Aserbaidschan, Bangladesch, Brasilien, Eritrea, Guinea, Irak, Kanada, Russische Föderation, Tansania	je 3
	Gesamt Rang 1–19	81
	Gesamt alle Länder	119

Bezüglich der Hintergründe für einen Rückgang der Anfragen für das Herkunftsland Türkei wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 14 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP auf Bundestagsdrucksache 19/26759 verwiesen.

Ein weiterer Einschnitt erfolgte durch die Corona-Pandemie.

Anfragen an die Botschaft Teheran, zu deren Beantwortung Umfeld-Recherchen erforderlich sind, können angesichts des Stands der bilateralen Beziehungen mit Iran schon länger nicht oder nur im geringen Umfang bearbeitet werden.

Ebenso sind seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sowohl Vorortrecherchen in der Russischen Föderation als auch Kontakte zu russischen Behörden stark limitiert.

Anfragen zum Sudan sind wegen Schließung der Botschaft derzeit nicht möglich. Hier können nur Anfragen, die von Deutschland aus ermittelt werden können, beantwortet werden.

Vorortrecherchen zu Afghanistan sind nicht möglich, da der Dienstbetrieb der Deutschen Botschaft Kabul seit August 2021 eingestellt ist. Anfragen können nur beantwortet werden, sofern sie aus Deutschland ermittelt werden können.

26. Wie viele Erst- und Folgeanträge (bitte differenzieren) wurden von Asylsuchenden aus Serbien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien-Herzegowina im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 gestellt (bitte jeweils auch den prozentualen Anteil der Roma-Angehörigen nennen), und wie wurden diese Asylanträge jeweils mit welchem Ergebnis beschieden?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Herkunftsland	Jahr 2023			Entscheidungen über Asylanträge					sonstige Verfahrenserledigungen	
	Asylanträge gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Artikel 16a GG und Famil.asyl)	Gewährung von Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz gemäß § 4 I AsylG	Feststellung eines Abschiebungsverbotes gemäß § 60 V/VII AufenthG		Ablehnungen (unbegr. abgekl./offens. unbegr. abgekl.)
Serbien	3.526	1.893	1.633	3.686	0	3	3	2	1.875	1.803
davon Roma	3.064	1.557	1.507	3.216	0	0	1	1	1.580	1.634
Kosovo	700	363	337	719	0	1	1	4	346	367
davon Roma	357	142	215	377		0	0	0	147	230
Nordmazedonien	5.999	3.106	2.893	6.864	0	1	0	0	3.352	3.511
davon Roma	3.818	1.864	1.954	4.325	0	0	0	0	2.044	2.281
Montenegro	299	152	147	302	0	0	1	1	155	145
davon Roma	225	101	124	221	0	0	0	1	99	121
Albanien	2.233	1.581	652	2.435	0	4	8	8	1.571	844
davon Roma	539	305	234	702	0	0	1	0	408	293
Bosnien und Herzegowina	1.132	585	547	1.161	0	1	1	4	503	652
davon Roma	927	444	483	910	0	1	0	3	377	529

Herkunftsland	01.01.-30.04.2024			Entscheidungen über Asylanträge					sonstige Verfahrenserledigungen	
	Asylanträge gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Artikel 16a GG und Famil.asyl)	Gewährung von Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz gemäß § 4 I AsylG	Feststellung eines Abschiebungsverbotes gemäß § 60 V/VII AufenthG		Ablehnungen (unbegr. abgekl./offens. unbegr. abgekl.)
Serbien	923	503	420	1.313	3	1	0	2	780	527
davon Roma	777	409	368	1.098	3	1	0	0	638	456
Kosovo	465	279	186	460	0	1	2	5	259	193
davon Roma	126	50	76	148	0	0	0	0	67	81
Nordmazedonien	1.256	694	562	2.003	0	0	0	4	1.124	875
davon Roma	806	412	394	1.196	0	0	0	3	649	544
Montenegro	116	49	67	129	0	0	0	2	60	67
davon Roma	93	31	62	105	0	0	0	1	42	62
Albanien	606	404	202	876	0	0	2	4	596	274

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Herkunftsland	01.01.–30.04.2024				Entscheidungen über Asylanträge					
	Asyl- anträge gesamt	davon Erst- anträge	davon Folge- anträge	insge- samt	Anerken- nungen als Asylberech- tigte (Arti- kel 16a GG und Famil.asyl)	Gewährung von Flüchtl.- schutz ge- mäß § 3 I AsylG	Gewährung von subsi- diärem Schutz ge- mäß § 4 I AsylG	Feststellung eines Abschie- bungsverbot gemäß § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. ab- gel./offens. unbegr. ab- gel.)	sonstige Verfah- rensbedi- ngungen
davon Roma	225	135	90	267	0	0	0	1	173	93
Bosnien und Herzegowina	336	198	138	499	0	1	0	0	291	207
davon Roma	285	170	115	420	0	1	0	0	248	171

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

27. Welche aktuellen Informationen gibt es zur Personalsituation, Personalentwicklung und Personalplanung im BAMF (bitte auch spezifische Angaben zu den Bereichen Asylprüfung, Widerrufsprüfung, Dublin-Verfahren, Qualitätssicherung und Prozessvertretung machen; bitte wie in der Antwort zu Frage 20 auf Bundestagsdrucksache 20/5709 angeben), und welche genaueren Angaben können zum Personaleinsatz durch Leiharbeitskräfte innerhalb des BAMF gemacht werden (bitte so differenziert wie möglich ausführen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Personal-Einsatz ausgewählter Bereiche in VZÄ				
	eD/mD	gD	hD	Summe
Asyl (ohne Widerruf)*	1156,6	1186,1	48,9	2391,6
Widerrufsprüfung*	50,5	59,6	3,5	113,5
Prozess gesamt	145,7	193,9	33,4	373,0
dezentral*	136,9	185,6	17,7	340,2
zentral (61D & 61E)**	8,8	8,4	15,7	32,8
QS gesamt	36,9	97,0	11,7	145,5
dezentral*	28,1	72,1	5,3	105,5
zentral (62A, 62B, 62C)**	8,8	24,9	6,5	40,1
Dublin gesamt	146,2	186,0	8,0	340,2
dezentral (Dublinzentren 32D, 32E, 32F, o. B.)*	54,7	109,0	0,0	163,7
Dublinreferate (32A, 32B, 32C)**	91,5	77,0	8,0	176,5

* gemäß Personal-Ist Abfrage KW23 (03.06.–07.06.2024), ** gemäß ZSD Stand 01.06.2024

Personal-Einsatz durch Leiharbeitnehmende in VZÄ*	
	Summe
Asyl (ohne Widerruf)**	291,7
Widerrufsprüfung**	3,2
Prozess**	7,4
QS**	1,6

* Die Leiharbeitnehmenden sind in der darüberliegenden Tabelle „Personal-Einsatz ausgewählte Bereiche“ nicht inbegriffen, da es sich bei diesen nicht um originäre Mitarbeitende des BAMF handelt.

** gemäß Personal-Ist Abfrage KW23 (03.06.–07.06.2024)

Vakante Stellen in VZÄ (Stand: 01.06.2024)			
	mD	gD	hD
Prozess zentral (61D, 61E)	1,2	0,0	6,2
QS zentral (62A, 62B, 62C)	0,0	10,2*	2,1*
Dublin (32A-F)	62,9*	39,5	8,0

* Rundungsdifferenzen

Soll in VZÄ (Stand: 01.06.2024)			
	mD	gD	hD
Prozess zentral (61D, 61E)	10,0	7,0	21,9
QS zentral (62A, 62B, 62C)	8,0	35,0	8,5
Dublin (32A-F)	209,0	225,5	16,0

Personalplanung:

Asyl und Widerruf: Aktuell sind 169 Vollzeitäquivalent (VZÄ) (davon 166 unbefristet) im mittleren Dienst (mD) und 781 VZÄ (davon 155 unbefristet) im gehobenen Dienst (gD) in Ausschreibung.

Prozess: Aktuell sind 42 VZÄ (davon 1 unbefristet) im gD in Ausschreibung.

QS: Aktuell sind 0 VZÄ im mD und 3 VZÄ im gD in Ausschreibung.

Dublin: Aktuell sind 18 VZÄ (davon 16 unbefristet) im mD und 8 VZÄ (davon 0 unbefristet) im gD in Ausschreibung.

Die zukünftige Personalplanung für den operativen Bereich hängt maßgeblich von den künftigen Aufgabenschwerpunkten und der Asylzugangslage ab. Eine verbindliche Aussage kann deshalb zum jetzigen Zeitpunkt nicht getroffen werden.

28. Wie viele Einreise- und Aufenthaltsverbote hat das BAMF im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 gegenüber abgelehnten Asylsuchenden mit welcher Begründung erlassen (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und in wie vielen Fällen wurde in diesen Zeiträumen ein Schutzstatus an Asylsuchende mit einem Wiedereinreiseverbot erteilt (bitte nach Status und wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Angaben zu vom BAMF erlassenen Einreise- und Aufenthaltsverboten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jahr 2023	Entscheidungen zu § 11 Absatz 1 AufenthG	Entscheidungen zu § 11 Absatz 7 AufenthG	Entscheidungen mit Aufenthalts- und Wiedereinreiseverboten (§ 11 Absatz 1 und/oder § 11 Absatz 7 AufenthG)
Gesamt	94.848	10.370	97.605
darunter			
Syrien	6.024	9	6.031
Türkei	17.856	54	17.904
Afghanistan	7.754	9	7.763
Irak	8.116	41	8.155
Iran	3.794	25	3.819
Georgien	8.596	105	8.681
Russische Föderation	3.413	21	3.434
Somalia	627	8	635
Eritrea	365	2	367
Ungeklärt	1.221	19	1.228

01.01.– 30.04.2024	Entscheidungen zu § 11 Absatz 1 AufenthG	Entscheidungen zu § 11 Absatz 7 AufenthG	Entscheidungen mit Aufenthalts- und Wiedereinreiseverboten (§ 11 Absatz 1 und/oder § 11 Absatz 7 AufenthG)
Gesamt	46.863	6.649	47.784
darunter			
Syrien	4.131	1	4.132
Afghanistan	3.502	6	3.508
Türkei	11.408	16	11.422
Irak	2.707	33	2.726
Somalia	381	6	387
Iran	1.470	11	1.477
Ungeklärt	380	10	386
Russische Föderation	2.180	23	2.200
Kolumbien	528	0	528
Venezuela	825	3	827

29. In wie vielen Fällen wurde das BAMF im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG im Auftrag der Ausländerbehörden welcher Bundesländer mit welchem Ergebnis beteiligt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Angaben zur Beteiligung des BAMF bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jahr 2023	Stellungnahmen gemäß § 72 Absatz 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Gesamt	2.660	309	1.365	986
darunter:				
Baden-Württemberg	241	18	91	132
Bayern	159	42	39	78
Berlin	1.101	56	765	280
Brandenburg	17	5	6	6
Bremen	11	2	7	2
Hamburg	178	39	47	92
Hessen	147	26	51	70
Mecklenburg-Vorpommern	35	10	20	5
Niedersachsen	124	11	51	62
Nordrhein-Westfalen	373	55	174	144
Rheinland-Pfalz	34	9	11	14
Saarland	11	1	5	5
Sachsen	116	20	41	55
Sachsen-Anhalt	15	4	8	3
Schleswig-Holstein	64	7	30	27
Thüringen	34	4	19	11

Jahr 2023	Stellungnahmen gemäß § 72 Absatz 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Gesamt	2.660	309	1.365	986
darunter:				
Syrien	67	28	3	36
Türkei	115	1	81	33
Afghanistan	199	64	14	121
Irak	33	7	10	16
Iran	111	8	22	81
Georgien	24	1	15	8
Russische Föderation	84	7	14	63
Somalia	26	17	1	8
Eritrea	6	5	0	1
Ungeklärt	31	10	7	14

01.01.–30.04.2024	Stellungnahmen gemäß § 72 Absatz 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Gesamt	662	96	342	224
darunter:				
Baden-Württemberg	52	11	25	16
Bayern	79	13	24	42
Berlin	141	15	89	37
Brandenburg	5	0	3	2
Bremen	1	0	1	0

01.01.–30.04.2024	Stellungnahmen gemäß § 72 Absatz 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Hamburg	49	8	19	22
Hessen	36	4	14	18
Mecklenburg-Vorpommern	2	1	0	1
Niedersachsen	23	3	13	7
Nordrhein-Westfalen	161	24	92	45
Rheinland-Pfalz	20	5	5	10
Saarland	17	1	11	5
Sachsen	46	10	25	11
Sachsen-Anhalt	4	1	2	1
Schleswig-Holstein	23	0	17	6
Thüringen	3	0	2	1

01.01.–30.04.2024	Stellungnahmen gemäß § 72 Absatz 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Gesamt	662	96	342	224
darunter:				
Syrien	39	16	4	19
Afghanistan	60	16	2	42
Türkei	54	0	47	7
Irak	16	8	5	3
Somalia	4	0	0	4
Iran	24	2	10	12
Ungeklärt	7	1	5	1
Russische Föderation	27	1	17	9
Kolumbien	2	0	1	1
Venezuela	7	5	1	1

30. Welche Angaben für das Jahr 2023 bzw. das bisherige Jahr 2024 lassen sich machen zu überprüfen (vor allem: Ausweis-)Dokumenten und zum Anteil ge- oder verfälschter Dokumente Asylsuchender (bitte zum Vergleich auch die Anzahl der „beanstandeten“ Dokumente angeben und nach den zehn wichtigsten Hauptherkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

01.01.2023 bis 31.12.2023					
Zehn häufigste Herkunftsländer	Geprüfte Dokumente	Dokumente ohne Beanstandung	Nicht abschließend bewertbare Dokumente	beanstandete Dokumente	Anteil der beanstandeten Dokumente in Prozent
Syrien	110.032	103.955	3.698	2.379	2,2
Türkei	32.792	31.731	494	146	0,4
Afghanistan	39.976	37.040	1.895	1.041	2,6
Irak	12.471	11.430	691	350	2,8
Iran	10.955	10.599	277	79	0,7
Georgien	8.837	7.716	1.038	83	0,9
Russische Föderation	6.109	5.860	210	39	0,6
Somalia	1.020	716	258	46	4,5
Eritrea	2.580	2.205	340	35	1,4
Ungeklärt	3.148	3.148			-

01.01.2023 bis 31.12.2023					
Zehn häufigste Herkunftsländer	Geprüfte Dokumente	Dokumente ohne Beanstandung	Nicht abschließend bewertbare Dokumente	beanstandete Dokumente	Anteil der beanstandeten Dokumente in Prozent
Rest (ca. 150 weitere HKL)	32.061	26.116	5.548	818	2,6
Summe	259.981	240.516	14.449	5.016	1,9

01.01.2024 bis 31.05.2024					
Zehn häufigste Herkunftsländer	Geprüfte Dokumente	Dokumente ohne Beanstandung	Nicht abschließend bewertbare Dokumente	beanstandete Dokumente	Anteil der beanstandeten Dokumente in Prozent
Syrien.	50.824	48.153	1.869	802	1,6
Afghanistan	22.317	19.841	946	711	3,2
Türkei	15.993	15.786	144	63	0,4
Irak	5.844	5.606	179	59	1,0
Somalia	498	384	103	11	2,2
Iran	3.662	3.568	81	13	0,4
Ungeklärt	1.300	1.300			-
Russische Föderation	2.488	2.357	102	29	1,2
Kolumbien	1.920	1.881	39	0	0,0
Guinea	147	62	73	12	8,2
Rest (ca. 150 weitere HKL)	14.826	12.945	2.382	318	2,1
Summe	119.819	111.883	5.918	2.018	1,7

31. Wie ist der aktuelle Stand des Aufbaus einer bundesweiten behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung, an welchen BAMF-Standorten gibt es eine solche Beratung inzwischen (durch welche Träger), bzw. an welchen Standorten gibt es keine behördenunabhängige Beratung, und inwieweit gibt es ein besonderes Beratungsangebot für queere und vulnerable Schutzsuchende (bitte ausführen und auflisten), und wie bewertet das BAMF den Ausbau des unabhängigen Beratungsnetzwerks und die Zusammenarbeit und den Austausch mit den behördenunabhängigen Beratungsstellen, und wann ist nach Einschätzung des BAMF mit einem flächendeckenden behördenunabhängigen Beratungsangebot zu rechnen (bitte ausführen)?

Zum 1. Januar 2023 trat die neue Fassung des § 12a AsylG in Kraft, womit die Rechtsgrundlage für das Förderprogramm für die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung (AVB) geschaffen wurde. Die Zusammenarbeit und der Austausch mit den Trägern sind als gut und vertrauensvoll zu bewerten. Im Jahr 2023 konnten insgesamt 189 Einzelprojekte der behördenunabhängigen AVB gefördert werden. An den BAMF-Standorten, an denen keine bundesgeförderte AVB zur Verfügung stand, wurde ebenfalls die Beratung sichergestellt. Im Übrigen wird auf die nachfolgende Tabelle verwiesen:

Organisation	Projektstandort	BAMF-Standort
AWO Kreisverband Mannheim e. V. im Kooperationsverband DW/CV/DRK/AWO für Heidelberg inkl. AS Schwetzingen	EAE Heidelberg u. AS Schwetzingen: Kooperationsverbund Diakonie, Caritas und DRK	x
AWO Kreisverband Erlangen – Höchststadt e. V.	Erlangen Stadt	
Haus International e. V.	Landshut Stadt	
AWO Kreisverband Berlin-Mitte e. V.	Berlin	x

Organisation	Projektstandort	BAMF-Standort
Soziale Arbeit Mittelmark e. V.	Bad Belzig (Potsdam-Mittelmark)	
AWO Soziale Dienste gGmbH Bremen	Bremen und Bremerhaven	x
AWO Kreisverband Fulda e. V.	Landkreis Fulda	
AWO Landkreis Offenbach e. V.	Landkreis Offenbach	
AWO Perspektiven	Stadt Frankfurt am Main	
AWO Kreisverband Wittmund e. V.	Wittmund	
AWO Kreisverband Mülheim an der Ruhr	Mülheim/Ruhr (NU)	
AWO Kreisverband Chemnitz und Umgebung e. V.	Chemnitz	x
AWO SPI – Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH	Halle	
AWO Landesverband Schleswig-Holstein e. V.	EAE Neumünster	x
AWO Sozialmanagement gGmbH Saale-Orla-Kreis	Pößneck, Saale-Orla-Kreis	
AWO Regionalverband Mitte-West-Thüringen e. V.	Stadt Jena	x
AWO KV Erfurt e. V.	Unstrut-Hainich-Kreis	
AWO Rudolstadt e. V.	Rudolstadt	
Freundeskreis Asyl Karlsruhe	Karlsruhe	x
Iff-Refugio München	München Stadt	x
Münchner Flüchtlingsrat	München Stadt	
Belvue di Monaco eG	München Stadt	
Hilfe von Mensch zu Mensch e. V.	Fürstfeldbruck Landkreis	
Kontakt und Beratungsstelle KuB e. V.	Berlin	x
Yekmal e. V.	Berlin	x
Gesellschaft für interkulturelles Zusammenleben e. V.	Berlin	x
BBAG e. V.	Brandenburg an der Havel/Potsdam	
BI Bildung und Integration Hamburg Süd gGmbH	Wilhelmsburg/ Harburg	
MiA e. V.	Hamburg Stadt	x
Lernmobil Viernheim	Landkreis Bergstraße	
Förderverein Hessischer Flüchtlingsrat e. V.	Stadt Frankfurt am Main, Stadt Wiesbaden	
Horizont e. V. (Kooperation Asyl)	Landkreis Darmstadt-Dieburg	
Neue Wohnraumhilfe gGmbH (Kooperation Asyl)	Stadt Darmstadt	
Exil e. V.	Fürstenu (Notunterkunft LAB NI)	x
IBIS – Interkulturelle Arbeitsstelle e. V.	Oldenburg (EAE LAB Niedersachsen)	x
Refugium Flüchtlingshilfe e. V.	Braunschweig (EAE)	x
Werkstatt im Kreis Unna GmbH	Unna (EAE)	x
Multikulturelles Forum e. V.	Hamm (ZUE)	x
Arbeiter-Samariter-Bund Bonn/Rhein-Sieg/Eifel e. V.	Bonn (EAE), Bonn Bad Godesberg (ZUE), St. Augustin (ZUE)	x
GGUA – Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e. V.	Münster (ZUE)	x
IMAG – Initiative für eine menschenfreundliche Aufnahme Geflüchteter e. V.	Bielefeld (Südring; EAE), Bielefeld (Oldentruper Hof, EAE)	x
ASB Regionalverband Vest Recklinghausen e. V.	Kreis Recklinghausen (ZUE/GU)	x
HELP – Zentrum für Sozial-, Bildungs- u. soziokulturelle Arbeit u. Gefährdetenhilfe für Jugendliche u. Heranwachsende e. V.	Schneeberg (EAE) + Erzgebirge + Vogtland	x
Sächsischer Flüchtlingsrat e. V.	Leipzig EAE, Außenstellen Mockau und Dölzig, Dresden (EAE; GU)	x
LAMSA e. V. – Landesnetzwerk Migrantenorganisation Sachsen-Anhalt e. V.	Halle	
Umwelt Technik Soziales e. V. (Projektskizze hieß es so „DPWV“)	EAE Bad Segeberg	x

Organisation	Projektstandort	BAMF-Standort
Verein L'amitié Multikulturelles Zentrum Stadt und Landkreis Gotha e. V.	Landkreise Gotha und Ilm-Kreis	
Caritasverband Heidelberg e. V. im Kooperationsverbund DW/CV/DRK/AWO für Heidelberg inklusive AS Schwetzingen	EAE Heidelberg u. AS Schwetzingen: Kooperationsverbund DD, Caritas und DRK	x
Caritas Karlsruhe e. V. im Kooperationsverbund Karlsruhe (Caritas/Diakonie/Freundeskreis Asyl)	EAE Karlsruhe einschl. bes. Schutzbedürftige u. AS Eggenstein-Leopoldshafen, Kooperationsverbund Caritas und Diakonie und Parität und AWO	x
Caritasverband Freiburg-Stadt e. V. in Kooperation mit dem DRK und DD	LEA Freiburg und aufsuchend	x
Malteser Hilfsdienst gmbH im Trägerverband DW/CV/DRK (Caritas Ostwürttemberg)	EAE Ellwangen u. AS Giengen, Kooperationsverbund Diakonie und DRK und Caritas	x
Caritasverband für das Dekanat Sigmaringen-Meißkirch e. V.	EAE Sigmaringen Kooperationsverbund Diakonie und DRK und Caritas	x
Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Region Schwarzwald-Gäu (Tübingen)	EAE Bes. Schutzbedürftige Tübingen, Kooperationsverbund Caritas u. Diakonie und Parität	x
Caritasverband für die Diözese Augsburg e. V.	Augsburg Stadt	x
Caritasverband für die Stadt Bamberg und den Landkreis Forchheim e. V.	Bamberg Stadt	x
Caritasverband für den Landkreis Deggendorf e. V.	Deggendorf Landkreis	x
Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e. V.	München Stadt	x
Caritasverband für die Diözese Regensburg e. V.	Regensburg Stadt u. Landkreis	x
Caritasverband für den Landkreis Schwandorf e. V.	Schwandorf Landkreis	
Caritasverband für die Stadt und Landkreis Schweinfurt e. V.	Schweinfurt Landkreis	x
Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.	Berlin	x
Caritasverband für das Erzbistum Berlin	Fürstenwalde (Landkreis LOS)	
Caritasverband für das Bistum Hamburg e. V. Landesstelle Hamburg	Hamburg Stadt	x
Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V.	Wiesbaden	
Caritasverband Gießen e. V.	EAE Friedberg (Wetteraukreis)	x
Caritasverband Frankfurt e. V.	EAE Frankfurt Flughafen	x
Caritasverband für die Diözese Osnabrück e. V.	Osnabrück (EAE)	x
Diözesan-Caritasverband Braunschweig	Braunschweig (EAE)	x
Diözesan-Caritasverband Hildesheim	Celle (Außenstelle der EAE Braunschweig)	x
CaritasSozialdienste Rhein-Kreis Neuss GmbH	Neuss (ZUE)	x
Caritasverband für den Kreis Mettmann e. V.	Ratingen (ZUE)	x
Caritasverband Moers-Xanten e. V.	Rheinberg (ZUE)	x
Caritasverband Wuppertal/Solingen e. V.	Wuppertal (ZUE)	x
Caritasverband für die Stadt Köln	Köln (EAE)	x
Caritasverband Aschaffenburg – Stadt und Landkreis e. V.	Aschaffenburg (GU/TGU/Landkreis)	
Caritasverband für die Region Düren-Jülich e. V.	Düren	
Caritasverband Trier e. V.	AfA Trier	x
Caritasverband für die Diözese Speyer e. V.	AfA Speyer	x
Caritasverband für die Diözese Speyer e. V.	AfA Kusel	x
Caritasverband Westeifel e. V.	AfA Bitburg	x
Caritasverband für die Diözese Trier e. V.	LASt Lebach (Saarland)	x

Organisation	Projektstandort	BAMF-Standort
Caritasverband Leipzig e. V.	Leipzig EAE, Außenstellen Mockau und Dölzig	x
Caritasverband für Dresden e. V.	Dresden (EAE; GU)	x
Caritas für das Bistum Magdeburg	ZASSt Halberstadt	x
Caritasverband für das Erzbistum Hamburg e. V.	EAE Neumünster/EAE Boostedt	x
Caritasverband für Ostthüringen e. V.	Landkreis Altenburger Land	
Caritasverband für das Bistum Erfurt e. V.	Wartburgkreis/Eisenach	
DRK Rhein-Neckar e. V.	EAE Heidelberg u. AS Schwetzingen: Kooperationsverbund Diakonie, Caritas und DRK	x
DRK-KV Freiburg e. V. im Kooperationsverbund Diakonie Freiburg und Caritasverband Freiburg-Stadt e. V.	LEA Freiburg und aufsuchend	x
DRK Kreisverband Sigmaringen	EAE Sigmaringen Kooperationsverbund Diakonie und DRK und Caritas	x
DRK Berlin Südwest gGmbH	Berlin	x
DRK Flüchtlingshilfe Brandenburg gGmbH	Potsdam + Oranienburg (Landkreis Oberhavel)	
Flüchtlingszentrum (FZ)/Zentrale Information und Beratung für Flüchtlinge gGmbH	Zentrale Erstaufnahme Rahlstedt (ZEA)	x
DRK Kreisverband Hanau e. V.	Main-Kinzig-Kreis	
DRK Kreisverband Offenbach e. V.	Stadt Offenbach	
DRK Kreisverband Darmstadt-Stadt e. V. (1 StA)	EAE Darmstadt	
DRK Soziale Dienste in der Region Hannover gGmbH	Hannover (Notunterkünfte und GUs)	x
DRK-Kreisverband Aurich e. V.	Landkreis Aurich	
DRK-Kreisverband Emsland e. V.	Landkreis Emsland	
DRK-Kreisverband Leer e. V.	Landkreis Leer	
DRK-Kreisverband Helmstedt e. V.	Landkreis Helmstedt	
DRK-Kreisverband Delmenhorst e. V.	Stadt Delmenhorst	
DRK-Kreisverband Wesermarsch e. V.	Landkreis Wesermarsch	
DRK KV Bochum	Bochum (LEA)	x
DRK Kreisverband Mülheim an der Ruhr	Mülheim / Ruhr (NU)	x
Deutsches Rotes Kreuz – Landesverband Saarland e. V.	LASt Lebach	x
DRK KV Reichenbach-Vogtland	Schneeberg (EAE) + Erzgebirge + Vogtland	x
DRK Kreisverband Segeberg	EAE Boostedt/Kreis Segeberg	x
Diakonieverband Ostalbkreis (EAE Ellwangen u. AS Giengen, Kooperationsverbund Diakonie und DRK und Caritas)	Ellwangen u. Giengen	x
Diakonisches Werk Freiburg im Kooperationsverbund DRK Kreisverband Freiburg e. V./Caritasverband Freiburg-Stadt e. V./Diakonisches Werk	LEA Freiburg und aufsuchend	x
Diakonisches Werk der Evang. Kirche Heidelberg (EAE Heidelberg u. AS Schwetzingen: Kooperationsverbund Diakonie, Caritas und DRK)	Heidelberg u. Schwetzingen	x
Diakonische Bezirksstelle Balingen (EAE Sigmaringen Kooperationsverbund Diakonie und DRK und Caritas)	Sigmaringen	x
Diakonisches Werk Augsburg – Augsburg Stadt u. Landkreis	Augsburg Stadt u. Landkreis	x
Diakonisches Werk Südfranken e. V.	Zirndorf	x

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Organisation	Projektstandort	BAMF-Standort
Stadtmission Nürnberg e. V.	Zirndorf	x
Diakonie München und Oberbayern – Innere Mission München e. V.	München Stadt	x
Diakonisches Werk Neu-Ulm – Neu-Ulm Stadt	Neu-Ulm Stadt	
Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. Regionalverband Ostbayern	Regensburg Stadt	x
Diakonisches Werk Schweinfurt -Schweinfurt Stadt u. Landkreis	Schweinfurt Stadt u. Landkreis	x
BBZ Berlin	Berlin	x
Asyl in der Kirche e. V. – Berlin	Berlin	x
Komm mit e. V. – Eisenhüttenstadt, EAE/LK Oder-Spree	Eisenhüttenstadt, EAE/LK Oder-Spree	x
Evang.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein	Hamburg Stadt	x
Diakonisches Werk Waldeck-Frankenberg	EAE Bad Arolsen (LK Waldeck-Frankenberg)	x
Ev. Regionalverband Frankfurt und Offenbach	EAE Büdingen (Wetteraukreis)	x
Ev. Regionalverband Frankfurt und Offenbach	Frankfurt am Main	
Diakonisches Werk Region Kassel	EAE Fuldata (LK Kassel)	x
Regionale Diakonie Rheingau-Taunus	Idstein	
Regionale Diakonie Darmstadt-Dieburg	Darmstadt	
Ev. Kirchenkreis Fulda – Diakonisches Werk	Fulda	
Ev. Dekanat Kronberg – Abteilung Familienbildung	Bad Soden	
Ev. Dekanat Gießen	EAE Gießen	x
Diakonisches Werk Marburg-Biedenkopf	EAE Neustadt (LK Marburg-Biedenkopf)	x
Diakonisches Werk Marburg-Biedenkopf	Marburg	
Diakonie Mecklenburgische Seenplatte gGmbH	Mecklenburgische Seenplatte	
Diakonisches Werk Mecklenburg-Vorpommern e. V.	Vorpommern-Rügen	
Diakonisches Werk des ev. Luth. Kirchenkreises Walsrode	Bad Fallingb. (EAE)	x
Innere Mission und Evangelisches Hilfswerk im GDL Friedland e. V.	Friedland (Grenzdurchgangslager)	x
Lebensraum Diakonie e. V.	Landkreis Hanse Stadt Lüneburg	
Innere Mission – Diakonisches Werk Bochum e. V.	Bochum (LEA)	x
Diakonie Ruhr-Hellweg e. V.	Möhnesee (ZUE)	x
Diakonie Mark-Ruhr gGmbH	Unna (EAE)	x
Diakonisches Werk des Kirchenkreises Jülich	Wegberg (ZUE)	x
Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche der Pfalz	AfA Speyer	x
Diak. Werk d. Ev. Kr. Trier, Simmern-Trarbach u. An Nahe u. Glan gGmbH	AfA Trier	x
Diakonisches Werk an der Saar gGmbH	LASt Lebach	x
Diakonisches Werk Meißen	Landkreis Meißen (GU)	
Diakonisches Werk Innere Mission Leipzig e. V.	Leipzig (EAE), Außenstellen Mockau und Dölzig	x
Diakonisches Werk Schleswig-Holstein	EAE Rendsburg/Kreis RD-Eck	x
Ev. Kirchenkreis Erfurt, Büro für ausländische Mitbürger:innen	Stadt Erfurt und Umgebung	
DO Diakonie Ostthüringen gem. GmbH/FB Migration	Stadt Gera, Landkreis Greiz, Saale-Holzland-Kreis; EAE in Eisenberg & Hermsdorf	x
Evangelischer Kirchenkreis „Henneberger Land“	Landkreise Hildburghausen und Meiningen	
Flüchtlingsrat MV e. V.	Rostock	

Organisation	Projektstandort	BAMF- Standort
IB Süd e. V.	Dachau	
IB Süd e. V.	Fürstfeldbruck	
IB Süd e. V.	Lauf an der Pegnitz	
IB Süd e. V.	München	x
IB Süd e. V.	Neuburg-Schrobenhausen	
IB Berlin-Brandenburg gGmbH	Berlin Marzahn-Hellersdorf	x
IB Berlin-Brandenburg gGmbH	Berlin Neukölln	x
IB Nord e. V.	Hamburg	x
IB Südwest gGmbH	Darmstadt	
IB Südwest gGmbH	Frankfurt am Main	
IB Südwest gGmbH	Gießen	x
IB Südwest gGmbH	Groß-Gerau	
IB Südwest gGmbH	Kassel	
IB Südwest gGmbH	Langen	
IB Südwest gGmbH	Wetzlar	
IB West gGmbH	Hochsauerlandkreis	
IB West gGmbH	Solingen	
IB Südwest gGmbH	Bad Kreuznach	
IB Südwest gGmbH	Germersheim	
IB Südwest gGmbH	Rhein-Hunsrück-Kreis	
IB Südwest gGmbH	Homburg	
IB Mitte gGmbH	Leipzig	x
IB Mitte gGmbH	Burgenlandkreis	
IB Mitte gGmbH	Salzlandkreis (Aschersleben)	
IB Mitte gGmbH	Wernigerode	
IB Nord e. V.	Norderstedt	
IB Mitte gGmbH	Erfurt	
IB Mitte gGmbH	Suhl	x
ZWST e. V. Zweigstelle Potsdam	Potsdam	
Jüdische Gemeinde in Hamburg K. d. ö. R.	Hamburg	x
Jüdische Gemeinde Bochum – Herne – Hattingen K. d. ö. R.	Herne	x
Jüdische Gemeinde Düsseldorf K. d. ö. R.	Düsseldorf	x
Synagogengemeinde Köln K. d. ö. R.	Köln	x
Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V.	Hannover	
Flüchtlingshilfe Lippe e. V.	Detmold	
Refugium Wesermarsch e. V.	Brake	

Im Rahmen der besonderen Rechtsberatung für queere und weitere vulnerable Schutzsuchende wurden im Jahr 2023 insgesamt 39 Einzelprojekte gefördert.

Organisation	Projektstandort
AWO Soziale Dienste gemeinnützige GmbH	Bremen
AIDS-Hilfe Karlsruhe e. V. – Zentrum für sexuelle Gesundheit e. V.	Karlsruhe
PLUS Psychologische Lesben- u. Schwulenberatung Rhein-Neckar e. V.	Mannheim
Weissenburg e. V.	Stuttgart
Imedana e. V.	Nürnberg
LeTRa Lesbenberatung des LesCommunity e. V.	München
Sub – Schwules Kommunikations- und Kulturzentrum München e. V.	München
Schwulenberatung Berlin gGmbH	Berlin
XENION Psychosoziale Hilfen für Verfolgte e. V.	Berlin
Katte – Kommunale Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Brandenburg e. V.	Potsdam

Organisation	Projektstandort
AH Frankfurt e. V.	Frankfurt/Main
Türkische Gemeinde in Niedersachsen e. V.	Hannover
Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e. V.	Münster
Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e. V.	Bochum
Rosa Strippe e. V.	Bochum
AGIUA e. V. Migrationssozial- und Jugendarbeit	Chemnitz
Gerede e. V. Dresden – Verein für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt	Dresden
Begegnungs- und Beratungszentrum „lebensart“ e. V.	Halle (Saale)
LSVD Sachsen-Anhalt e. V.	Magdeburg
Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle für Migrant*innen e. V. (ZBBS)	Kiel
Familien- und Sozialverein des LSVD e. V.	Köln
RosaLinde Leipzig e. V.	Leipzig
Stopp dem Frauenhandel/IN VIA Bayern e. V.	München
VIJ e. V. – Fachberatungsstelle für Betroffene von Menschenhandel FiZ – Fraueninformationszentrum	Stuttgart
FreiJA – Diakonisches Werk Freiburg	Freiburg
KommMit – für Migranten und Flüchtlinge e. V. in Berlin, Psychosoziales Zentrum Brandenburg	Eisenhüttenstadt
Diakonisches Werk Region Kassel	Kassel
Ev. Dekanat Gießen	Gießen
Ev. Regionalverband Frankfurt und Offenbach (ERV)	Frankfurt
Diakonisches Werk Hannover gGmbH	Hannover
Lebensraum Diakonie e. V.	Lüneburg
Diakonisches Werk an der Saar gGmbH	Lebach
Ev.-Luth. Kirche in Norddeutschland, Frauenwerk der Nordkirche	Kiel
Refugio Thüringen – Diakonie Mitteldeutschland	Erfurt
The Justice Project e. V.	Karlsruhe
Stiftung Ev. Jugendhilfe St. Johannis Bernburg	Bernburg
Aidshilfe Gießen e. V.	Gießen
Kölner Flüchtlingsrat e. V.	Köln
Diakonieverband Hannover-Land	Ronnenberg

32. In welcher Höhe haben der Bund bzw. das BAMF bislang gegebenenfalls Mietzahlungen an den Konzern Serco getätigt, vor dem Hintergrund, dass dieser im Dezember 2023 die Firma European Homecare mit Sitz in Essen aufgekauft hat, die nach eigenen Angaben über 120 Einrichtungen für die Unterbringung von Geflüchteten in elf Bundesländern betreibt, und inwieweit zahlt das BAMF Miete für die von ihm genutzten Räumlichkeiten in Aufnahmeeinrichtungen an die jeweiligen Betreiber (www.morgenpost.de/wirtschaft/article241693976/Ruestungskonzern-Serco-ue-bernimmt-120-Fluechtlingsunterkuenfte.html, bitte nach den einzelnen Einrichtungen aufschlüsseln)?

Das BAMF hat keine Mietzahlungen im Sinne der Fragestellung getätigt.

33. Welche Mittel in welcher Höhe wurden an wie viele Asylsuchende oder abgelehnte Asylsuchende (bitte auch nach den zehn wichtigsten Zielländern differenzieren) nach dem „StarthilfePlus“-Programm im Jahr 2023 ausgezahlt?

Eine umfassende Beantwortung der Frage, wie in der vergangenen Anfrage (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 33 in der Bundestagsdrucksache 20/7833) war im Rahmen der nur beschränkt gewährten Fristverlängerung nicht möglich. Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.

Für das Bundesprogramm „StarthilfePlus“ können nachfolgend nur die Gesamtfördersumme für 2023 sowie Gesamtzahl der geförderten Personen (unabhängig vom Aufenthaltsstatus) dargestellt werden.

2023 wurden im Rahmen des Reintegrationsprogramms „StarthilfePlus“ 1.087.000 Euro ausbezahlt.

Insgesamt wurden 5.139 Personen über das Programm gefördert. Davon erhielten 4.413 Personen eine zusätzliche finanzielle Unterstützung, 626 Personen eine Sachleistung im Bereich Wohnen und 100 Personen eine Reintegrationsunterstützung im Rahmen von „Stufe D“ (Unterstützung für Langzeitgeduldete). Die Art der Förderung ist abhängig vom Zielland.

Die zehn wichtigsten Zielländer im Jahr 2023 können nachfolgender Tabelle entnommen werden:

Zielland	Rückkehrende
1. Türkei	1.548
2. Irak	799
3. Russische Föderation	639
4. Iran	247
5. Aserbajdschan	230
6. Kolumbien	205
7. Algerien	189
8. Armenien	160
9. Tunesien	138
10. Nigeria	132

Quelle: IOM

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.